

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

12 · 2013 · Dezember

Zeit zu handeln!

Der Gemeindebund präsentiert seine Forderungen an die neue Bundesregierung. Für die längst nötige Umsetzung des Masterplans für den ländlichen Raum drängt die Zeit.

ab SEITE 10

DVR: 0930 423

Pb.b. Verlagspostamt · 1010 Wien · 02 Z 032902M · ISSN: 71605-1440

Gemeindefinanzbericht 2013:
Freude und Ruf nach Reformen
ab SEITE 24

Zukunftsweisend.

Der neue Unimog mit BlueTEC-6-Technologie.

Überzeugt mit zahlreichen Innovationen und setzt Maßstäbe in Sachen Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit. Mehr unter www.mercedes-benz.at/neuer-unimog



UNIMOG  2 JAHRES
WERTPAKET



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner
für Nfz und Unimog, 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf,
Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126; Hotline: 0800/727 727

Gemeindefinanzbericht: Grund zur Freude aber nicht zum Jubeln

Spar- und Reformmeister

Eigentlich ist es eine Sensation: Die Gemeinden Österreichs haben das Jahr 2012 mit einem Überschuss abgeschlossen, den Schuldenstand verringert und sogar mehr investiert als im Jahr zuvor. Und das in gegenwärtigen Zeiten, in denen die Finanzlücken der öffentlichen Hände immer größer werden. Darüber kann man sich freuen, aber es besteht kein Grund zum Jubeln, weil natürlich auch die Gemeinden die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, die Kostensteigerungen im Kinderbetreuungsbereich, im Gesundheits- und Sozialwesen zu spüren bekommen und ständig mit neuen Aufgaben belastet werden. Deshalb gibt es gerade in jenen Regionen, die von einer Abwanderung bedroht sind oder deren Bevölkerungszunahme unter dem österreichweiten Durchschnitt liegt, viele Gemeinden, die nicht mehr mit den sinkenden Einnahmen auskommen und unverschuldet ins Minus rutschen.

Und schließlich ist zu befürchten, dass sich Bund und Länder angesichts ihrer Budgetnöte noch mehr von Aufgaben zurückziehen und die Gemeinden auf den Kosten sitzenbleiben. Darüber hinaus haben die Gemeinden in den vergangenen Jahren auch bei den Investitionen kräftig gespart und einen gewissen Investitionsstau aufgebaut, der im Interesse einer funktionierenden Infrastruktur dringend wieder abgebaut werden muss. Auch die Drohung hoher Bundespolitiker, dass Länder und Gemeinden beim kommenden Finanzausgleich auch einen großen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssen, verheißt nicht gerade Gutes. Das bedeutet, dass wir uns nicht in Ruhe zurücklehnen können und so weitermachen können wie bisher. Nein, wir müssen alles daran setzen, dass die Zahl der Abgangsgemeinden, egal ob im ländlichen Raum

oder in den früheren Industriegebieten, nicht weiter wächst, wir müssen unseren Partnern auf Landes- und Bundesebene klar machen, dass wir keine weiteren Belastungen auf uns nehmen können und wir müssen auch unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass nicht alle Wünsche erfüllbar sind.

Aber eines kann man schon auch sagen, dass die Gemeinden die Spar- und Reformmeister dieser Republik sind. Sie haben natürlich auch auf Grund ihrer Überschaubarbeit rasch und flexibel die Konsequenzen aus der Krise gezogen. Sie haben ihre Strukturen durchleuchtet, die Organisation durch die Zusammenarbeit über den Kirchturm hinaus wesentlich effizienter gemacht und das umgesetzt, was in jedem Haushalt üblich sein sollte, nämlich nicht mehr auszugeben als man einnimmt. Und Schulden nur dann aufnimmt, wenn man damit einen Wert schafft und auch sicher ist, dass man sie wieder einmal zurückzahlen kann.

All diese Grundsätze wurden in der Politik in den vergangenen Jahren arg vernachlässigt, weshalb die eingangs erwähnte Sensation, dass die Gemeinden Österreichs ihre Ziele erfüllt haben, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. Aber offensichtlich gibt es eine politische Sensation nur dann, wenn sie negativ besetzt ist.



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Die Gemeinden haben ihre Strukturen durchleuchtet, die Organisation durch die Zusammenarbeit über den Kirchturm hinaus wesentlich effizienter gemacht und das umgesetzt, was in jedem Haushalt üblich sein sollte, nämlich nicht mehr auszugeben als man einnimmt.

Helmut Mödlhammer



THEMEN

Gemeindebund

- 10 Forderungen an die neue Bundesregierung: Es ist Zeit zu handeln!
- 30 Abschluss der Serie Tourismus und Freizeitwirtschaft: Bedarf an neuen Perspektiven

Recht & Verwaltung

- 23 Verwaltungsgerichte: Von 120 auf elf Beschwerdegerichte

Finanzen

- 16 Drei-Komponenten-Rechnung bei kommunalen Berichten muss das Ziel sein
- 24 Gemeindefinanzbericht 2013: Freude – und der Schrei nach Reformen
- 31 Ertragsanteils-Prognose nach unten korrigiert

Europapolitik

- 32 Gemeinden bei Mehrwertsteuerreform in der EU gefordert: Nur wer mitredet, kann mitbestimmen
- 34 Litauen: Ein modernes Land im Aufbruch



INTERVIEWS

in dieser Ausgabe

- 18 Friedrich Klug, Professor für Rechnungswesen: „Die Kameralistik hat andere Ziele als die Doppik“
- 20 Konstantin Struckl, Geschäftsführer von Public Software & Consulting: „Ein Neueinsteiger fährt mit kommunaler Doppik besser“
- 67 Stephan Pernkopf, Präsident des Ökosozialen Forums: „Gemeinden sind Drehscheiben der Entwicklung“



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipper

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Katharina Lehner - DW 37
katharina.lehner@kommunal.at

Adressverwaltung:

Elisabeth Leitner - DW 18
elisabeth.leitner@kommunal.at

DTP & Grafik:

Thomas Max
thomas.max@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com
www.istock.com

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palashcke@kommunal.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Alexander Marakovits (BM.I)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technologie)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Arnold Obermayr
(BM für europäische und internationale Angelegenheiten)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVW der VP-NÖ)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)
Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hinweis zu Gender-Formulierung:
Bei allen Bezeichnungen, die auf Funktionen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit nur eine Formulierung steht.

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.823**
(Durchschnitt 1. Halbjahr 2013)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ oder „Information“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen von Schiedel Kamin-system GmbH bei.



PRAXIS

EDV & Telekommunikation

- 52 Sind sie sicher? Ein Leitfaden für mehr Sicherheit an Computer und Handy kündigt sich an

Aus- und Fortbildung

- 90 Master oder Desaster: Die Arbeit in den Gemeinden erfordert qualifizierte Mitarbeiter

CHRONIK

- 64 Kuratorium für Verkehrssicherheit und das Silvesterfeuerwerk 2013: Sicherheit geht vor
66 Keine Angst vor strittigen Themen: Tiroler Gemeindetag 2013
70 Aus den Bundesländern
74 Personalien, Info-Mix, Termine & Buch-Tipps



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mitte November wurde der Gemeindefinanzbericht 2013 präsentiert. Nicht überraschend für jene, die nah an den Gemeinden arbeiten war, was die Zahlen darstellten. Vor allem wurde deutlich, dass die Investitionen gestiegen sind. Österreichs Gemeinden hatten sich mit unzähligen Projekten zurückgehalten und die Finanzkrise damit erstaunlich gut bewältigt. Doch wussten sie auch, dass nun wieder die Zeiten des Investierens gekommen war. Eine Steigerung von acht Prozent der tatsächlichen Investitionen lässt manch andere Branchen schwärmen.

Aber damit wurden noch nicht mal annähernd jene Projekte umgesetzt, die zuvor aufgeschoben werden mussten. Wir erwarten daher eine weitere



Michael Zimper
Geschäftsführer

massive Steigerung bei den kommunalen Investitionen.

Ein weiterer erfreulicher Wert, der sich in den präsentierten Kennzahlen findet, ist die wieder erstarkte wichtige Basis der freien Finanzspitze. Die „Sparmeister der Nation“ wurden ihrem Titel damit trotz der Steigerung der Investitionen wieder gerecht und sie produzierten einen massiven Überschuss in Zeiten wie diesen. Wie ist das nur möglich mag man sich fragen? Ganz einfach durch disziplinierte und harte Arbeit durch viele

Vertreter in den Gemeinden. Man sieht, dass der Stabilitäts-pakt ernst genommen wird und konsequent eingehalten wird.

Ein guter Zeitpunkt also auch, um das Forderungspapier des Gemeindebundes an die neue Regierung zu präsentieren: Vor allem der seit vielen Jahre geforderte Masterplan für den ländlichen Raum muss kommen. Mit ihm würden Standards bei der Infrastruktur und vielen Bereichen der Daseinsvorsorge installiert, an denen sich die Gemeinden und ihre Mitarbeiter halten können. Gemeinsam mit dem geforderten „Aufgabenorientierte Finanzausgleich“ wäre das gleichsam auch der Lohn für die viele harte Arbeit, die die Gemeindemitarbeiter täglich in „unsere Gemeinden“ investieren.



EU-Umfrage: Ein Drittel aller KMU erhielt 2013 nicht die benötigte Finanzierung

Die Lage in Österreich ist deutlich besser, aber ...

Laut der Erhebung „Access to Finance“ über den Zugang zu Finanzierung, deren Ergebnisse Mitte November von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank veröffentlicht wurden, gehört der Zugang zu Finanzmitteln immer noch zu den Hauptsorgen kleiner und mittelgroßer Unternehmen. Jüngere und kleinere Unternehmen sind dabei am stärksten betroffen. Etwa ein Drittel der befragten KMU erhielten 2013 nicht

die Finanzierung in dem Maße, wie sie es vorgesehen hatten. Den Unternehmen zufolge haben sich die Bedingungen für die Finanzierung durch Banken 2013 verschlechtert, was Zinsen, Sicherheiten und erforderliche Bürgschaften betrifft. Rund 15 Prozent der Unternehmen sehen im Zugang zu Finanzmitteln ein erhebliches Problem. In Österreich sehen dieses Problem nur sieben Prozent der befragten KMU-Manager. Der Finanzierungsbedarf ist

Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für Industrie und Unternehmertum: „COSME enthält eine Bürgschaftsfazilität für Kredite an KMU in Höhe von bis zu 150.000 Euro und sogar darüber hinaus. Wir rechnen damit, dass von jetzt bis 2020 etwa 344.000 Firmen in der EU durch COSME gedeckte Kredite erhalten werden.“

in Österreich mit am stärksten gesunken im europäischen Vergleich, was auch an den geringen Hindernissen bei der Kreditvergabe liegt.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für Industrie und Unternehmertum:

„Seit deutlich wurde, dass KMU vor unverhältnismäßig großen Hindernissen beim Zugang zur Finanzierung stehen, haben wir das COSME-Programm geschaffen; ein Schwerpunkt liegt darauf, KMU den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.“



Beim Expertenforum „Regionale Zusammenarbeit bei der Gesundheitspolitik“ diskutierte die ehem. Gesundheitsministern Andrea Kdolsky mit namhaften Referenten aus Österreichs Nachbarländern. Als Moderator fungierte Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlags (Mitte).

IRE-Tagung: 9. Konferenz der Regionen und Städte in Pamhagen und Sopron

Grenzüberschreitende Kooperation lebt vom grenzenlosen Denken

„Grenzüberschreitende Kooperationen“ war der Titel der diesjährigen Konferenz der Europäischen Regionen und Städte (KERS), die zum neunten Mal vom IRE veranstaltet wurde. „Regionale Vernetzung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit, auch international, gemeinsame Lösungen sind nachhaltig für die gesamte Region, Kooperationen schaffen Synergien und können beitragen

zu: Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerungen, Qualitätssicherung und -steigerung, Know-how-Transfer und Innovation,“ erklärte IRE-Vorstandsvorsitzender Dr. Franz Schausberger in seiner Eröffnungsrede. Behandelt wurden verschiedene Themenbereiche wie Gesundheits- und Pflegepolitik, Tourismus, Verkehr, Energieeffizienz und Erneuerbare Energie und Verwal-

tungskooperation. Es kamen 220 Teilnehmer aus 16 Ländern in der Seewinkelhalle des Vila Vita Resorts im burgenländischen Pamhagen zusammen, um die Entwicklung der Regionen Europas zu debattieren. Die 10. Konferenz der Europäischen Regionen und Städte wird voraussichtlich vom 28. bis 30. September 2014 in Wien stattfinden.

www.institut-ire.eu

Tirol: VfGH-Entscheid Überschüsse stehen Gemeinden zu

Laut einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs steht bei Gemeindeguts-Agrargemeinschaften der Überling den Gemeinden zu. Überschüsse aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit, aber auch Einnahmen aus Jagdverpachtungen stehen den Gemeinden zu. Im konkreten Fall wurde der VfGH-Beschwerde der Gemeinde Pflach also stattgegeben, weil der Überschuss aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung des Gemeindegutes von den Behörden nicht ihr, der Gemeinde, sondern der Agrargemeinschaft zugeordnet wurde. Bei der Zuordnung des Überlings sei jedoch zu berücksichtigen, dass es finanzielle und wirtschaftliche Belastungen für die Agrargemeinschaftsmitglieder durch die Bewirtschaftung der Flächen geben könne. Diese Belastungen seien vom Überling, der der Gemeinde zustehe, abzuziehen.

Wissenschaftspreis 2013

Qualität der Arbeiten groß geschrieben

Kommunale Forschung befindet sich im Aufwind. So viele junge Forscher/innen wie noch nie buhlten um den kommunalen Wissenschaftspreis 2013.

Unter den 27 Einreichungen konnten jedoch nur zwei die Jury überzeugen: Petra Steinkellner und Nadine Zheden mit ihrer Masterarbeit „Prozessanalyse im Bereich der Gemeindeverwaltung zur Vorbereitung des Elektronischen Akts“ und Matthias Pendl mit seiner Diplomarbeit zu einer zivilrechtlichen Sonderbestimmung im steirischen Raumordnungsgesetz.

KWG-Vorsitzender Karl Weber betonte in seiner Rede, dass die hohe Qualität der Preisträger erhalten bleiben soll: „Wir legen den Maßstab bei der Bewertung der Arbeiten an drei Kriterien an: Das hohe wissenschaftliche Niveau, den kommunalen Inhalt und den Bezug zur Praxis. Diese Anforderungen erfüllten dieses Jahr nur zwei Arbeiten.“

Die 7000 Euro Preisgeld, die von der kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft, bestehend aus Österreichischem Gemeindebund, Österreichischem Städtebund und MANZ-Verlag, gestiftet werden, werden damit gleich drei Forscher/innen bei ihrem Werdegang unterstützen. Auch im kommenden Jahr will die Jury auf die Qualität Acht geben, wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer formulierte: „Die Qualität der Arbeiten wird bei diesem Preis groß geschrieben.“



Helmut Mödlhammer überreichte an Matthias Pendl und Petra Steinkellner (sie nahm den Preis auch für ihre Kollegin Nadine Zheden in Empfang). Städtebund-General Thomas Weninger und KWG- und Jury-Vorsitzender Karl Weber.

Vorarlberg

Sprenkelregelung wird gelockert

Mit einer Reihe von Änderungen bei der Schulorganisation befasste sich Anfang November der Rechtsausschuss des Landtags. Unter anderem wurde die oft kritisierte starre Schulsprengelordnung zumindest teilweise aufgehoben, damit Kinder auch in der Nähe des Arbeitsplatzes einen Betreuungsplatz haben können.

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ wollen das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die Vertretung der Europäischen Kommission BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Wissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln – damit die EU auch in den österreichischen Gemeinden (be)greifbarer wird.

Servicepaket für Europa-GemeinderätInnen

- EU-Helpline im Außenministerium
- E-Mail-Newsletter mit kompakten Informationen und Fakten zu aktuellen EU-Fragen
- Bildungs- und Informationsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel
- maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung
- jährliches Netzwerktreffen der Europa-GemeinderätInnen

Nehmen Sie diese Serviceleistungen in Anspruch und beteiligen Sie sich an dieser Initiative!

KONTAKT

E-Mail: abti3@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at

Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten



EUROPÄISCHE KOMMISSION
VERTRETUNG IN ÖSTERREICH

Familienfreundlich

86 Gemeinden erhielten Gütesiegel

Lebensqualität ist ein Standortfaktor. Und wo lässt sich Lebensqualität am besten steigern? Vor Ort in den Gemeinden. Das hat das Familienministerium bereits vor vielen Jahren erkannt und das Audit familienfreundliche Gemeinde ins Leben gerufen. In der Wiege des Audits, in Oberösterreich, wurden am 24. Oktober 2013 von Familienminister Reinhold Mitterlehner, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Oberösterreichs LH-Stv. Franz Hiesl 86 neue Gemeinden in den großen Kreis der Audit-Gemeinden aufgenommen. „Der Ausbau der Familienfreundlichkeit erhöht die Lebensqualität in den Gemeinden, steigert die Attraktivität als Wirtschaftsstandort und wirkt somit auch der Abwanderung ent-



86 Gemeinden und mehr als 300 Teilnehmer: Naturgemäß stellten in Linz die Oberösterreicher (im Bild die Ausgezeichneten) die größte Gruppe, gefolgt von Niederösterreich. Ganz links Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, ganz rechts Familienminister Reinhold Mitterlehner.

gegen. Aufgrund dieses sichtbaren Mehrwerts wird unser Audit-Angebot erfreulicherweise immer beliebter“, betonte Mitterlehner. Erstmals verliehen wurde zudem das Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde“. Das steirische Gabersdorf, das bereits länger zur Audit-Familie gehört, wurde für seine Bemühungen mit dieser zusätzlichen Anerkennung ausgezeichnet. Mödlhammer wies auf die vielen einfach umzusetzenden Maßnahmen im Zuge des Audits hin: „Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist eine Erfolgsgeschich-

te, weil es zeigt, dass es nicht nur eine Geldfrage ist, eine Gemeinde familienfreundlich zu gestalten. Die Kommunen lernen auch, die Bevölkerung eng einzubinden und auf Bedürfnisse einzugehen. Die umgesetzten Projekte sind in ihrer Vielfalt und Konsequenz sehr beeindruckend.“ In ganz Österreich gibt es damit bereits 295 Gemeinden, die diesen mehrstufigen, von professionellen Projektbegleitern unterstützten Prozess absolviert oder begonnen haben. Von den aktuell prämierten 86 Gemeinden liegen 29 in

Oberösterreich, 20 in Niederösterreich, 15 in der Steiermark, jeweils sechs in Tirol und in Salzburg, vier in Kärnten und jeweils drei in Vorarlberg und im Burgenland. Insgesamt sind damit bereits über 13 Prozent aller Gemeinden im Auditprozess. Im Ländervergleich liegt Oberösterreich mit 102 familienfreundlichen Gemeinden an der Spitze, gefolgt von Niederösterreich (75) und der Steiermark (40).

Alle Bilder und mehr Infos gibt es auf der Website www.gemeindebund.at

Österreich: Die 5. Brüsselreise für EuropagemeinderätInnen war wieder ein voller Erfolg

Entdecken, Erfahren, Begreifen – Projekt „Europa erfahren“

Was bringt uns die EU? Wie hat Österreich bisher von der Mitgliedschaft profitiert? Was sind die Folgen der Finanzkrise für meine Gemeinde? Mit vielen Fragen und Diskussionsstoff im Gepäck traten 25 EU-GemeinderätInnen eine dreitägige Informationsreise nach Brüssel an.

Die Informationsreise ist Teil des Projekts „Europa erfahren“ der Europapartnerschaft (www.zukunfteuropa.at). Die Bedeutsamkeit der „Europäischen Erfahrung“ brachte ein EU-Gemeinderat auf den Punkt: „Die negative Stimmung zur EU ist des-



Auch dieses Jahr lernten 25 EU-GemeinderätInnen vom 16. bis 18. Oktober 2013 die EU-Institutionen in Brüssel von innen kennen.

halb da, weil sich keiner vorstellen kann, was da wirklich passiert.“ Hintergrundgespräche mit den Kabinettschefs der Kom-

missare Johannes Hahn und Dacian Cioloș und österreichischen Europaparlamentsabgeordneten boten Gelegenheit zu Austausch

und Information. Diskutiert wurde über Regionalpolitik, ländliche Entwicklung und aktuelle politische Themen wie die EP-Wahlen 2014. Neben einem Besuch der Ständigen Vertretung Österreichs gab es auch individuelle Gespräche mit VertreterInnen der Verbindungsbüros der jeweiligen Bundesländer.

Die EuropagemeinderätInnen nahmen aus Brüssel vieles mit: authentische Informationen, ein Netzwerk aus Kontaktpersonen und vor allem die Motivation, dass Europa tatsächlich in der Gemeinde beginnt!

Für über 80 Gemeinden rund um
Wien erfolgreich unterwegs:
Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.

Purkersdorf

Mödling

**Groß-
Enzersdorf**

**Klosterneu-
burg**

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf www.wienenergie.at oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.



UNSERE KRAFT FÜR SIE.



Vor kurzem hat sich der neugewählte Nationalrat konstituiert. Dem bisherigen Bundeskanzler Werner Faymann wurde von Bundespräsident Heinz Fischer der Auftrag zur Bildung einer Regierung erteilt. Der Gemeindebund hat deshalb schon im Vorfeld Forderungen formuliert, die den Bürgern und Bürgerinnen Vorteile bringen würden, nachhaltig sind und damit im Sinne der Gesellschaft wären.

Gemeindebund: Forderungen an die neue Bundesregierung

A hand is holding a white sign. The sign features a large, stylized clock face with thick black hands and tick marks. Below the clock face, the word 'ZEIT' is written in large, bold, red capital letters. Underneath 'ZEIT', the phrase 'zu handeln' is written in bold, black lowercase letters. The background of the sign is white, and the hand holding it is visible on the right side.

ZEIT
zu handeln

Walter Leiss

Derzeit (mit Redaktionsschluss 13. November) finden noch Regierungsverhandlungen statt, mit dem Ziel, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Der Abschluss der Gruppenverhandlungen, so übereinstimmende Meldungen in den Medien, soll am 22. November sein. Anschließend soll eine Kernverhandlungsgruppe „bis Mitte Dezember“ zu einem Ergebnis kommen.

Ziel ist es, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu erstellen, das Grundlage für die kommende Legislaturperiode sein soll. Die neue Regierung steht jedenfalls vor großen Herausforderungen.

Reformbedarf wird in vielen Bereichen geortet. Der Ruf nach einer Verwaltungsreform, einer Föderalismusreform, einer Bildungsreform, einer Sozial- und Gesundheitsreform bis hin zu einer Pensionsreform ist in den Medien zu lesen. Die zuletzt aktuell gewordenen Budgetzahlen zeigen, dass auch Reformen im Staatshaushalt bzw. im Steuerbereich dringend erforderlich sind. Weniger häufig liest man über die Reformmaßnahmen,

Eine klare Zuordnung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten ist Grundvoraussetzung für eine sinnvolle und vor allem kostensparende Verwaltung.

die die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat.

Die Einrichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen, die von vielen als Jahrhundertreform bezeichnet wird, soll so wie die Einleitung der Gesundheitsreform nur beispielhaft erwähnt werden. Auch der Bürger will Reformen. Allerdings vielfach solche, die ihm selbst mehr bringen. Einsparungen und Kürzungen sollen bei den anderen erfolgen. Dringend erforderlich wird jedenfalls sein, dass die Bürger von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt werden und ihnen auch der Nutzen der Reform besser und überzeugend



gender dargelegt wird. Was nützt eine Kommunalstrukturreform, wenn sie dem Bürger nicht erklärt wird beziehungsweise die aufgezeigten und erwarteten Einsparungseffekte nicht eintreten?

Jeder Bürger lebt in einer Gemeinde und daher haben die Reformen die die Gemeinden betreffen auch unmittelbar oder mittelbar Auswirkungen auf die Lebensgestaltung der Bürger. Die Gemeinden haben bisher ihre Aufgaben zur höchsten Zufriedenheit der Bürger erfüllt und genießen das höchste Vertrauen aller Gebietskörperschaften. Es ist daher mehr als verständlich, dass auch die Gemeinden Forderungen und Wünsche an die neue Bundesregierung stellen.

Kommunale Selbstverwaltung

Die Gemeinden sind die bürgerlichste Gebietskörperschaft und für das Funktionieren demokratischer Instrumente und organisatorischer Prozesse auf allen Ebenen des Staatswesens unverzichtbar. Gefordert wird daher ein klares Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung. Die verfassungsmäßigen Rechte der Gemeinden auf nationaler und europäischer Ebene sind daher abzusichern und entsprechend neuer Aufgaben und Herausforderungen weiter auszubauen. Das Prinzip der Subsidiarität muss dabei die Richtschnur des Handelns sein. Den Gemeinden steht zwar im Wege des Österreichischen Gemeindebundes ein Begutachtungsrecht zu Gesetzesvorlagen und das In-

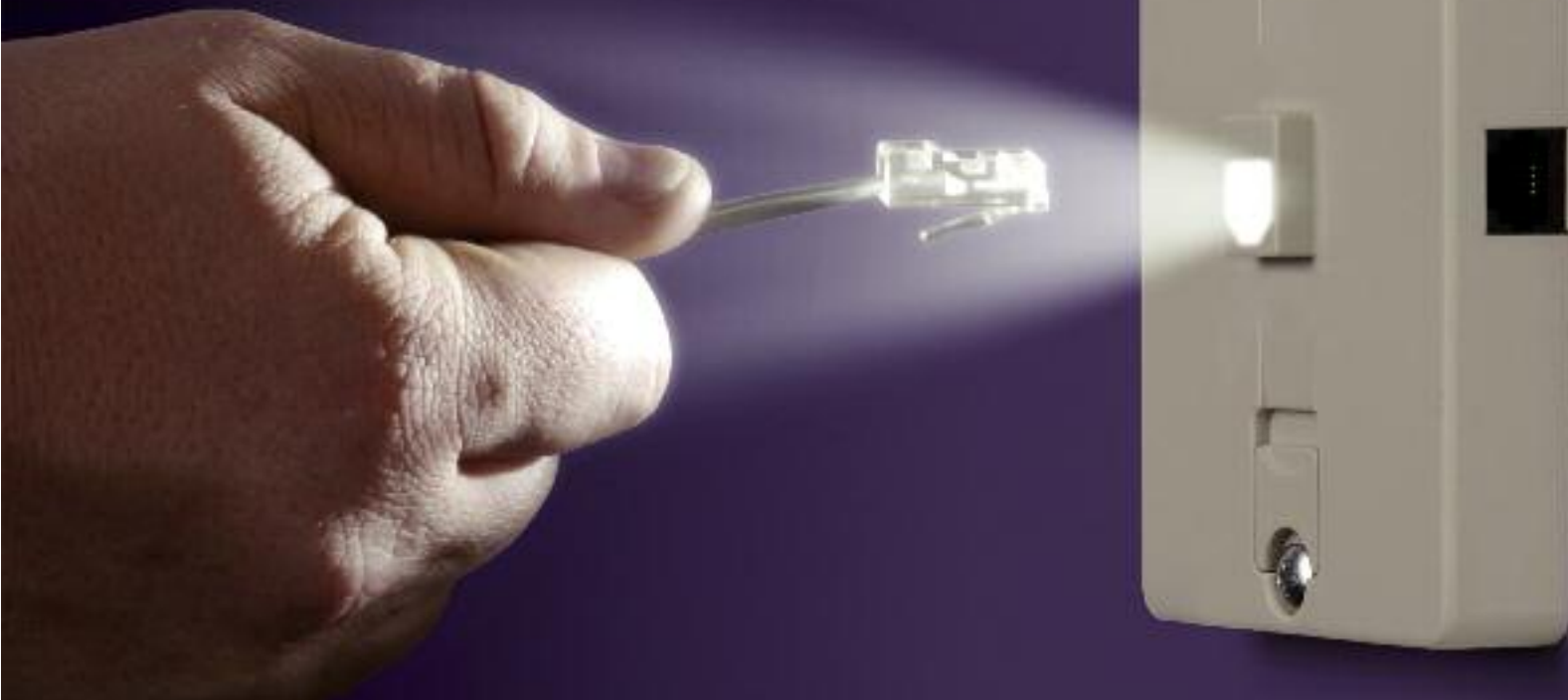
strument des Konsultationsmechanismus zu, jedoch ist es erforderlich, dass die kommunalen Spitzenverbände auch verfassungsrechtlich legitimiert werden, mit Bund und Ländern so genannte 15a-Vereinbarungen in jenen Angelegenheiten abzuschließen, die unmittelbar die Interessen der Gemeinden berühren.

Eine klare Zuordnung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten ist Grundvoraussetzung für eine sinnvolle und vor allem kostensparende Verwaltung. In einigen Bereichen wird den Gemeinden nur eine Mitfinanzierungsverpflichtung auferlegt, ohne dass sie auf die Inhalte Einfluss nehmen könnten. Gefordert wird daher eine Kompetenzbereinigung unter Beachtung des Konnexitätsgrundsatzes, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales. Das Recht auf Selbstverwaltung darf auch nicht dadurch untergraben werden, dass den Gemeinden Vorschriften auferlegt werden, die sie nur schwer oder mit unverhältnismäßig hohen Kosten bewerkstelligen können. So verständlich die Anliegen nach Transparenz und Vergleichbarkeit auch für die Gemeindehaushalte sind, so darf mit der angekündigten bundesweiten Haushaltsrechtsreform auf Landes- und Gemeindeebene nicht übers Ziel geschossen werden. So zielt der jüngst vorgelegte Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen mehr oder minder auf eine Implementierung des hochkomplexen, mehrdimensionalen Bundeshaushaltsrechts auch für kleine und mittlere Gemeinden ab. Die vorgesehene Wirkungsorientierung mit der verpflichtenden Festlegung von Maßnahmen ist für Gemeinden, deren Budget in vielen Bereichen keinen Ermessensspielraum vorsieht, ebenso kritisch zu sehen, wie der Wegfall des außerordentlichen Haushalts. Ein neues Haushaltswesen ist in seinem Komplexitätsgrad auf die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen der Gemeinden anzupassen.

(Siehe zu diesem Thema auch die Interviews mit Friedrich Klug und



Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wie Breitband und schnelle Datenübertragung sind heute Bestandteil der Daseinsvorsorge. Ohne sie kann der ländliche Raum den Lebensgrundlage für viele Bürger und Bürgerinnen nicht mehr bieten. Die Tendenz zur Abwanderung würde steigen.

Konstantin Struckl auf den Seiten 18 ff dieser Ausgabe.)

Moderne Verwaltung

Die Gemeinden stehen auch für eine bürgernahe und moderne Verwaltung. Sie sind bereit, Einsparungspotenziale zu nutzen und auch im Sinne der Bürger zu kooperieren. Umso unverständlicher ist es, wenn auf der einen Seite durch die BVG-Novelle Kooperationsformen der Gemeinden erleichtert werden, aber auf der anderen Seite durch restriktive Interpretationen von EU-Recht diese Möglichkeiten konterkariert werden. So wird die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie als Begründung dafür herangezogen, dass Kooperationsformen der Gemeinden der Umsatzsteuer unterworfen werden. Durch diese steuerliche Schlechterstellung werden Bemühungen zur Kooperation verhindert. Es ist auch nicht einzusehen, dass von den Gemeinden in vielen Bereichen wie im Zentralen Melderegister oder dem Perso-

nenstandswesen oder den Geodaten, die Daten erhoben und Register befüllt werden und für den Zugang und die Nutzung dieser Daten Kosten erwachsen. Hier ist ein kostenloser Zugang zu den erhobenen und für die Gemeinden relevanten Daten zu fordern. Ebenso ist zu verlangen, dass den Gemeinden die Kosten für den Vollzug von Bundesrecht erstattet werden. So haben die Gemeinden beispielsweise bei der Nationalratswahlordnung nunmehr auch die Votumsstimmen selbst auszuführen, die Briefwahlkarten zu versenden, erhalten jedoch keinen entsprechenden Kostenersatz. Der wiederholten Forderung auf Einschränkung der Auflage der Wählerverzeichnisse ist bis dato auch nicht Rechnung getragen worden.

Ländlicher Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum

Der ländliche Raum bietet Lebensgrundlage für viele Bürger und Bürgerinnen. Der festzustel-

lenden Tendenz zur Abwanderung kann nicht durch bloße Strukturreformen wie Gemeindezusammenlegungen begegnet werden, sondern dieser Lebens-

Eine der Forderungen ist ein Masterplan für den ländlichen Raum, der in den Bereichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie den Bereichen Universaldienste, Nahversorgung, Telekommunikation, Post und Sicherheit die erforderlichen Standards festlegt.

raum ist durch die Erhaltung und Schaffung von Infrastrukturen auch für die Zukunft zu sichern. Maßnahmen müssen gesetzt werden, um auch für den ländlichen Raum ein intelligentes und nachhaltiges Wachstum sicherzustellen. Wesentlich dafür ist, dass auch der ländliche Raum nicht von Zukunftstechnologien abgeschnitten wird. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wie Breitband und schnelle Da-

tenübertragung sind heute Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Einnahmen aus der Versteigerung der vierten Mobilfunkgeneration müssen daher, wie mehrfach zugesichert, zumindest zur Hälfte in den Ausbau der notwendigen Breitbandinfrastruktur fließen. Ebenso muss auch in Zukunft der ländliche Raum an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden bleiben. Die entsprechenden Mittel dafür sind bereitzustellen. Gefordert wird ein Masterplan für den ländlichen Raum, der in den Bereichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie den Bereichen Universaldienste, Nahversorgung, Telekommunikation, Post und Sicherheit die

Eine weitere Forderung für den kommenden Finanzausgleich ist die Schaffung eines Ausgleichsfonds für strukturschwache Regionen und Abwanderungsgemeinden.

erforderlichen Standards festlegt. Ebenso werden Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Standortpolitik gefordert, die Anreize für Betriebsansiedlungen bieten, um auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten.

Um den ländlichen Raum für junge Familien attraktiv zu erhalten, ist auch das Kinderbetreuungsangebot wie in den urbanen Räumen anzupassen und zu verbessern. Wenn vorschulische Bildungsaufgaben in die Kindergärten verlagert werden oder Überlegungen zu einer Ganztagschule angestellt werden, so sind die damit zusammenhängenden finanziellen Aufwendungen den Gemeinden zu ersetzen. Ebenso ist zu verlangen, dass den Gemeinden der durch das erste Stabilitätspaket 2012 erfolgte Wegfall der Möglichkeit des Vorsteuerabzuges im Bildungsbereich ersetzt wird. Der Österreichische Gemeindebund erwartet auch ein klares Bekenntnis zu Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dem drohenden Hausärztemangel ist entgegenzuwirken. In den kommenden zehn bis zwölf Jahren werden gemäß den Schätzungen des Österreichischen Hausärzterverbandes bundesweit

bereits 800 Landärzte fehlen. Stärkere Anreize für die Übernahme einer Landarztpraxis müssen gesetzt werden. Beispielsweise könnte durch die sogenannte Lehrpraxis für Turnusärzte diese Tätigkeit den künftigen Ärzten näher gebracht werden. Ein Bekenntnis zum ländlichen Raum erfordert auch, dass die Gemeinden des ländlichen Raums mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Zwar haben gerade die kleinen und ländlichen Gemeinden durch ihre Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit maßgeblich zur finanziellen Stabilität unseres Landes beigetragen und die verankerten Fiskalziele mehr als erfüllt, jedoch ging dies einher mit einer spürbaren Reduktion der Investitionstätigkeit in die Infrastruktur. Die Infrastruktur muss

auch für die Zukunft erhalten bleiben. Daher sind auch die bestehenden Fördermöglichkeiten im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zu erhalten und Mittel für den Katastrophenschutz bereitzustellen.

Gemeindefinanzen

Um auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen zu können, sind stabile Gemeindehaushalte ein wesentliches Erfordernis. Die Gemeinden tragen durch ihre Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit maßgeblich zur finanziellen Stabilität unseres Landes bei. Zur erwähnen ist allerdings, dass die sparsame Haushaltsführung auch zu einem Investitionsrückstau geführt hat. Eine faire Verteilung der Mittel des verbundenen Steuersystems ist daher zu fordern. Dabei muss auch den ländlichen Gemeinden, den strukturschwachen Regionen und Abwanderungsgemeinden besondere Bedeutung geschenkt werden. Gefordert wird daher ein Belastungsstopp für Gemeinden. Allein in der letzten Finanzausgleichsperiode wurden den Gemeinden durch Übertragung neuer Aufga-

Es ist nicht einzusehen, dass von den Gemeinden in vielen Bereichen wie im Zentralen Melderegister oder dem Personenstandswesen oder den Geodaten die Daten erhoben und Register befüllt werden und für den Zugang und die Nutzung dieser Daten Kosten erwachsen.

ben zusätzliche Kosten in der Höhe von mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr auferlegt. Diese Mehraufwendungen gehören im kommenden Finanzausgleich abgegolten. Gleichzeitig dürfen neue Aufgaben nur dann übertragen werden, wenn ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dabei geht es nicht bloß um eine sogenannte Anschubfinanzierung, sondern um die Vollkosten. Wenn Maßnahmen seitens der Bundesregierung als erforderlich erachtet werden, wie zum Beispiel die Sicherung von Eisenbahnübergängen, so sind die dafür erforderlichen Mittel auch vom Bund bereitzustellen.

Eine wesentliche Belastung für die Gemeinden stellen auch die jährlich wachsenden Transfers (Umlagen im Gesundheits- und Sozial-



Aufgaben wie zum Beispiel die Sicherung von Eisenbahnübergängen dürfen nur dann übertragen werden, wenn ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

bereich) dar. Die Gemeinden haben hier überwiegend keine Gestaltungsmöglichkeiten, müssen diese Aufgaben jedoch zu einem wesentlichen Teil mitfinanzieren. Maßnahmen wie der Pflegefonds sind zwar zu begrüßen, müssen jedoch dauerhaft eingerichtet werden. Eine Deckelung der Steigerungsraten ist hier erforderlich.

Um dem Prinzip der Aufgaben- und Finanzverantwortung gerecht werden zu können, ist auch eine Stärkung der gemeindeeigenen Abgaben erforderlich. Besonders die Grundsteuer, die durch die mehr als 40 Jahre unterbliebene Anpassung der Einheitswerte keine Ertragssteigerung erbracht hat, sondern sogar in ihrem Bestand bedroht ist, gehört dringend reformiert.

Eine wesentliche Belastung für die Gemeinden stellen auch die jährlich wachsenden Transfers dar. Die Gemeinden haben hier überwiegend keine Gestaltungsmöglichkeiten.

Sichergestellt muss jedenfalls bleiben, dass die Grundsteuer eine ausschließliche Gemeindeabgabe bleibt, die in der Ertrags Höhe der Gemeinden liegt. In diesem Zusammenhang sind auch schon Forderungen für den kommenden Finanzausgleich anzumelden. Gefordert wird die Schaffung eines Ausgleichsfonds für strukturschwache Regionen und Abwanderungsgemeinden. Damit kann der Bund seiner Verantwortung auch für den ländlichen Raum nachkommen. Ebenso ist der Forderung nach einer gerechten Verteilung der Ertragsanteile nachzukommen. Daher wird zumindest eine Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels verlangt.

Viele Forderungen

Die aufgezeigten Forderungen sind nicht vollständig. Mit Sicherheit kann aber gesagt werden, dass deren Umsetzung viele Vorteile für die Bürger und Bürgerinnen bringen würden, nachhaltig und damit im Sinne der Gesellschaft wären.



Zu hoffen bleibt, dass bei der ganzen Debatte rund um die neue Regierung auch wirklich ein „High-Speed“ herauskommt und kein „Hi-Speed“.

Neuvergabe der Mobilfunkfrequenzen

„Die Hälfte vom Erlös für die ländliche Infrastruktur“

Nach den beruhigenden Ankündigungen von Finanzministerin Maria Fekter beim 60. Österreichischen Gemeindetag diesen September in Linz, wonach „die Hälfte des Erlöses“ aus den erwarteten rund 500 Millionen Euro für die Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen für „den Breitbandausbau im ländlichen Raum“ reserviert sei, war die Erleichterung bei den Gemeinden groß. Als der tatsächliche Ertrag von rund zwei Milliarden Euro bekannt wurde, war die Freude größer. Eine Milliarde ist ja auch deutlich mehr als 250 Millionen. Laut Bundesfinanzgesetz fließt die Hälfte der Auktionserlöse ins allgemeine Budget (BMF), die andere Hälfte bleibt im Budget des BMVIT. Aus dem Büro von Finanzministerin Maria Fekter – von KOMMUNAL um eine Bestätigung gebeten – kam Anfang November (Mitten während der Koalitionsverhandlungen) eine vorsichtige Zustimmung. „Das BMVIT hat die Hälfte von den prognostizierten 526 Millionen und die Hälfte von dem, was darüber hinaus lukriert wird, zur

Verfügung. Und wenn die Frau Minister Bures ihren Teil in die digitale Offensive steckt, freut uns das sehr.“ Nur kam sofort die Einschränkung, dass seitens des BMF nie deklariert wurde, was mit „dem BMF-Anteil“ passiert. Dieser Teil sei für die Abfederung der Folgen der Alpine-Pleite vorgesehen gewesen. Das BMVIT bestätigte auf Anfrage von KOMMUNAL, dass die Hälfte der Auktionserlöse – also eine Milliarde Euro – in die „große Digitale Offensive“ investiert wird, in deren Mittelpunkt der Breitbandausbau steht. Derzeit sind mehr als 99 Prozent der Bevölkerung mit Basisinternet-Zugängen (bis 2 Mbit/s) versorgt. Internetzugänge mit 100 Mbit/s oder mehr sind aber nur für etwa 50 Prozent der österreichischen Haushalte verfügbar – wobei es ein starkes Stadt-Land-Gefälle gibt. Ohne Maßnahmen würde sich diese Kluft weiter vertiefen. Die europäische Investitionsbank schätzte für Österreich einen Gesamt-Investitionsbedarf von fünf Milliarden Euro, so das BMVIT.

Bestandsaufnahme und kritische Betrachtung kommunaler Berichte

Drei-Komponenten-Rechnung muss das Ziel sein

In dieser Diplomarbeit, die beim kommunalen Wissenschaftspreis 2012 ausgezeichnet wurde, werden die zentralen Berichte einer Gemeinde in Oberösterreich eingehend betrachtet und anhand der Berichte der Stadtgemeinde Laakirchen analysiert.

Jörg Kemptner

Die kamerale Ausrichtung des kommunalen Rechnungswesens liefert Berichte, die im Kern als reine Finanzrechnung zu qualifizieren sind. In der Vergangenheit wurde die finanzielle Planung und Kontrolle des Haushaltvollzuges als primäres Ziel des kommunalen Rechnungswesens angesehen. In den Berichten steht neben der Erfüllung des Voranschlages der finanzielle Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Vordergrund. In der Praxis zeigt sich, dass die Informationen der derzeitigen kameralen Berichte nur eingeschränkt geeignet sind, um Entscheidungsprozesse wirksam zu unterstützen. Einerseits ist ein vollständiges und transparentes Bild der Vermögens- und Ertragslage notwendig, andererseits bedarf es zur Sicherstellung bzw. Wiederherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit einer Kommune Informationen über das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenbedarf einer Periode. Darüber hinaus ist das Augenmerk auf transparente und lesbare Berichte zu lenken. In dieser Diplomarbeit wird der Informationsgehalt der kommunalen Berichte in Oberösterreich herausgearbeitet. Darauf aufbauend werden die Stärken und Schwächen der kommunalen Berichte anhand von praktischen Beispielen über die Darstellung des Rechnungsabschlusses einer Gemeinde nach dem kameralen bzw. dem Drei-Komponenten-



Modell dargelegt. Es werden ansatzweise die teils gravierenden Unterschiede im Informationsgehalt dargestellt.

Anhand des Beispiels Laakirchen liefern Voranschlag und der Rechnungsabschluss ein finanzwirtschaftliches Ergebnis, wobei das Soll-Ergebnis für die Darstellung der wirtschaftlichen Lage einer Gemeinde ausschlaggebend ist. Die Darstellung der Vermögens- und Schuldensituation wird in den Hintergrund gedrängt. Die Betrachtung von zukünftigen Belastungen durch Ersatz- und Neuinvestitionen erfährt einen sehr geringen Stellenwert. Begünstigt wird dieser Umstand dadurch, dass die Einnahmen und Ausgaben unabhängig von der Vermögens- und Schuldenrechnung dargestellt werden. Es unterbleibt eine Darstellung des gesamten Vermögens, unter Einbeziehung des öffentlichen Gutes. Die Darlehen für den Straßenbau werden dargestellt, nicht aber die damit geschaffenen Werte. Somit ergibt sich eine Verzerrung der Werte in der Vermögens- und Schuldenrechnung, wodurch ihre Aussagekraft stark eingeschränkt wird. Es erscheint schwierig, die Daten aus der Finanzrechnung und der Vermögens- und Schuldenrechnung zu einem einheitlichen Gesamtbild über die Finanzlage einer Gemeinde zu verbinden. Da auch fachkundige Mitarbeiter der Kommunen mit der Aufstellung eines solchen Gesamtbildes an ihre Grenzen stoßen, unterbleibt oftmals diese Gesamtsicht



Mag. Jörg Kemptner ist Leiter der Finanzabteilung und Stellvertreter des Stadtschreibers der Stadtgemeinde Laakirchen.

und der Fokus wird lediglich auf das Ergebnis der Finanzrechnung gelegt.

Der Rechnungs- bzw. Voranschlagsquerschnitt bringt einen deutlichen Aussagegewinn der Berichte. Jedoch wird dieser Querschnittsrechnung in der Praxis viel zu wenig Beachtung geschenkt. Die Querschnittsrechnung ermöglicht sowohl einen guten Überblick als auch eine brauchbare Zusammenfassung der umfangreichen Daten des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts. Aufgrund der alleinigen Verarbeitung von Daten aus der Finanzrechnung bleiben die grundsätzlichen Nachteile aber die gleichen.

Wünschenswert wäre ...

Bericht mit folgendem Informationsgehalt wären wünschenswert, wobei auch auf die jüngsten Beiträge in der Fachliteratur Bezug genommen wird:

1. Eine zusammengefasste Finanzrechnung, die sich bezüglich Gliederung und Inhalt an der bereits existierenden Querschnittsrechnung orientieren kann.

2. Eine Vermögens- und Schuldenrechnung, die sowohl Rücklagen und Rückstellungen als auch den gesamten Vermögensbestand in einer einzigen übersichtlichen Rechnung darstellt. Lediglich die Haftungen wären in einer weiteren Darstellung notwendig.

Zu Recht wird die Vermögensbewertung als kritischer Punkt betrachtet. Es bedarf hier einheitlicher und klarer Regeln, anhand derer Vermögen der öffentlichen Hand wie Straßen, Kulturgütern, ... frei von marktbedingten Schwankungen zu bewerten sind. Eine Pauschalbewertung wäre sicher ein erster pragmatischer Schritt. Das Gemeindever-

Jahresabschluss (Bilanz) per 31. 12. 2009

Bezeichnung	Euro	Bezeichnung	Euro
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen		Eigenkapital	
Inventar	7.500	Nettoposition	252.300
Gebäude und Grundstück	449.900	Rücklagen	0
Anlagen in Bau – Planungskosten	8.700		
Umlaufvermögen		Rückstellungen für Abfertigungen	55.500
Flüssige Mittel	0	Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstitut	158.300
Rechnungsabgrenzungsposten	0	Rechnungsabgrenzungsposten	0
Summe Aktiva	466.100	Summe Passiva	466.100

Ergebnisrechnung

Aufwände	Euro	Erträge	Euro
Personalaufwendungen	330.500	Leistungsentgelte	50.000
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.500	Transferleistungen	160.600
Abschreibungen	8.300		
Dotierung zu Abfertigungsrückstellungen	4.400		
Summe	373.700	Summe	211.400
		Negatives Ergebnis (Substanzminderung)	162.300

Die Bilanz zeigt übersichtlich die Vermögenspositionen, aber auch die Abfertigungsrückstellung. In der Ergebnisrechnung werden neben den Personal- und Sachaufwendungen auch Abschreibungen und die Dotierungen zu Abfertigungsrückstellungen dargestellt. Das negative Ergebnis als Substanzminderung kann klar abgelesen werden.

mögen sollte lt. VRV ohnehin in der Vermögens- und Schuldenrechnung verzeichnet sein. Möglichen Fehlinterpretationen, da beispielsweise Straßen kein Vermögen sondern eine Belastung darstellt, kann nur dahingehend entgegengewirkt werden, dass auf diese Besonderheit in den Berichten ausdrücklich hingewiesen wird. Es ist wie schon erwähnt fragwürdig, warum Darlehensaufnahmen für den Straßenbau derzeit in der Vermögens- und Schuldenrechnung nur mit den Darlehen dargestellt werden, der damit geschaffene Wert aber unberücksichtigt bleibt. Daran wird deutlich, dass die derzeitige Darstellung Fehlinterpretationen Raum bietet. Ein Vergleich mit Bilanzen der Privatwirtschaft ist ohnehin aus vielerlei Gründen nicht oder nur eingeschränkt zulässig.

3. Eine Ergebnisrechnung, die den Ressourcenverbrauch dem Ressourceneinsatz gegenüberstellt.

Die Abschreibung würde dadurch ergebniswirksam dargestellt und nicht bloß isoliert in der Vermögens- und Schuldenrechnung. Die Vorsorge für künftige Belastung, wie Abfertigungsansprüche ist ebenfalls einzubeziehen.

4. Wegfall des Nachweises der verrechneten Vergütungen.

Diese gewissermaßen innerbetriebliche Leistungsverrechnung ist zum einen nicht vollständig, da nur die Leistungen für Bauhof und Fuhrpark dargestellt werden müssen, und zum anderen sind sie ein Element der Kostenrechnung. Es erscheint wesentlich zielführender, eine vollständige Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen, die auf Produktbasis für die Entscheidungsfindung wesentliches Gewicht hätte.

5. Erstellung von Berichten nach Berichtsempfängern,

wie beispielsweise übersichtliche Darstellungen von wesentlichen Zahlen an die Entscheidungsträger, detaillierte Darstellung für den jeweiligen Bereich der Verwaltung, bedarfsorientierte Auswertungen für die Aufsichtsbehörde, „Geschäftsberichte“ für die Gemeindebürger.

Zusammenfassend ist daher eine Drei-Komponenten-Rechnung bestehend aus Finanzrechnung, Vermögens- und Schuldenrechnung und Ergebnisrechnung zu fordern. Erweitert mit einer Kosten- und Leistungsrechnung zu einer integrierten Verbundrechnung könnte ein zielführendes kommunales Berichtswesen in Österreich realisiert werden. Der Reformprozess in vielen deutschen Bundesländern hat zu Berichten entsprechend dem Drei-Komponenten-Modell geführt. Diese Berichte führen zu einer deutlichen Steigerung der Aussagekraft. Trotz des hohen Arbeitsaufwandes ist spürbar, dass der Weg in die richtige Richtung geht, hin zu mehr Transparenz und zu einer ehrlichen Darstellung der öffentlichen und kommunalen Haushalte. Der Fokus dieser Ausführungen ist ausdrücklich auf die Aussagekraft der Berichte gelegt und nicht auf die Art und Weise, wie diese Berichte ermittelt werden. Somit soll keine abschließende Entscheidung getroffen werden, welches der beiden Modelle „Doppik oder Kameralistik“, angewendet werden soll.

Über den Autor

Mag. Jörg Kemptner hat im Jahr 2011 seine Diplomarbeit an der Johannes-Kepler-Universität Linz zum Thema „Kommunale Berichterstattung – Bestandsaufnahme und kritische Betrachtung kommunaler Berichte in Oberösterreich“ verfasst. Für diese Arbeit wurde ihm der Kommunale Wissenschaftspreis 2012 verliehen.

Telefon: 07613/8644-230,

E-Mail: [kemptner@](mailto:kemptner@laakirchen.ooe.gv.at)

[laakirchen.ooe.gv.at](mailto:kemptner@laakirchen.ooe.gv.at)



Die Diskussionen bleiben pointiert – Zwei Experten stehen Rede und Antwort.

Kameralistik oder Doppik

Seit einigen Jahren gibt es die Diskussion über das öffentliche Rechnungswesen. „Pro Doppik“ schallt es aus der einen, „pro Kameralistik“ aus der anderen Ecke. Eine Bestandsaufnahme.

Hans Braun

Beide „Seiten“ heben unermüdlich die – unbestrittenen – Vorteile ihres Rechnungssystems hervor. Auf Befürchtungen, dass gravierende Änderungen (der Kameralistik) die Gefahr von Chaos impliziert, erwidert die „andere Seite“, dass gerade das Ausbleiben von Reformen das Chaos hervorbringen würde. Beide Seiten betonen, dass mit dem „eigenen“ System größtmögliche Transparenz gegeben sei und es einfacher sei zu arbeiten.

KOMMUNAL hat in einem Versuch, das Dilemma aufzulösen, mit dem bekannten Linzer Professor Fried-

rich Klug gesprochen, ein ausgewiesener Experte für die kommunale Buchhaltung. Und wir haben mit Konstantin Struckl gesprochen, dessen neues Finanzmanagementsystem „k5“ derzeit in aller Munde ist, weil es beide Versionen beherrscht. Und in einem wesentlichen Punkt stimmen unsere Gesprächspartner überein: Sollte die vom Finanzministerium angedachte Variante mit den IPSAS/EPSAS-Regeln (siehe Beitrag von Anton Matzinger, KOMMUNAL 10C/2013) kommen, wäre das die für die Gemeinden schlechtestmögliche Variante. Allerdings scheinen beide deutlich unterschiedliche Signale aus dem Ministerium erhalten zu haben ...

Friedrich Klug

Die Kameralis

Herr Professor, ist in einer Zeit, wo sich die Anforderungen an die Gemeinden ständig ändern und laufend neu definiert werden, die Kameralistik noch anwendbar?

Friedrich Klug: Aber absolut! Sie kann genau dasselbe leisten wie die Doppik, sie ist sogar besser verständlich, transparenter, übersichtlicher und auch vergleichbarer.

Es ist nicht so, dass das eine veraltete Rechnungslegungsform ist. Die Kameralistik wurde und wird immer wieder weiterentwickelt, wie es die Anforderungen eben brauchen – das gilt auch für die Doppik. Auch die muss weiterentwickelt werden.

Die Doppik ist halt die kaufmännische Buchhaltung der Privatwirtschaft und hat ganz andere Ziele als ein öffentliches Rechnungswesen. Der Irrglaube, dem viele unterliegen, ist, dass sich eine Gemeinde, ein Land, ein Staat führen lässt wie ein Unternehmen. Das geht aber nicht, auch wenn es in Österreich und in Tschechien Millionäre gibt, die das vorplappern und es Politiker gibt, die das nachplappern.

„Die Doppik ist die kaufmännische Buchhaltung und hat ganz andere Ziele als ein öffentliches Rechnungswesen. Der Irrglaube ist, dass sich ein Land, eine Gemeinde, ein Staat wie ein Unternehmen führen ließe.“

Warum wird die Doppik dann so präferiert? Sitzen die Politiker da einem Missverständnis auf?

Das Missverständnis kommt daher, weil sich die meisten Leute in Buchhaltung so überhaupt nicht auskennen. Es ist sperrig und interessiert die Menschen eigentlich nicht. Es ist nur interessant geworden, als die Skandale aufgetreten sind.

In Deutschland gibt es ja schon Bestrebungen, die sich einen Rück-Wechsel zur Kameralistik

Die Doppik hat andere Ziele als die Kameralistik

wünschen, einfach, weil die Kameralistik genau dasselbe kann, aber transparenter ist. Und es kommt auf die Finanzwirtschaft an. Die Maastricht-Kriterien (*finanzwirtschaftliche Größen, Anm. d. Red.*) sind wichtig. Das sind Defizit, Schuldenstand und Schuldentragfähigkeit. Sozusagen die Frage, ob man die Schulden tilgen kann. Das sind aber alles kamerale Größen – oder auch finanzwirtschaftliche Begriffe.

In der deutschen Zeitschrift „Verwaltung & Management“ (Ausgabe 3/2012) wird die Doppik in der kommunalen Praxis als „intransparent und ineffizient“ bezeichnet. Das sind ziemlich schwere Vorwürfe für ein System, das Transparenz bringen soll.

Die Erklärung für die Intransparenz ist deswegen, weil die Doppik und IPSAS und EPSAS (*internationale Rechnungslegungsvorschriften, Anm. d. Red.*) und so weiter bei der Bewertung enorme Spielräume offen gelassen haben. Die größte Finanzkrise nach dem 2. Weltkrieg beruht ja auf doppischen Grundsätzen. Da hat man (noch positive) Testate der Ratingagenturen aufgrund von Rechnungsergebnissen der Doppik ausgewiesen.

Man kann mit der Doppik bei der Bewertung von Immobilien oder Derivaten noch sehr viel tun – was aber intransparent ist! Dazu kommt die vorherrschende Konfusion. Man braucht einerseits die finanzwirtschaftlichen Ergebnisse und andererseits das volkswirtschaftliche Budget auf doppischer Grundlage. Die Frage ist nun, was wichtiger ist: Das finanzwirtschaftliche Ergebnis oder die Erfolgsbilanz? Politiker und viele andere, die sich nicht wirklich auskennen, fragen sich, was gilt. Und hier gibt es ein fundamentales Budgetprinzip: Einheitlichkeit des Budgets. Es gibt nur ein Budget



„Accrual Accounting ermöglicht das ‚Schönfärben‘ des Rechnungswesens durch Bewertungen. Das hat zu den Skandalen von Enron bis Lehmann Brothers geführt. Derartiges funktioniert in der Kameralistik weit schwieriger als mit doppischen Rechnungsmethoden.“

– und das ist das finanzwirtschaftliche. Das ist auch meine Antwort auf die Frage von vornhin, was wichtiger ist.



In einem Leserbrief als Reaktion auf den Beitrag von Dr. Matzinger (Bericht in KOMMUNAL 10/2013, Anm. d. Red.) schreiben Sie über „accrual accounting und teils kriminellen Bewertungsmethoden“. Würden Sie das für Laien präzisieren?

Accrual accounting ist das neue, ressourcenbezogene Rechnungswesen, wo man mit Bewertungen schönfärben kann. Und was bei den Skandalen um Enron und Parmalat und Lehman Brothers passiert ist, das war kriminell.

Ermöglicht wurde das aber erst durch doppische Rechnungsmethoden. Lehmann Brothers hat

zwei Wochen vor der größten Finanzkatastrophen nach dem 2. Weltkrieg noch ein Triple-A-Rating bekommen – aufgrund positiver Testate.

Ginge dieses Ratingwesen – oder – unwesen, wie manche sagen – mit der Kameralistik auch?

Es würde funktionieren, aber weit schwerer. Die Kameralistik handelt ja nur mit Zahlungsgrößen. An Cash kann man nicht herumdeuteln. Cash zählt. Darum geht ja die Kameralistik von Zahlungsströmen aus. Auch in der Privatwirtschaft ist die Liquidität das Wichtigste, erst dann kommt die Wirtschaftlichkeit. Wenn die Liquidität nicht mehr gegeben ist, dann bricht alles zusammen.

Es sollte sich der Staat, das Land, die Gemeinde so verhalten wie die sprichwörtliche „schwäbische Hausfrau“: „Was hab’ ich Einnahmen, was hab’ ich Ausgaben – und das muss ich zum Ausgleich bringen. Oder ich muss sparen, dann lege ich eine Rücklage und wenn das nicht reicht, dann muss ich mir einen Kredit nehmen. In dem Fall muss ich aber die Fähigkeit zum Schuldendienst haben, ich muss mir die Raten leisten können.“

So einfach ist das. Rückmeldungen aus Deutschland sagen, dass die Notlagen der Städte durch die Kassenkredite weit größer sind als bei uns. Der Witz bei dieser schlimmen Geschichte mit den deutschen Städten ist, dass die schon auf die Doppik umgestellt haben.

Warum soll die Doppik dann bei uns kommen?

Ich habe ja nichts gegen die Doppik. Die Doppik, die der Bund jetzt einführt, ist nach Aussagen des Sektionschefs (*Gerhard, Anm.*) Steger aus dem Finanzministerium ja eine kamerale Doppik – oder eine doppische Kameralistik. Jedenfalls



maßgeschneidert auf den öffentlichen Dienst.

Das Problem, das wir haben ist, dass wir zwei Budgets haben – und das ist meine Hauptkritik. Das Buchen in „Soll und Haben“ oder in „Soll und Ist“ ist in der Kameralistik eigentlich völlig egal. Wenn man mit SAP bucht, dann wird das ja parallel geführt, aber ausgewiesen wird nur das finanzwirtschaftliche Ergebnis.

Der Staat hat eine Berechtigung, wenn er öffentliche Wirkungsziele verfolgt. Das kann ich aber nur gesamtwirtschaftlich, volkswirtschaftlich und finanziell nachbilden. Das Wichtigste ist, dass die Finanzen stimmen, denn dann stimmt die öffentliche Aufgabe des Staates.

„Ich denke, dass sich viele Berater nur für die Doppik aussprechen, weil sie dann eigene Leistungen anbieten können.“

Da drängt sich die Frage nach dem „cui bono“ auf?

Der Nutzen ist bei den Anbietern. Das sind IT-Unternehmer, Berater, Wirtschaftsprüfer – für die ist das ein sicheres Geschäft.

Es gibt ja schon Mischsysteme pro kommunale Doppik, die eine günstige Lösung versprechen. Würden diese Programme die Anforderungen erfüllen?

Wie ich weiß, können diese Programme beide Systeme. Hier hängt es dann vom Anwender ab, ob der mehr finanzwirtschaftlich (also kameral) oder eher doppisch ausweisen will. Natürlich bringen solche Umstellungen was. Aber die öffentliche Hand begibt sich dann auf lange Sicht in eine Abhängigkeit der Anbieter.

Im Kern ist das aber eine tief politisch-ideologische Streitfrage hinter der ganzen Diskussion. Die einen sagen, man muss dop-

pisch abrechnen und kaufmännisch denken und arbeiten. Daraus lässt sich dann – überspitzt formuliert – herauslesen, was für Privatisierungen interessant ist. Aber das ist Rosinenpickerei, für die man auch keine doppischen Werte bräuchte. Der uninteressante Rest soll ruhig in der öffentlichen Verwaltung bleiben. Das Böse daran ist, dass für Verluste mit dem uninteressanten Rest dann Rufe folgen, dass „die öffentliche Hand nicht wirtschaften kann“.

Was wären dann die Konsequenzen?

Üblicherweise heißt es dann entweder Privatisieren oder Sparen. Sparen würde aber heißen Pensionen runter, Gesundheit weg, Bildung weg, Forschung weg, Straßen und öffentlicher Verkehr kürzen und so weiter – aber vielleicht ist das auch politisch so gewollt.

Da sind wir mitten in der Politik, lässt sich die Politik von der rein technischen Anforderung noch trennen?

Die Politik müsste sich ein bisschen besser auskennen, müsste ein bisschen besser informiert sein. Aber diese Art der Bildung wird relativ wenig angeboten – und wenn, wird meist nur die Doppik gelehrt.

Ich habe einmal einen Politiker gefragt, der für die Doppik gesprochen hat, wie man „Wareneinkauf auf Ziel“ bucht? Nach 20 sehr ruhigen Schrecksekunden hat der geantwortet, dass er das nicht wissen muss.

Woher kommt dann diese Fixierung auf die Doppik?

Ich denke, dass sich viele Berater nur für die Doppik aussprechen, weil sie dann eigene Leistungen anbieten können.

Konstantin Struckl

Ein Neueins mit kommunal

In der sehr emotional geführten Diskussion Doppik versus Kameralistik meinen viele, dass das, was die Doppik kann, die Kameralistik schon lange kann. Wie stehen Sie dazu?

Konstantin Struckl: In einigen Bereichen haben diese Stimmen recht. Wenn man sich das System des kameralen Buchens anschaut glauben viele Kritiker, dass die Kameralistik „nur“ eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ist und verkennen dabei, dass es in Wahrheit nur zu einem geringen Anteil so ist, weil es auch ein Soll und Ist gibt, und einen schließlichen Rest. Dieser Rest spiegelt aber nichts anderes wider als Forderungen oder Verbindlichkeiten. Aber genau das Fehlen von Forderungen und Verbindlichkeiten wird von vielen als Nachteil gesehen.

Das Problem ist in Wahrheit vielmehr, dass das Thema der Wirkungsorientierung, der Zeitpunkt der Verbuchung im System, tatsächlich ein Nachteil der Kameralistik gegenüber der Doppik ist. Das ist aber schon ein wichtiger Punkt. Wenn ich heute als Bürgermeister weiß, dass ich in der nächsten Periode, im Falle der

„Der Nachteil der Kameralistik gegenüber der Doppik ist das Thema der Wirkungsorientierung, dem Zeitpunkt der Verbuchung im System.“

Gemeinden im nächsten Rechnungsjahr oder sogar darüber hinaus mit Aufwänden, Kosten zu rechnen habe, muss ich sie im doppischen Modell abgrenzen. Beispielsweise sind das Aufwendungen für Abfertigungen oder geleistete Überstunden oder nicht verbrauchter Urlaub.

Das Thema Abschreibung (AfA) ist auch ein Thema, das zwar die Doppik kennt, die Ka-

Neueinsteiger fährt Kameraler Doppik besser

meralistik aber nicht. Von da her überwiegen grundsätzlich die Vorteile einer Doppik.

Einige Experten, besonders Herr Schleritzko (*Christian Schleritzko ist Haushaltsexperte des Österreichischen Gemeindebundes, Anm.*) meinen, dass man die genannten Nachteile auch in einem kameralen System („erweiterte Kameralistik“) abbilden kann. Das kann auch eine Möglichkeit sein, auf diese Weise eine „kommunale Doppik“ herzustellen, die dann eine weithin akzeptierte Kompromisslösung abseits der Kameralistik-Doppik-Diskussion ist.

Jetzt haben wir Informationen, dass die Doppik, die der Bund einführen will, in Wahrheit eine „kameraler Doppik“ – oder auch eine „doppische Kameralistik“ – und maßgeschneidert auf die öffentliche Verwaltung ist. Das ist ja im Endeffekt genau so ein Produkt, wie sie es anbieten.

Das ist vollkommen richtig. Die Sprechweise ist etwas anders, wir sagen „kommunale Doppik“ dazu.

In unserem System, dem k5-Finanzmanagement, bucht der Buchhalter einer Gemeinde im Prinzip nur Geschäftsfälle und muss sich nicht darum kümmern, ob die Buchung im Hintergrund als Soll-Ist Buchung oder als Soll-Haben Buchung abgebildet wird.

Bei k5-Finanzmanagement muss kein Buchhalter die Doppik von Grund auf lernen. Einige betriebswirtschaftliche Regeln sollte man allerdings schon beherrschen, damit man versteht, wie die Software arbeitet. Und das bedeutet schon – das muss man zugeben – einen Schulungsaufwand für jede einzelne Kommune, die umstellt.

Würden Sie zustimmen, wenn ich behaupte, dass die Kameralistik viel einfacher zu erlernen ist als die Doppik?

Das ist total übertrieben.

Ein Neueinsteiger in die Gemeindebuchhaltung fährt mit der kommunalen Doppik besser, einfacher und schneller. Das wird die absolute Mehrheit aller Experten bestätigen. Das Problem ist, dass die bereits langjährig angestellten Bediensteten in den Gemeinden umgeschult werden müssten.

Und dadurch, dass die Denkweise eine andere ist, ist die Herausforderung nicht unbeträchtlich.

Mit guter Software, wie wir sie bauen, ist es eine leichte Übung, das Rechnungswesen zu verstehen. Die Erfahrung, die man aus Deutschland kennt, dass eigene Fachhochschulen gegründet wurden, um die Finanzkämmerer auszubilden, wo man die Kennwerte hat, dass man 100.000 Euro für die Ausbildung braucht, da sind wir mit k5-Finanzmanagement sehr weit weg.

Stichwort Deutschland. Es gibt erste Berichte, wonach die extreme Schuldenlast, die manche Kommune dort schultert, der Doppik zur Last gelegt wird. Und viele Gemeinden wünschen sich eine Rück-Umstellung auf die Kameralistik.

Die Umstellung der Buchhaltung kann nur direkte Kosten (Software, Schulungen) verursachen, die aber kaum relevant sein können. Die Schuldenlast wird dadurch weder kleiner noch größer, sie wird nur für den einen oder anderen leichter lesbar – aber es ändert sich an den Zahlen nichts.

Darstellungstricks der Doppik werden heute für den Ausbruch der Finanzkrise mit verantwortlich gemacht. So soll einer der Hauptverursacher „Lehman Brothers“, noch zwei Wochen vor dem Ausbruch der Krise aufgrund doppischer Darstellungen ein Triple-A verpasst bekommen haben.



„Die Doppik für die Finanzkrise verantwortlich zu machen, ist eine überspitzte Darstellung. Eine Kameralistik hätte noch weniger Informationen als die Doppik liefern können.“



Das ist eine überspitzte Darstellung. Eine Kameralistik hätte eher noch weniger Informationen als die Doppik liefern können.

Das Problem liegt in den Bewertungen nach Basel II oder Basel III. Kommunen werden kaum nach diesen Richtlinien bewertet. Die Soft-Facts, die gar nicht in den Zahlen drin stecken, sind auch wichtig für eine Beurteilung, also für das Rating. Es geht hier um die Erläuterungen, die Aussichten, die Prognose-Rechnungen. Darum geht es und die wurden vor der Finanzkrise oft missachtet.

Das bedeutet für die kommunale Ebene?

Ein Beispiel: Eine Gemeinde schreibt ein negatives Ergebnis, ob das jetzt als Soll-Abgang oder als Verlust ausgewiesen wird, ist einmal völlig egal.

Wenn ich als Bürgermeister eine Prognose anstellen kann und damit auch begründen kann, dass sich mein Abgang in den nächsten Jahren ins Positive dreht, ist das durchaus ein gutes Rating oder das Aufrechterhalten eines guten Ratings wert. Wenn ich aber solche Darstel-

lungen ohne Begründung oder gar nicht abgebe, dann laufe ich Gefahr, dass ich falsch bewertet werde und die Seifenblase irgendwann platzt.

Das ist in der Finanzkrise auch so passiert. Aber das kann man nicht direkt dem Rechnungs- oder Buchungsstil zuordnen.



In Österreich scheint vieles auf eine „kommunale Doppik“, wie von Ihnen beschrieben, hinzuweisen und die Proponenten beider Seiten scheinen damit leben zu können. Warum gibt es dann Ihrer Meinung nach immer noch so viele Emotionen in dieser Frage?

Weil jede Veränderung Ängste hervorruft. Es gibt in Österreich leider nur wenige Experten, welche die Doppik und die Kameraistik gleichermaßen gut beherrschen und die damit auch die nötigen Aufwände abschätzen können.

„Eine Mischform erscheint zweckmäßig. Österreich hat gute Chancen, ein Rechnungswesen zu schaffen, das weltweit richtungweisend ist.“

Aber auch aufgrund der Erfahrungen aus Deutschland ist eine Mischform zweckmäßig. Eine öffentliche Verwaltung soll ja nicht gewinnorientiert sein, daher bringt es auch nichts, wenn man viel Aufwand in detaillierte Leistungs- und Produktkataloge steckt, wie dies in der Vergangenheit in vielen öffentlichen Verwaltungen propagiert wurde und damit von Beginn an alle Anwender und Beteiligten belastet hat, anstatt in einen sanften Übergang in ein besseres und aussagekräftigeres Rechnungswesen zu investieren.

Es gibt wirklich gute Ansätze und kluge Einwände; wenn man die berücksichtigt, hat Österreich gute Chancen, ein Rechnungswesen zu schaffen, das weltweit richtungweisend sein kann.

Eine letzte Frage: Gemeindebund-Präsident Mödlhammer hat in diesem Zusammenhang immer wie-

der betont, dass er die Folgekosten einer Umstellung fürchtet. Vor allem, dass Gemeinden auf lange Sicht in die Abhängigkeit von Schulungs-Anbietern kommen.

Die Gefahr besteht vor allem dann, wenn die aktuell neue Bestrebung, nämlich ein IPSAS oder ein EPSAS auf die Gemeinden auszurollen, tatsächlich zu hundert Prozent umgesetzt wird. Die IPSAS-Normen, die öffentliche Verwaltungen für die Vermögensbewertung einsetzen, sind tatsächlich extrem aufwändig und die Bewertung danach, wenn man es vollflächig ausführt, dürften nicht ohne Experten- und Beratungskosten, die extern zugekauft werden müssten, funktionieren.

Die k5-Entwicklungspartner waren in der Schweiz, also bei den IPSAS-Erfindern, die uns sagen, bitte macht IPSAS in Österreich nicht auf Ebene der Gemeinden.

In der Schweiz, dem weltweiten Vorbild dieses Themas, wird das auf Gemeindeebene auch nicht eingesetzt, alle diesbezüglichen Versuche in der Vergangenheit sind nachweislich gescheitert. Die Schweizer machen eine pragmatische Vermögensbewertung. Und es macht keinen Sinn – das sagt auch der Linzer Prof. Friedrich Klug –, dass wir Vermögen, das wir gar nicht veräußern können, detailliert bewerten. Noch dazu, wo es niemals als Eigenkapital abgebildet werden kann.

Die Angst vor IPSAS und EPSAS ist zwar begründet, aber es sollte nicht kommen. Oder haben Sie andere Informationen?

Das kann ich derzeit nicht abschätzen. Der Vorschlag des Finanzministeriums und der Universität Klagenfurt ist schon so, dass man auch auf Gemeindeebene klar auf IPSAS oder EPSAS abzielt. Das halte ich – aber das ist meine persönliche Meinung – für überzogen und ich kann mich dazu nur vollinhaltlich den Bedenken des Gemeindebund-Präsidenten anschließen.

Verwaltungsgerichte Von 120 auf

Was ändert sich mit der „größten Verwaltungsreform der Zweiten Republik“ wirklich? Die Verwaltungsgerichte standen im Zentrum des Symposiums der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft. Eines ist klar: Nicht alle Auswirkungen sind absehbar.

Aus unzähligen Verwaltungssenaten sollte eine übersichtliche Verwaltungsgerichtsbarkeit werden. So das hehre Ziel der Regierung. Von den Gemeinden wird diese so hoch gelobte Reform, die den Bürgern wesentliche Vereinfachungen bringen sollte, jedoch kritisch gesehen. Grund: Es sind noch viele Fragen aus der Praxis offen. Und die Reform bedeutet einen enormen Eingriff in die Gemeindeautonomie.

Obwohl für die Veranstaltung mehrere der renommiertesten Experten des öffentlichen Rechts gewonnen werden konnten – der Salzburger Rechtswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Harald Stolzlechner, Univ.-Prof. Dr. David Leeb von der Johannes Kepler Universität Linz,

Univ.-Prof. Dr. Harald Eberhard von der WU-Wien und der Linzer Experte für Verwaltungsrecht Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer – konnten nicht alle Fragen der kommunalen Vertreter beim Symposium der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft abschließend beantwortet werden. In vielen Fragen wie der konkreten Gestaltung des Instanzenzuges durch die Landesgesetzgeber, wird erst die Judikatur der kommenden Jahre „Klarheit“ bringen.

Nur neun Landesverwaltungsgerichte, sowie ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht sollen die Aufgaben von insgesamt 120 weisungsfrei gestellten Beru-

elf Beschwerdegerichte



Nur neun Landesverwaltungsgerichte, ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht sollen die Aufgaben von insgesamt 120 weisungsfrei gestellten Berufungssenaten und Sonderbehörden ablösen. Der Teufel steckt jedoch, wie immer, im Detail.

fungssenate und Sonderbehörden ablösen. Damit soll der Beschwerdeweg für den Bürger transparenter werden. Der Teufel steckt jedoch, wie immer, im Detail.

Wer ab 1. Jänner 2014 gegen einen Bescheid einer Behörde berufen will, muss sich (abgesehen von Gemeinde-Angelegenheiten) nicht mehr an die nächst höhere Verwaltungsinstanz wenden, sondern kann gleich vor ein unabhängiges Verwaltungsgericht ziehen. Was sich für die Gemeinden ändert, hängt zuerst vom Bundesland ab, wie Harald Stolzlechner erläutert: Die meisten Bundesländer haben den zweistufigen Instanzenzug in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs beibehalten. In Städten mit eigenem Statut ist der Instanzenzug zumeist ausgeschlossen (z.B. Statut Graz, Innsbruck, Salzburg). In Tirol ist ein grundsätzlicher Ausschluss des Instanzenzugs vor-

Durch den Systemwechsel wird die Selbstverwaltung der Gemeinden eingeschränkt.

gesehen. Eine ganz andere Regelung wird in Salzburg geplant: Grundsätzlich soll der Instanzenzug gesetzlich ausgeschlossen werden. In einer Übergangsregelung werden die Gemeinden bis 30. Juni 2014 allerdings ermächtigt, selbst zu bestimmen, ob sie den zweigliedrigen Instanzenzug beibehalten. Diese Einzelbeschlüsse der Gemeinden werden durch eine Feststellungsverordnung der Landesregierung kundgemacht. Dass sich der Verfassungsgerichtshof rasch mit dieser Regelung auseinandersetzen wird, ist – so sind sich die Vortragenden, Stolzlechner, Leeb, Eberhard und Hauer einig – zu erwarten.

Wird es für den Bürger wirklich einfacher?

Ob es durch die direkte Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte bei Beschwerden in Gemeindeangelegenheiten letztendlich für den Bürger einfacher wird, bleibt zu bezweifeln. Der Vorteil der bisherigen Regelung: Vieles konnte schnell und unbürokratisch durch Gemeindeorgane entschieden werden. Nur wenige Beschwerden wanderten wirklich im Rahmen der sogenannten „Vorstellung“ zur Gemeindeaufsicht. Werden künftig – wie in Tirol – gleich die Verwaltungsgerichte eingeschaltet, muss die Beschwerde höhere „inhaltliche“ Voraussetzungen erfüllen, als dies bisher beim aufsichtsbehördlichen Vorstellungsverfahren der Fall war. Einig sind die Experten auch darin, dass „beim Wechsel von der kassatorischen Entscheidung zur reformatorischen Entscheidung bei Beschwerden ein genereller Systemwechsel vollzogen wird“. Durch diesen Systemwechsel wird die Selbstverwaltung der Gemeinden eingeschränkt, andererseits wird – jedenfalls dort, wo der innergemeindliche Instanzenzug erhalten bleibt - die

Zahl der verfahrensrechtlichen Möglichkeiten (Berufungsvorentscheidung, Beschwerde vorentscheidung etc.) der Gemeinden auch wieder erhöht.

1. Jänner. 2014: Stichtag mit Spannung erwartet

Einer der besten Kenner des österreichischen Gemeinderechts, Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhöfer sieht die Auswirkungen des neuen Rechtsschutzsystems realistisch: Dass durch die neue Rechtslage im Verwaltungsverfahren für die Gemeinden und Bürger alles einfacher, billiger und rascher wird, ist für ihn nicht erkennbar – im Gegenteil. Tatsächlich bleiben wichtige Themen immer noch ungewiss, viele Fragen sind offen. So sind die Kosten, die auf die Gemeinden zurollen immer noch nicht abschätzbar. „Inwieweit dieser österreichische Mittelweg mit der Beibehaltung des zweistufigen Instanzenzugs in den meisten Bundesländern nur ein Übergang zu einer vollständigen Abschaffung des Instanzenzugs ist, bleibt abzuwarten“, räumt Harald Eberhard, Experte für Staats- und Verwaltungsrecht an der WU Wien ein. Auch für Mödlhammer bleiben berechtigte Zweifel: „Ob es für den Bürger wirklich einfacher ist, seine Beschwerde an ein Gericht, als an ein gewähltes Organ zu richten, bezweifle ich.“ Eines ist gewiss: Ab 1. Jänner 2014 werden die Gemeinden in ihrem hoheitlichen Handeln an Stelle der aufsichtsbehördlichen Kontrolle einer gerichtlichen Verantwortung gegenüberstehen – mit allen verbundenen Konsequenzen.

Carina Rumpold ist Redakteurin bei Kommunalnet

Beitrag redaktionell gekürzt. Der Bericht über das Symposium steht in voller Länge auf www.gemeindebund.at zum Nachlesen.

Gemeindefinanzbericht 2013

Freude – und der Ruf nach Reformen

EINNAHMEN

AUSGABEN

Die Prognose für 2013 zeigt einen soliden Überschuss: Der Saldo aus Gesamteinnahmen (abzüglich Schuldenaufnahme) und Gesamtausgaben (abzüglich Tilgungen) steigt auf 527 Millionen Euro.

(Details siehe Grafik „Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden“ auf der nächsten Seite)

Hans Braun

Mitten in der Diskussion um den Zustand der Staatsfinanzen legten die heimischen Gemeinden ihre Finanzdaten vor. In den Räumen der Kommunalkredit Austria (die den Bericht auch verfasst hatte) präsentierten Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Städtebund-General Thomas Weninger und Hausherr und Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit, Alois Steinbichler, den Bericht, der auf „den Rechnungsabschlüssen des Jahres 2012, die nun alle ausgewertet sind, beruht“.

„Der diesjährige Gemeindefinanzbericht zeigt, dass sich der schon im Vorjahr absehbare positive Trend erfreulicherweise fortsetzt. Dies ist ein klarer Nachweis für die disziplinierte und konstruktive Arbeit, die im kommunalen Sektor von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie seitens der Gemeindeaufsichten verantwortungsvoll geleistet wird“, betonte Alois Steinbichler. „Der Stabilitätspakt 2012 wird ganz offensichtlich gelebt.“

Helmut Mödlhammer freute sich über die Leistungen der Gemeinden: „Sie haben Überschüsse erwirtschaftet, den Stabilitätspakt somit übererfüllt und gleichzeitig ihren realen Schuldenstand reduziert. Es wäre schön, wenn auch Bund und Länder eine ähnlich gute Bilanz vorlegen hätten können.“

Mehr Einnahmen als Ausgaben

Insgesamt betrug die Gesamteinnahmen der Gemeinden im Jahr 2012 16,985 Milliarden Euro (bereinigt um die Schuldenaufnahme), die Gesamtausgaben lagen mit 16,587 Milliarden Euro darunter (bereinigt um Schuldentilgung). Der Gebärungsüberschuss für 2012 betrug 398 Millionen Euro (2011 betrug der Überschuss 226 Millionen Euro). Das Maastricht-Ergebnis 2012 (Finanzierungssaldo laut VRV 1997) war mit 376,8 Millionen Euro bzw. 0,12 Prozent des BIP positiv (2011: 420,7 Millionen Euro bzw. 0,14 Prozent). Der Rückgang um 43,9 Millionen Euro bzw. 10,5

377 Millionen Euro Maastricht-Überschuss, Schuldenstand um 283 Millionen Euro reduziert und Investitionen um 125 Millionen Euro erhöht. Das sind die erfreulichen Eckdaten des Finanzjahres 2012 der österreichischen Gemeinden, die im aktuellen Gemeindefinanzbericht präsentiert wurden.

Der Wermutstropfen: 2012 hatten von den 2353 Gemeinden 805 eine negative Bilanz („Abgangsgemeinden“). 2011 betrug diese Zahl noch 646. Dabei sei aber zu beachten, dass die Gesamt-Summe des Abgangs der betroffenen Gemeinden mit 69,1 Millionen Euro unter dem Wert von 2011 lag (84,8 Millionen Euro). Unter dem Strich – so betonte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer – haben die Gemeinden alle Aufgaben erfüllt, sie sind die „Spar- und Reformmeister der Republik“.

Prozent beruht unter anderem auf den gestiegenen Investitionsausgaben. Diese fanden vor allem im Dienstleistungsbereich (Wasserwirtschafts-, Kanal- und Müllentsorgungsbetriebe) statt. Die Ertragsanteile der Gemeinden aus dem Finanzausgleich sind im Jahr 2013 moderat angestiegen – im Durchschnitt um 3,4 Prozent (+182 Millionen Euro) auf insgesamt 5,51 Milliarden Euro. Bei den gemeindeeigenen Abgaben und Steuern (Grundsteuer, Kommunalsteuer, etc.) war 2012 ein durchschnittlicher Einnahmestieg von 3,8 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt nehmen die Gemeinden aus diesem Bereich jährlich rund 3,019 Milliarden Euro ein. Ein Blick auf die Struktur der gemeindeeigenen Steuern und Abgaben zeigt die große Bedeutung der Kommunalsteuer (siehe Grafik unten rechts) für die Gemeindekassen. Fast 65 Prozent des gesamten Abgabenaufkommens stammen aus dieser arbeitsplatzbasierten Einnahme. Die Grundsteuer hat mit rund 17 Prozent deutlich geringere Bedeutung.

Geringere Gebühren in kleineren Gemeinden

Die Gebühreneinnahmen sind 2012 bei den Gemeinden ohne Wien um durchschnittlich 4,32 Prozent gestiegen und betragen nun 1,76 Milliarden Euro. „Das sind aber im Grunde Durchlaufposten. Wir sind ja verpflichtet, kostendeckende Gebührenhaushalte zu führen“, berichtet Mödlhammer. Im Durchschnitt werden 54,6 Prozent der Gebühreneinnahmen für die Abwasserentsorgung verwendet, 24,1 Prozent für die Müllentsorgung und 17 Prozent für die Wasserversorgung. In Wien stiegen die Gebühren im selben Zeitraum um 14,9 Prozent.

Bei den Abgangsgemeinden entspannt sich die Lage weiter. Zwar ist die Anzahl jener Gemeinden, die ihren Haushalt nicht ohne Bedarfszuweisungen ausgleichen können, auf 805 gestiegen, das Gesamtvolumen der Abgänge ist 2012 aber erneut gesunken. Rund 70 Millionen Euro sind derzeit nötig, um die-



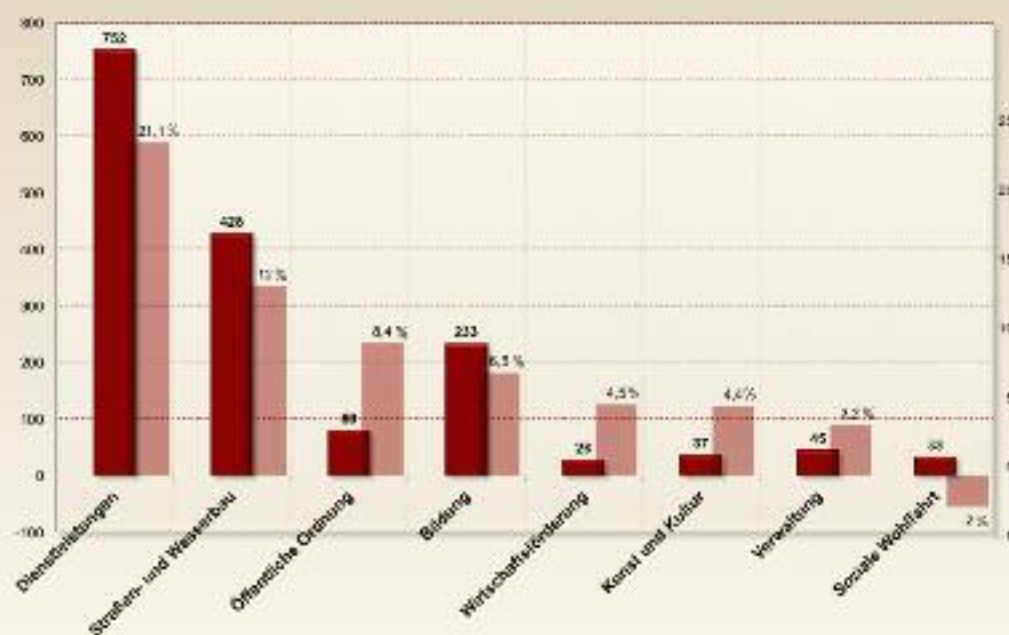
Helmut Mödlhammer, Alois Steinbichler und Thomas Weninger präsentieren voll Stolz den Gemeindefinanzbericht 2013.

Ein PDF des Berichts steht auf den Websites www.gemeindebund.at und www.kommunalkredit.at zum Download bereit.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien, in Millionen Euro)



Dynamik in den Ausgaben und Investitionsbereichen – Anstieg der Nettoausgaben und Investitionen (ohne Wien, in Mio. Euro)



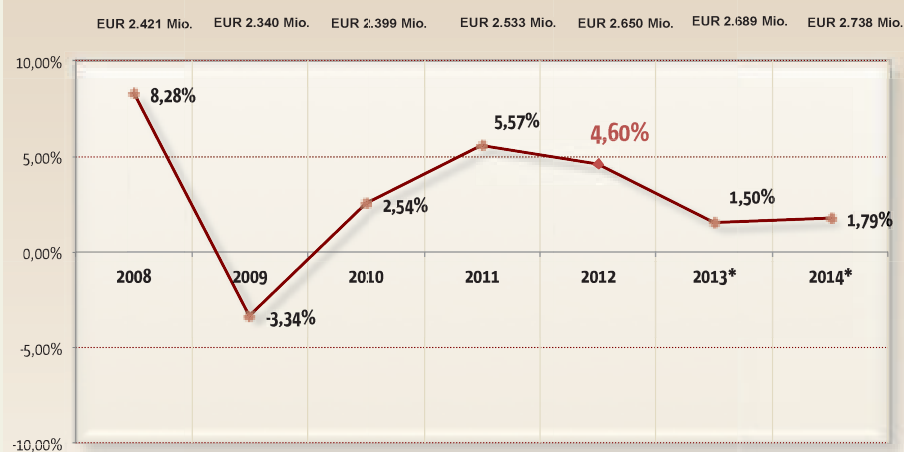
Die stärksten Wachstumsraten 2012 verzeichneten die Investitionsbereiche Dienstleistungen (+21,1 Prozent) sowie Straßen-, Wasserbau, Verkehr (+12,0 Prozent). Der Pflegefonds bremste allerdings die Ausgabendynamik im Bereich Soziale Wohlfahrt um zwei Prozent.

Anstieg kommunaler Investitionen (ohne Wien, in Millionen Euro)



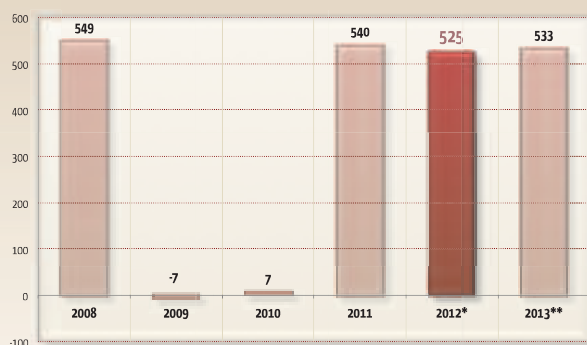
Der Investitionsanstieg betrug 8,2 Prozent auf 1642 Millionen Euro, wobei die Dienstleistungen (Wasserver-, Abwasserent- und Müllentsorgung) mit plus 58 Millionen (8,3 Prozent) auf 752 Millionen sowie die Bereiche Straßen-, Schutzwasserbau und Verkehr um plus 36 Millionen (9,2 Prozent) auf 428 Millionen die stärksten Anstiege verzeichneten.

Entwicklung der Kommunalsteuereinnahmen (inkl. Wien)



Insgesamt stiegen die Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien) aus wirtschaftlichen Tätigkeiten 2012 um 4,7 Prozent bzw. 232 Millionen Euro auf 5,12 Milliarden Euro. Die größten Treiber hinter dieser Entwicklung waren die um 25 Prozent auf 552 Millionen gestiegenen Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (allerdings im Wesentlichen bedingt durch Einmaleffekt bei den burgenländischen Gemeinden von 100,2 Millionen Euro) und die um 4,3 Prozent auf 1760 Millionen Euro gestiegenen Einnahmen aus Gebühren.

Freie Finanzspitze stabil auf hohem Niveau



Für 2013 wird ein leichter Anstieg der freien Finanzspitze um acht Millionen auf 533 Millionen Euro prognostiziert. Dies ergibt sich aufgrund des prognostizierten Anstiegs der Ertragsanteile, der angenommenen Fortschreibung der Ausgabendynamik entsprechend der Inflationsrate und der Annahme eines stabilen Tilgungsniveaus.

2014 wird die freie Finanzspitze aus heutiger Sicht auf hohem Niveau verbleiben: Es verflachen die Einnahmen- und Ausgabendynamiken (Prognose: +1,6 Prozent Ertragsanteile, +1,8 Prozent Kommunalsteuer (Schätzung Kommalkredit), +1,9 Prozent Inflationsrate (WIFO, Oktober 2013) bei weiterhin stabiler Schuldentilgung.

sen Gemeinden aus den gemeindeeigenen Bedarfszuweisungsmitteln, die von den Ländern verwaltet werden, unter die Arme zu greifen.

Investitionen weiter angestiegen

„Dass die Investitionen der Gemeinden 2012 wieder angestiegen sind, ist sehr wichtig – auch für die Wirtschaft, denn in den Jahren 2010 und 2011 sind wir mit beiden Füßen auf die Investitionsbremse gestiegen“, so Mödlhammer. 1,642 Milliarden Euro haben die Kommunen für neue Investitionen in die Hand genommen, immerhin eine Steigerung von 8,2 Prozent. „Wir sind natürlich noch lange nicht dort, wo wir schon einmal waren, als wir jedes Jahr mehr als zwei Milliarden investieren konnten.“

Steinbichler ergänzt: „Für 2013 wird auch ein leichter Anstieg der freien Finanzspitze – sie gilt ja als Maßstab für die Finanzkraft der Gemeinden – um acht Millionen auf 533 Millionen prognostiziert. 2014 wird die freie Finanzspitze aus heutiger Sicht auf ähnlich hohem Niveau verbleiben.“

Fast die Hälfte der Investitionen, 752 Millionen Euro, flossen in die Aufgabengruppe Dienstleistungen, also in den Kanalbau, Kläranlagen, Müllentsorgung, aber auch in Kinderspielplätze, Parks oder öffentliche Beleuchtung. Infrastrukturinvestitionen im Bereich Verkehr machten ein Viertel und damit 428,2 Millionen Euro aus. Diese beiden Bereiche waren 2012 mit +57,8 Millionen Euro oder +8,4 Prozent im Bereich Dienstleistungen und +36,2 Millionen Euro oder +9,2 Prozent im Bereich Straßen- und Wasserbau, Verkehr die am stärksten steigenden Investitionsbereiche. Der drittgrößte Investitionsblock war Bildung – hier wurden von Österreichs Gemeinden im Jahr 2012 233,1 Millionen Euro investiert, ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von fünf Millionen Euro (-2,1 Prozent).

Der Schuldenstand der Gemeinden (ohne Wien) hat sich im Jahr 2012 zum zweiten Mal in Folge reduziert. Nachdem sich –

Pressestimmen

Die Presse

Gemeinden haben Schulden abgebaut

Die heimischen Gemeinden haben ihre Finanzen neuerdings etwas besser im Griff als Bund und Länder. Das geht zumindest aus dem ... Gemeindefinanzbericht 2013 hervor, dem die Rechnungsabschlüsse aller österreichischen Gemeinden ... zugrunde liegen. Demnach haben die Gemeinden (ohne Wien) im Vorjahr bei 16,99 Mrd. Euro Einnahmen und 16,59 Mrd. Ausgaben (Schuldenaufnahmen und Tilgungen sind hier nicht eingerechnet) einen positiven Saldo von 398 Mio. Euro erzielt. Gleichzeitig ist der Finanzschuldenstand zum zweiten Mal in Folge abgebaut worden – um 282,5 Mio. Euro auf auf 11,36 Mrd. Euro.

Der Standard

Gemeinden fürchten Belastungen durch Bund

Gemeindegund-Präsident Helmut Mödlhammer hätte einigen Grund, guter Dinge zu sein: Der Gemeindefinanzbericht, den die Kommunal-kredit für 2013 erstellt hat, bescheinigt den Städten und Gemeinden, dass sie im Vorjahr ihre Finanzschuld um 283 Millionen Euro senken konnten, dass sie 1,7 Milliarden Euro an Rücklagen haben und dass sie 2012 ordentlich investiert haben, insgesamt 125 Millionen Euro mehr als 2011. Aber das sind Globalzahlen, die relativiert werden müssen – und wenig darüber aussagen, wie belastbar die Gemeinden sind, wenn ihnen vom Bund weitere Aufgaben zugewiesen werden, was Mödlhammer fürchtet.

Salzburger Nachrichten

Gemeindeschuld 2012 erneut reduziert

Es sei „ein Tag der Freude, aber kein Tag zum Jubeln“, sagte Mödlhammer. Trotz der „Erfolgsmeldung“ über den erneut positiven Saldo der Gemeinden sieht er auch Negatives: So hatten 2012 von den insgesamt 2353 Gemeinden 805 eine negative Bilanz („Abgangsgemeinden“). 2011 war diese Zahl noch auf 646 gesunken.

Kurier

Versteckspiel endet ...

Budgetloch hin oder her: Österreichs Staatsschulden steigen 2014 auf jeden Fall. Und zwar wegen strengerer EU-Vorschriften, die unter anderem die Gemeinden betreffen. ... Dass die Kommunen solide wirtschaften, zeige der Gemeindefinanzbericht für 2012, so Mödlhammer: „Wir haben unsere Aufgaben erfüllt, wir sind die Spar- und Reformmeister der Republik.“

Kleine Zeitung

Gemeindefinanzen: „Freude, aber kein Jubel“

Die Gemeinden (ohne Wien) haben im Jahr 2012 erneut eine reale Reduzierung des Schuldenstands erreicht. Gestiegen sind allerdings wieder die Haftungen. Das geht aus dem am Mittwoch präsentierten „Gemeindefinanzbericht 2013“ hervor: Zufrieden, aber nicht restlos glücklich zeigte sich Gemeindegund-Präsident Helmut Mödlhammer (ÖVP), so sei etwa der Zuwachs der Abgangsgemeinden ein „Wermutstropfen“.

OÖ Nachrichten

Gemeindefinanzen: „Freude, aber kein Jubel“

Als positiv bewertete Mödlhammer, dass es den 2353 österreichischen Gemeinden 2012 gelungen sei, ihre Finanzschulden zum zweiten Mal in Folge zu senken – und zwar um 282,5 Millionen Euro bzw. 2,4 Prozent. Die Finanzschuld lag damit Ende 2012 bei 11,359 Milliarden.

Wiener Zeitung

Angespannte Freude

Von den insgesamt 2353 Gemeinden in Österreich (wiesen) 805 im Vorjahr eine negative Bilanz aus, im Jahr 2011 waren es noch 646. Das ist die schlechte Nachricht aus dem Gemeindefinanzbericht, der am Mittwoch präsentiert wurde. Helmut Mödlhammer, Präsident des Gemeindegundes, ist dennoch zufrieden und bezeichnet die Gemeinden als „Spar- und Reformmeister“, da die Schulden wie schon 2011 gesenkt werden konnten ...

erstmal seit Mitte der 80er Jahre – bereits im Jahr 2011 die Finanzschuld der Gemeinden (ohne Wien) mit einem Rückgang von 43 Millionen Euro bzw. –0,4 Prozent verringerte, konnten 2012 die Schulden um weitere 282,5 Millionen bzw. –2,4 Prozent reduziert werden. „Das ist schlichtweg sensationell“, freut sich Mödlhammer. Die Finanzschuld der Gemeinden betrug Ende 2012 noch 11,359 Milliarden Euro, im Jahr 2011 waren es noch 11,641 Milliarden Euro. Der in allen Bundesländern verzeichnete Rückgang der Finanzschulden ergibt sich sowohl aus einer vorsichtigen Schuldenaufnahme der Gemeinden als auch aus aktiven Schuldentilgungen. „Wir arbeiten in den Gemeinden halt nach dem Prinzip, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt“, so Mödlhammer dazu.

Noch viel zu tun

An die kommende Bundesregierung richteten sowohl Mödlhammer als auch Städtebund-General Thomas Weninger klare Wünsche: „Wir müssen rasch wissen, wo gespart wird.“ Beide forderten vom Bund einen „sofortigen Belastungsstopp“, denn gestiegene Anforderungen im Bereich der Kinderbetreuung oder der Nachmittagsbetreuung, aber auch die Umsetzung des neuen Haushaltsrechts würden „enorm viel Geld“ kosten. Allein die „Hardware“ für die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht würde 70 bis 80 Millionen Euro kosten. Außerdem wünschten sich beide Kommunalvertreter einen Bürokratieabbau, denn der Personalstand in den Kommunen sei „an der Grenze“. Und deutlich mehr Transparenz verlangen die Gemeindevertreter im „sehr komplizierten Umverteilungssystem zwischen Ländern und Gemeinden“. Derzeit, so Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger, würden dabei jährlich 52.000 Transferzahlungen abgewickelt. Das sei eindeutig zu aufwendig und schreie nach einer Reform.

Viele Gemeinden
haben ähnliche Probleme.



Wir helfen, sie
zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.

publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

Ausbildung und Arbeitsplatz in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft

Bedarf an neuen Perspektiven

Seit Jahren steigt die Zahl der Mitarbeiter in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft stark an. Damit geht zwar die Zahl der offenen Stellen im selben Ausmaß zurück. Die Suche nach qualifiziertem Personal, das den zunehmenden Ansprüchen und Anforderungen gerecht wird, wird aber schwieriger. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Bernhard Haubenberger

Österreich als kleines Land mit wenigen Rohstoffen, aber überdurchschnittlicher Lebensqualität trumpft international durch ein hochqualitatives Dienstleistungsangebot auf. Wie in anderen Bereichen verlangen der rasche technologische Wandel, die Internationalisierung sowie die zunehmende Vernetzung und Komplexität auch im größten Segment des Dienstleistungssektors, der Tourismus- und Freizeitwirtschaft, heute ganz andere Kenntnisse und Fähigkeiten als noch vor wenigen Jahren.

Wenngleich die Tourismusausbildung per se in Österreich ausgezeichnet ist, hält sie mit dem stetigen Wandel und den sich ändernden Bedürfnissen nicht Schritt. Hier ist Modernisierung und Innovation gefragt.

Als international anerkannte Form der Berufsbildung steht die duale Ausbildung grundsätzlich nicht zur Diskussion, allerdings sollten die traditionellen Strukturen im Unterricht und die starre Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Tätigkeiten und Berufsfeldern an die zunehmende Dynamik auf dem Arbeitsmarkt – volkswirtschaftlich wie auch individuell – angepasst werden.

Fachschulen haben den KMU-dominierten Tourismus bereits verändert. Sie bieten eine adäquate praxisnahe Ausbildung für zu-

Viele Absolventen gehen ins Ausland, um dort Erfahrung zu sammeln, kehren aber nicht mehr zurück.

künftige Touristiker. Dennoch müssen auch hier neue Zweige geschaffen und die Kooperation im Schulwesen, so etwa der Landwirtschaft und dem Tourismus, verstärkt werden. Eine bessere Vernetzung zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus bzw. zwischen den jeweiligen Ausbildungsschienen führt zu neuen, die beiden Bereiche verbindenden Berufsbildern. Das Um und Auf in der touristischen Ausbildung ist die Praxis im Betrieb. Fallen Praktika ausschließlich auf die arbeitsintensivsten Wochen im Jahr, lassen sich Auswirkungen auf die Ausbildung nicht vermeiden. Moderne Angebote bieten längere Praktika an, die sowohl intensivere als auch weniger intensive Abschnitte umfassen.

Zukunftshoffnung Jugend

Viele junge Leute genießen in Österreich eine ausgezeichnete Tourismusausbildung, aber nur etwa 20% der Absolventen bleiben nach Abschluss der Ausbildung dem Tourismus erhalten, 80% der Absolventen streben anderweitige Beschäftigungen und Ausbildungen an. Österreich investiert viel Geld in diese Ausbildung, es sollte daher auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen daraus gezogen werden. Gerade die österreichischen Beschäftigten im Tourismus sind international sehr begehrt und werden zunehmend vom Ausland abgeworben. Eine Rückkehr nach Österreich ist eher die Ausnahme. Es muss daher danach getrachtet werden, die gut ausgebildeten Mitarbeiter im Land zu halten, jedenfalls aber nach ihrem „Auslandseinsatz“ zu einer Rückkehr zu bewegen.

Kost, Logis und steuerfreies Trinkgeld für Mitarbeiter in der



österreichischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft sind ohne Zweifel jene Vorteile, die anderswo nicht selbstverständlich sind. Geht es aber um Arbeitszeiten, Grundentlohnung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und insbesondere ganzjährige Beschäftigung, sieht die Welt schon anders aus. Gerade der jungen Generation muss in Österreich eine Perspektive gegeben werden, die nicht mit Abschluss der Ausbildung ihr jähes Ende findet. Durch die mittels neuer, innovativer Ausbildungsschienen entstehenden Berufsfelder würde das Tourismusangebot für junge Menschen sowohl als Anbieter (Unternehmer, Mitarbeiter), als auch als Nachfrager (Gäste von morgen) interessant.

Saisonausweitung

Von großer Bedeutung ist die Erarbeitung von Modellen zur Ganzjahresbeschäftigung. Neben Reformen im Ausbildungsbereich, die im Wege neuer Berufsfelder und eines erweiterten, sektorenübergreifenden Tätigkeitsbereichs die Grundlage hierfür bieten könnten, bedarf es Anreize für Unternehmer und Arbeitgeber, Mitarbeiter ganzjährig zu halten – so etwa durch steuerfreie Bindungsprämien oder neue Arbeitszeitmodelle. Doch der Tourismus könnte einen noch viel stärkeren – positiven – Impact auf Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen haben. Ermöglichen würde das ein von der Österreichischen Hoteliervereinigung (ÖHV) entwickeltes Modell: In einer dreijährigen Einführungsphase sollen Löhne und Gehälter von Mitarbeitern in Hotels, die ihre Öffnungszeiten ausweiten, in der Höhe des Arbeitslosenentgelts bezuschusst werden (also keine Mehrausgaben). Die Unternehmen würden den Gesamtbetrag der Lohnnebenkosten abführen. Das Arbeitsmarktservice hätte keinen höheren Aufwand. Die öffentliche Hand würde auf allen Ebenen von Mehreinnahmen profitieren – Sozialversicherungsbeiträge, Kommunalsteuern, Lohnsteuern uvm. Finanzieren würde sich das Modell über zusätzliche Gästebausgaben.



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Ertragsanteile-Prognose nach unten korrigiert

Ein schwieriges Jahr 2014 ist zu erwarten

In den letzten Wochen wurde viel über Budgetlöcher, Konjunkturerwartungen und das Zahlenwerk gestritten. Im Oktober legte das BMF die bislang letzte Prognose der Gemeindeertragsanteile vor. Die davor gültige Abgaben- und Ertragsanteile-Prognose stammte aus dem Frühjahr 2012, die zugrundeliegenden Konjunkturprognosen schauten damals noch deutlich rosiger aus, als es die aktuellen Zahlen der Wirt-

Gründerwerbsteuer oder das im August begonnene, neue Regime bei der Siedlungswasserwirtschaft zu nennen, das keine automatischen Vorwegabzüge bei den Ertragsanteilen mehr vorsieht. Erst bei Feststehen der tatsächlichen Ausgaben wird ein Abzug vorgenommen. 2013 konnte sogar noch auf vorhandene Rücklagen des ehemaligen Sonderkontos Siedlungswasserwirtschaft zurückgegriffen werden.

Länderweise Prognose der Ertragsanteile

	absolut (in Mio. EUR)				Zuwachs in % des Vorjahres			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bgld.	229,3	233,1	239,7	248,1	4,47%	1,66%	2,80%	3,51%
Ktn.	558,2	562,1	578,9	599,8	3,43%	0,69%	2,99%	3,61%
NÖ	1.454,3	1.476,3	1.521,4	1.574,6	4,56%	1,52%	3,05%	3,50%
OÖ	1.399,3	1.427,6	1.465,0	1.516,8	3,88%	2,02%	2,62%	3,54%
Sbg.	612,8	619,5	637,3	660,7	3,92%	1,10%	2,86%	3,67%
Stmk.	1.124,6	1.139,4	1.173,1	1.216,2	3,68%	1,31%	2,96%	3,67%
Tirol	774,0	789,7	814,6	842,6	3,88%	2,02%	3,16%	3,44%
Vbg.	413,7	424,9	436,2	451,7	3,73%	2,70%	2,67%	3,54%
Gesamt (ohne Wien)	6.566,2	6.672,5	6.866,1	7.110,5	3,97%	1,62%	2,90%	3,56%
Wien	2.325,8	2.363,3	2.434,2	2.521,7	4,37%	1,61%	3,00%	3,59%

Datenquelle: BMF-Prognose von Mitte Oktober 2013

schaftsforschungsinstitute zulassen. Nun wird für 2014 ein reales BIP-Wachstum von 1,5 Prozent prognostiziert, der Wert für 2013 wurde auf rund 0,4 Prozent nach unten korrigiert. Trotz dieses Konjunkturreinbruchs dürfte das Jahresergebnis 2013 (die tabellarische Darstellung zeigt im Vergleich mit dem bereits feststehenden Jahreserfolg 2012 einen Zuwachs von knapp vier Prozent) die einstige, zu optimistische Prognose der Gemeindeertragsanteile erreichen. 2013 ist hier jedoch als Ausreißer zu sehen, für die kommenden Jahre müssen die Erwartungen an die Ertragsanteil-Zuwächse nach unten geschraubt werden. Als Sondereffekte im Jahr 2013 sind etwa die weiterhin hohen Einnahmen aus

Die Einnahmen aus Ertragsanteilen wurden vor der nun vorliegenden Prognose für die Jahre ab 2014 noch um 200 bis 300 Millionen Euro pro Jahr höher eingeschätzt. Wie auch die geringen prozentuellen Zuwachsraten in der Tabelle zeigen, dürfte das kommende Jahr ein finanziell schwierigeres als das auslaufende werden. Als Begründung für dieses schwache Wachstum der 2014er-Ertragsanteile in Höhe von lediglich 1,6 Prozent sind vorwiegend die schlechte Konjunktur und somit die schwachen Abgabeneinnahmen zu nennen.

Konrad Gschwandtner, Bakk. BA, ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund in der Abteilung Recht und Internationales

Mehrwertsteuerreform in der EU – Gemeinden gefordert

Nur wenn du mitreddest, kannst du auch mitbestimmen

Für die Gemeinden ist die europäische Mehrwertsteuerrichtlinie nicht in bester Erinnerung. Aufgrund dieser Richtlinie entschied das Finanzministerium, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunen steuerpflichtig sei. Eine Novelle ist zwar in Sicht, aber nur, wenn die Gemeinden mitreden und sich einbringen, sind Sonderregelungen möglich.

Daniela Fraiss

Österreichischen Gemeinden ist die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie im Zuge der Debatte über die Umsatzbesteuerung interkommunaler Zusammenarbeit wieder negativ untergekommen. Das Finanzministerium vertritt ja seit dem Salzburger Steuerdialog 2012 die Rechtsmeinung, interkommunale Zusammenarbeit unterliege der Umsatzsteuer und verweist zur Begründung auf die EU-Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG. Die Richtlinie war im Vorfeld dieses Schwenks übrigens nicht geändert worden, die Diskussionen auf europäischer Ebene gehen aber auf das Grünbuch zur Zukunft der Mehrwertsteuer von 2010 zurück.

Eine Novellierung der Mehrwertsteuerrichtlinie wird indes immer greifbarer. Dass diese nicht zugunsten öffentlicher Einrichtungen ausfallen wird, ist absehbar. Umso wichtiger ist es, dass sich Gemeinden und ihre Verbände jetzt in die Diskussion einbringen und darstellen, wieso Sonderregeln doch gerechtfertigt sind und wie die Bürger und Steuerzahler davon profitieren. Mitte Oktober lancierte die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zu jenen Bestimmungen der MwSt-RL, welche Ausnahmeregelungen für öffentliche Einrichtungen und Gemeinwohlträger vorsehen. Schon seit geraumer Zeit stehen

diese zur Diskussion, die Privatwirtschaft sieht darin massive Wettbewerbsverzerrungen und Marktzutrittschürden. Tatsächlich stammen die Regeln zum großen Teil aus den 1970er-Jahren, als viele der betroffenen Dienste ausschließlich von der öffentlichen Hand erbracht wurden.

Die Kommission zielt auf eine Reform von Art. 13 MwSt-RL ab, die Sonderstellung von Staaten, Ländern, Gemeinden und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts ist ihr ein Dorn im Auge.

Konkret geht es um Art. 13 MwSt-RL (siehe Kasten „Wissen“) sowie die Art. 132 ff. MwSt-RL (Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten). Da es in der EU um die Verwirklichung des Binnenmarktes und nicht um den Schutz der Kommunalwirtschaft und kommunaler Bediensteter geht, dürfte klar sein, in welche Richtung sich der Reformprozess bewegt. Immerhin gibt die EU-Kommission Gemeinden und anderen betroffenen Einheiten im Rahmen der Konsultation Gelegenheit, ihre Ansichten darzustellen, Argumente für die Beibehaltung von Sonderregeln anzuführen und auf den Fragenkatalog zu antworten. Welche Sektoren sind überhaupt betroffen? Grundsätzlich alle, in

denen die öffentliche Hand oder Gemeinwohlträger wirtschaftlich tätig werden und Leistungen gegen Entgelt erbringen. Besonders im Visier der Studie befanden sich die Bereiche Abfall- und Abwasserbewirtschaftung, Post- und Rundfunkdienstleistungen, aber auch Parkraumbewirtschaftung und Krematorien.

15 Fragen zu fünf Optionen

Ausgehend von einer Studie von Copenhagen Economics stellt das Konsultationspapier fünf Optionen für eine zukünftige Regelung der Mehrwertsteuer für öffentliche Einrichtungen vor, wobei darauf hingewiesen wird, dass diese in keiner Weise präjudizierend sein sollen:

1.: Vollbesteuerung für öffentliche Einrichtungen und Gemeinwohlträger, wenn diese wirtschaftliche Leistungen gegen Entgelt erbringen. Diese Option wird von den Mitgliedstaaten abgelehnt, das Ende der steuerlichen Sonderbehandlung würde etwa 500.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor kosten, die nur mittel- bis langfristig durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Privatsektor kompensiert werden könnten. Außerdem käme es zu einer erhöhten Belastung der Sozialversicherungsträger durch den An-



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes



stieg der Kosten für Gesundheitsdienstleistungen.

2.: Erstattungssystem. Gemäß dieser Option käme es zu einer Erstattung der Vorsteuer auf Eingangsumsätze. Eine europaweit einheitliche Lösung wird von den Mitgliedstaaten aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten abgelehnt, nationale Erstattungssysteme gibt es bereits außerhalb der Mehrwertsteuerregeln.

3.: Streichung der Sonderbehandlung für öffentliche Einrichtungen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Ausnahmen für Gemeinwohlträger. Diese Option würde zu einer Gleichbehandlung öffentlicher und privater Anbieter führen, Dienstleistungen von besonderem Interesse jedoch verschonen, unabhängig von der Art des Leistungserbringers.

4.: Sektorenlösung. Hier würde eine Reform lediglich jene Sektoren betreffen, in denen die meisten Wettbewerbsverzerrungen festgestellt werden und/oder wo die höchsten Investitionskosten anfallen. Die Studie von Copenhagen Economics untersuchte v.a.

die bereits weiter oben genannten Wirtschaftstätigkeiten.

5.: Punktuelle Anpassungen. Sollte keine der vier bereits dargestellten Alternativen mehrheitsfähig sein, werden punktu-

Wichtig ist, dass sich möglichst viele Gemeinden und kommunale Einrichtungen mit guten Argumenten an der Konsultation beteiligen.

elle Anpassungen der Artikel 13 sowie 132-134 MwSt-RL empfohlen. Auch ein steuerliches Optionsrecht steht zur Debatte, das etwa bei Großinvestitionen interessant sein könnte, wo der potenzielle Vorsteuerabzug die Höhe des Steuervorteils bei den zu erwartenden Einnahmen übersteigt.

Marschrichtung ist klar

Auch wenn es sich bei den vorgestellten Optionen um reine Diskussionsansätze handeln soll ist doch klar, wohin die Reise geht. Die Kommission zielt v.a. auf eine Reform von Art.

13 MwSt-RL ab, die Sonderstellung von Staaten, Ländern, Gemeinden und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts ist ihr ein Dorn im Auge.

Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Gemeinden und kommunale Einrichtungen mit guten Argumenten an der Konsultation beteiligen.

Das ist noch bis 14. Februar 2014 möglich.*

* Nähere Informationen dazu finden sich auf der Homepage der EU-Kommission: http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2013_vat_public_bodies_de.htm

Wissen

Artikel 13 Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem:

(1) Staaten, Länder, Gemeinden und sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts gelten nicht als Steuerpflichtige, soweit sie die Tätigkeiten ausüben oder Umsätze bewirken, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, auch wenn sie im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten oder Umsätzen Zölle, Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erheben.

Falls sie solche Tätigkeiten ausüben oder Umsätze bewirken, gelten sie für diese Tätigkeiten oder Umsätze jedoch als Steuerpflichtige, sofern eine Behandlung als Nichtsteuerpflichtige zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

Die Einrichtungen des öffentlichen Rechts gelten in Bezug auf die in Anhang I genannten Tätigkeiten in jedem Fall als Steuerpflichtige, sofern der Umfang dieser Tätigkeiten nicht unbedeutend ist.

(2) Mitgliedstaaten können die Tätigkeiten von Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die nach den Artikeln 132, 135, 136, 371, 374 bis 377, dem Artikel 378 Absatz 2, dem Artikel 379 Absatz 2 sowie den Artikeln 380 bis 390 von der Mehrwertsteuer befreit sind, als Tätigkeiten behandeln, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen.



Litauen: Ein modernes Land im Aufbruch

Nur 60 Gemeinden, keine Länder und stark „pro Europa“

Litauen präsentierte sich den Teilnehmern der Gemeindebund-Fach- und Bildungsreise als dezidiert pro-europäisches Land. Die (wenigen) litauischen Kommunen haben zwar eine gewisse Selbstständigkeit, werden jedoch immer noch vom Staat dominiert.

Carina Rumpold

„Positive Überraschung“ – damit beschrieben viele Teilnehmer der Fach- und Bildungsreise ihre Eindrücke, die sie aus Vilnius, der Hauptstadt Litauens, mitnahmen. Der südlichste und zugleich bevölkerungsreichste der drei baltischen Staaten war Ziel der kommunalen Reise, die von 16. bis 19. Oktober 2013 dauerte, da es im zweiten Halbjahr 2013 den EU-Ratsvorsitz führt. Kurz nach der etwa zweistündigen Anreise zeigte sich die 550.000 Einwohner zählende Hauptstadt mit ihren zahlreichen barocken Kirchen, mittelalterlich engen Gassen, aber auch hochmodernen Glaspalästen im schönsten Herbstwetter. Der erwartete Staub der kommunistischen Herrschaft, die Litauen erst 1991 unter der Präsidentschaft Boris Jelzins als unabhängigen Staat anerkannte, wurde – anders als erwartet – bereits



Mag. Carina Rumpold ist Redakteurin bei Kommunalnet

durch einen aufgeschlossenen Zeitgeist ersetzt.

Nicht nur beim offiziellen Besuch im Innenministerium, sondern auch bei einem Kurzausflug in den etwa 92 Kilometer entfernten Kurort Birštonas konnten sich die etwa 35 Teilnehmer von der Aufbruchsstimmung überzeugen. Obwohl das Land in den Jahren der Finanzkrise hart getroffen wurde, und die Staatsverschuldung bei 117,2 Prozent des BIP liegt (im Vergleich dazu Österreich: 74,3 Prozent des BIP), ist ein Austritt aus Europa für die Bürger keine Alternative.

Kleinste Gemeinde mit 2400 Einwohnern

Der Aufbau des Staates unterscheidet sich zentral von jenem Österreichs. Die kleinste Gemeinde hat 2400 Einwohner, die größte – Vilnius – 550.000. Bis zur großen Gebietsreform von

1994 gab es in Litauen 581 Verwaltungseinheiten. Heute sind es nur mehr 60. Die Mehrheit der Gemeinden, nämlich 66,7 Prozent, haben zwischen 10.000 und 50.000 Einwohner. Litauen, das erst 2004 in die EU aufgenommen wurde, hat sich dank der Gemeinschaft nicht nur aus den Fesseln Russlands großteils befreien können (das Gas wird noch immer aus Russland bezogen), sondern schaffte auch den Sprung in die moderne Zeit. Am Beispiel der vergleichsweise „kleinen“ Gemeinde Birštonas (5000 Einwohner) zeigt sich dies ganz deutlich: In den letzten drei Jahren wurde dank der Umsetzung der Europa-2020-Strategie nicht nur ein neues Kur-Sanatorium gebaut, sondern auch der Naturpark modernisiert, Straßen in Dörfern errichtet, die seit über 50 Jahren keine asphaltierten Straßen hatten, sowie ein großes Sportzentrum realisiert. Auffallend ist auch, dass, anders als oftmals in Österreich, mit großen Tafeln über die Mithilfe der EU bei realisierten Projekten informiert wird. Die kommunalen Selbstverwaltungen sind, ähnlich wie in Österreich, für die Schulerhaltung zuständig. Weitere kommunale Kompetenzen sind Kin-



Als eine ausgesprochen „grüne“ Hauptstadt präsentierte sich Vilnius (großes Bild). Die Gemeindebund-Delegation (oben) besichtigte die 550.000-Einwohner-Stadt im Baltikum vier Tage lang. Bei Gemeindebund-Reisen gibt es nicht nur Sightseeing, es wird auch gearbeitet. Äußerst informative Besuche im Innenministerium und in der Gemeinde Birštonas standen auf dem Programm (oben rechts). Vilnius ist vor allem für die Vielzahl seiner Kirchen bekannt (rechts Mitte). Der Besuch des österreichischen Botschafters endete mit einer Überraschung, als auch Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, zur Gruppe stieß.

dergärten, die soziale Fürsorge, Zivilschutz, Umweltschutz, Abwasserentsorgung, Raumordnung, die lokale Entwicklung, Sport, Tourismus, Förderung des Unternehmergeists und der Wohnungsbau.

Klare Aufgaben-Zuteilung fehlt oft

Ein genauerer Blick auf die kommunale Struktur lässt die Unterschiede zu den österreichischen Strukturen erkennen. Obwohl sich die litauischen Gemeinden die Selbstverwaltung hart erkämpft haben, ist die Macht des Zentralstaats auch durch das Fehlen von Bundesländern immer noch relativ hoch. Auch viele Aufgaben in der Daseinsvorsorge wie Müllentsorgung oder Straßendienst werden durch den Zentralstaat erledigt. In der Vergangenheit haben sich die Kommunen auch mithilfe ihrer Interessensvertretung, der Vereinigung aller 60 litauischen Ge-

meinden, immer mehr Rechte erkämpft. So dürfen die Repräsentanten mittlerweile beim Haushalt und dem jährlichen Finanzausgleich mitreden. Probleme gibt es immer noch bei der klaren Aufgabenzuteilung. Ein Beispiel dafür ist der Streit, welche Ebene für die Erhaltung der Altstadt von Vilnius zuständig ist, nachdem sie zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Die Einnahmen der litauischen Gemeinden setzen sich zu ca. 35 Prozent aus Steuereinnahmen und zu 55 Prozent aus staatlichen Zuschüssen zusammen. Immobiliensteuern kommen ausschließlich den Gemeinden zugute, machen jedoch nur ungefähr fünf Prozent der Steuereinnahmen aus. Die wichtigste Steuer ist die Einkommensteuer, von der die litauischen Kommunen 57 Prozent erhalten. Für jede Kommune gibt es Zielvorgaben, wieviel Einkommensteuer eingenommen werden muss. Nimmt eine Kommune mehr als

das Plansoll ein, so darf sie den Überschuss behalten. Erfüllt eine Kommune die Zielvorgaben nicht, so greift der Staat auf andere Steuereinnahmen zu. Nur während der Jahre der Finanzkrise fand der Staat keine Überschüsse bei anderen Steuern. Nach dem informativen Tag im Innenministerium und in der Gemeinde Birštonas ging es am Abend in die wunderbar restaurierte Botschaft von Dr. Johann Spitzer, Österreichs Botschafter in Litauen. Dabei nahm sich für die kommunale Delegation jedoch nicht nur der Botschafter, sondern überraschend auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, für die Anliegen der Bürgermeister Zeit. Karas: „Als ich hörte, dass österreichische Bürgermeister heute die Botschaft besuchen, wollte ich sie alle gerne persönlich begrüßen.“

Mehr Infos und Bilder auf www.gemeindebund.at

Österreichischer Klimaschutzpreis 2013

Eine Gala für das Klima

Die Titelträger des Österreichischen Klimaschutzpreises 2013 sind gekürt. Die ausgezeichneten Projekte wurden aus 230 Einreichungen ausgewählt.



In der **Kategorie „Klimaschutz in Betrieben“** machte das Projekt „Passive house for active students“ das Rennen. Mit der Realisierung von insgesamt fünf Objekten dieser Art ist es mittler-

weile jährlich 2500 Studierenden aus aller Welt möglich, während ihres Studienaufenthalts in einem Passivhaus zu leben und zu studieren. Den **Kategorie „Klimaschutz im**

Alltag“ gewann die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe Yspertal. Sie ist die einzige Schule in Österreich, die Jugendliche für eine rohstoff- und energiesparende bzw. nachhalti-

Krenglbach in Oberösterreich macht es vor

„Flitzi“ & „Kraxi“ und die Mobilcard

In der Nähe von Wels liegt die Ortschaft Krenglbach. Bereits seit einigen Jahren werden in dieser innovativen Gemeinde Maßnahmen zur Förderung von umweltfreundlicher Mobilität gesetzt. Krenglbach ist seit 2010 klima:aktiv mobil Projektpartner. Das Projekt „Mobilcard“ wurde 2013 in der Kategorie Innovation für den Österreichischen Klimaschutzpreis eingereicht.

Die BewohnerInnen Krenglbachs können für einen monatlichen Beitrag Mitglied des Vereins werden und dann alle Angebote wie z. B. ein Mikro-Öffi System mit Anrufsammelbus, das Carsharing mit E-Cars und E-Scootern nutzen. Besonders gerne werden die beiden Elektrofahrzeuge FLITZI & KRAXI genutzt. Vollgetankt an der Ökotankstelle im Ort, können Wege umweltfreundlich im näheren Umfeld, aber auch innerorts zurückgelegt



Foto: klimaaktiv

Die BewohnerInnen von Krenglbach können Angebote wie z. B. das Carsharing mit E-Cars und E-Scootern nutzen. Besonders gerne werden die beiden Elektrofahrzeuge FLITZI & KRAXI genutzt.

werden. Den BesitzerInnen der „Mobilcard Krenglbach“ stehen die Autos kostengünstig zur Verfügung. Natürlich wird der vorhandene öffentliche Verkehr mit Bus und Bahn bei der Planung der Mobilitätsangebote berücksichtigt, denn die Mobilcard soll eine per-

fekte Ergänzung für die „Last Mile“ und außerhalb der Kernzeiten des öffentlichen Verkehrs sein. Die Aspekte des Klimaschutzes werden genauso berücksichtigt wie die ökonomische Stärkung der Region und die Sicherung der Mobilität für Jung und Alt.



Das Siegerprojekt in der Kategorie „Klimaschutz durch Innovation“ kommt aus Oberösterreich und heißt „Fasadendämmung aus österreichischem Hanf“: Anton Hagenauer (Hanfbauer), Hanfbotschafter Johann Schmidt (Hanfland), Paul Lassacher, Gerhard Enzenberger (beide Firmengruppe Synthesa), Herbert Mükisch, Frank Reiche, Robert Schwemmer (alle drei NAPORO Klima Dämmstoff GmbH), Musicaldarsteller und Finalisten bei Dancing Stars Marjan Shaki & Lukas Perman, ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz.

ge und ökosoziale Wirtschaft ausbildet.

Die **Kategorie „Klimaschutz in der Landwirtschaft“** entschied der Bio-Betrieb „Wimegg – der Morgenhof“ für sich, der nachhaltige Land- und Energiewirtschaft betreibt und als Vorbild für andere wirkt.

In der **Kategorie „Klimaschutz durch Innovation“** wurde die Fassadendämmung mit Hanf prämiert. Die NAPORO Klima Dämmstoff GmbH aus Oberösterreich hat die „Hanffaser-Platte“ entwickelt, die im Massivbau verwendet werden kann. Unter dem Motto „Hanf dämmt grüner“ wird das Material seit 2013 von der Capatect Baustoffindustrie GmbH vertrieben. Die Hanf-Dämmplatte wird aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt. Im Gegensatz zu gängigen Dämmstoffen wird mehr CO₂ im Material gebunden, als durch die Herstellung freigesetzt wird.

Mehr Informationen, Beispiele und Bilder finden sie auf

www.lebensministerium.at

Thema „Richtig heizen mit Holz“

Broschüre und Website helfen „richtig heizen“

Holz leistet als CO₂-neutraler Energieträger einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wesentliche Voraussetzung dabei ist das schadstoffarme Verfeuern von Holz und das Vermeiden von Fehlbedienungen. Schon seit Menschengedenken spendet Holz als Brennstoff Wärme und Behaglichkeit. Dabei schont Heizen mit Holz bei der richtigen Handhabung auch noch die Umwelt und Ihre Geldbörse. Holz als erneuerbarer Energieträger hilft uns beim Klimaschutz: es gibt bei der Verbrennung nur so viel Kohlendioxid an die Atmosphäre ab, wie zuvor aus der Luft durch den Aufwuchs gebunden wurde.

Holz aus heimischen Wäldern macht uns unabhängiger von den internationalen Energiemärkten und bringt uns einen Schritt in Richtung Energieautarkie. Seine gesamten Vorteile für Mensch und Umwelt kann der Brennstoff Holz aber nur bei richtiger Verwendung ausspielen.

Die Belastung der Umgebungsluft mit Feinstaub führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, welche die Lebenserwartung signifikant herabsetzen können. Negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

haben auch persistente organische Schadstoffe wie Dioxine und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Einen erheblichen Anteil an den Emissionen dieser Schadstoffe haben derzeit Hausheizungen. So führen beim Heizen mit Holz veraltete Öfen, schlechte Wartung, falsche Bedienung und das Mitverbrennen von Abfällen zu beträchtlichen Schadstoffemissionen.

Die richtige Verwendung von Holz als Brennstoff ist deshalb aus Sicht des Umweltschutzes sehr positiv zu bewerten.

Richtig heizen verbessert die Luft- und Lebensqualität. Das Lebensministerium führt aus diesem Grund in Zusammenarbeit mit der Bundesinnung der Rauchfangkehrer Österreichs,

dem Kachelofenverband, der Österreichischen Ärztekammer und dem Verein Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt die Initiative „Richtig heizen“ durch. Im Faltblatt „Richtig heizen mit Holz“ werden die wesentlichen Voraussetzungen für das schadstoffarme Verfeuern von Holz dargestellt und es wird auf die durch Fehlbedienung verursachte Gesundheitsbelastung aufmerksam gemacht.

www.richtigheizen.at



Foto: KOMMUNAL



Heizen mit Holz schont bei der richtigen Handhabung auch noch die Umwelt und die Geldbörsen.

Entgeltliche Einschaltung des Lebensministeriums



Jugendliche stärker einbinden und von neuen Ideen profitieren

Die Mitsprache der Jungen unterstützen, Familien entlasten und so den Ideenreichtum in der Gemeinde fördern: Mit dem Audit familienfreundlichegemeinde entwickeln Gemeinden maßgeschneiderte Maßnahmen und profitieren von den positiven Effekten.

Unterschiedliche Generationen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Daher unterstützt das vom Familienministerium geförderte **Audit familienfreundlichegemeinde** Gemeinden dabei, passgenaue Maßnahmen für alle Generationen zu schaffen und so allen Einwohnern einen noch attraktiveren Lebensraum zu bieten. Gleichzeitig wertet der Ausbau der Familienfreundlichkeit den Wirtschaftsstandort auf und wirkt der Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegen. Über 290 österreichische Gemeinden haben die Vorteile des Audits bereits erkannt und profitieren nachhaltig davon.

Jugend mehr Raum bieten

Die Salzburger Stadtgemeinde Seekirchen am Wallersee setzt bei ihren Audit-Maßnahmen besonders stark auf die Jugend in der Gemeinde. Jugendliche sollen demnach nicht nur vielfältige Entfaltungschancen in der Gemeinde haben, sondern werden auch ermutigt, sich aktiv in die Entwicklung dieser Projekte einzubringen. Daher hat Seekirchen die vorhandene Plattform für Jugendbeteiligung um einen monatlichen Jugendstammtisch erweitert. Dort tauschen sich Jugendliche gemeinsam mit Bürgermeisterin Monika Schwaiger über ihre Wünsche, Ideen und Anliegen aus. Der direkte Kontakt fördert die aktive Partizipation und Kreativität bei der Projektumsetzung.

Darüber hinaus hat die Gemeinde das Ferienangebot für Kindergarten- und Schulkinder ausgebaut. Damit steht nun allen Kindern eine durchgehende Sommerbetreuung zur Verfügung, was auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern erleichtert. Zudem wurde der Kindergarten thermisch saniert und baulich erweitert, um gerade den Kleinsten eine optimale Umgebung bieten zu können.



Jugendliche in Seekirchen bringen ihre Ideen aktiv in der Gemeinde ein.

Abwechslung bieten

„Ein weiterer Meilenstein ist die Errichtung des Tagesbetreuungs-zentrums für Senioren gewesen“, erklärt Auditbeauftragte Margarete Scheicher. Zwei Mal pro Woche haben dort bis zu sechs in Heimpflege befindliche Personen die Möglichkeit, ihren Tag zu verbringen. Die Senioren werden von zuhause abgeholt und direkt ins Tageszentrum gebracht. „Familien, die ihre Eltern oder Großeltern daheim pflegen, werden so entlastet. Das Tageszentrum bietet zahlreiche Aktivitäten“, berichtet Scheicher von den Vorteilen des Angebots.

Ihr Weg zum Audit

Haben auch Sie Interesse als Gemeinde an der Auditierung teilzunehmen? Die Familie & Beruf Management GmbH bietet in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund nicht nur eine persönliche Beratung, sondern unterstützt Sie auch mit vielfältigen Service-Angeboten.

Alle Informationen zur Teilnahme am Audit und neue Erfolgsbeispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at
www.gemeindebund.at

Jetzt über Vorteile informieren und beim Audit mitmachen!

Familie & Beruf Management GmbH
Tel.: 01 218 50 70
E-Mail: audit@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01 512 14 80-20
E-Mail: audit@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at

bmwfi
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Familie & Beruf
Management GmbH

Taschendiebe nutzen die Ablenkung und das Gewühl an belebten Orten.

Polizei warnt vor Taschendieben auf Weihnachtsmärkten

Auf den Weihnachtsmärkten warten auf Besucherinnen und Besucher nicht nur Glühwein und gebrannte Mandeln, sondern manchmal auch unliebsame Überraschungen. Im dichten Gedränge ist es schnell passiert und die Brieftasche ist weg.

Laut Bundeskriminalamt arbeiten Taschendiebe meist in Teams und gehen arbeitsteilig vor. Diebstähle werden oft im Menschengedränge verübt: in Kaufhäusern oder Einkaufszentren, bei Weihnachtsmärkten, bei Großveranstaltungen, zu Stoßzeiten in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf Rolltreppen. Die Opfer werden oft angerempelt, dann bestohlen. Oder sie werden oft mit Eis, Ketchup oder Senf beschmutzt, wobei die Täter beim Abwischen behilflich sind und unbemerkt in die Tasche greifen können. Ein weiterer Trick ist das absichtliche Fallenlassen einer Geldbörse. Das Opfer hilft beim Aufsammeln der Münzen. Danach fehlt ihm die Handtasche, oder die Geldbörse ist weg. Auch Fragen nach der Uhrzeit oder dem Weg sind beliebte Ablenkungsmanöver. Oft wird dabei auch eine Zeitung oder ein Stadtplan vor das Gesicht des Opfers gehalten, um so unbemerkt stehlen zu können. Taschendiebe konzentrieren sich voll auf ihr Opfer. Sie haben nur ein Ziel: die Tasche mit der Beute. Sie meiden den Augenkontakt, um später nicht wiederer-

kannt zu werden. Sie brechen ihr Vorhaben beim leisesten Verdacht auf Gefahr ab und suchen nach anderen Opfern. Sehen Sie also jedem ins Gesicht, der Sie in der U-Bahn anrempelt. Die Polizei setzt verstärkt zivile und uniformierte Streifen an den Hot Spots ein, doch können bereits einfache Maßnahmen Diebstähle erschweren und verhindern:

Tipps der Kriminalprävention

- ▶ Tragen Sie Geld, Kreditkarten und Papiere in verschlossenen Innentaschen möglichst dicht am Körper.
- ▶ Bewahren Sie den Code Ihrer Kreditkarte nicht gemeinsam mit Ihrer Karte auf.
- ▶ Vermeiden Sie das Hantieren mit größeren Geldmengen.
- ▶ Tragen Sie niemals viel Bargeld bei sich, beschränken Sie sich auf die Menge, die Sie an dem jeweiligen Tag unbedingt benötigen.
- ▶ Verteilen Sie Wertsachen auf mehrere Taschen.
- ▶ Gehen Sie dem Gedränge an belebten Orten – dem bevor-

zugten Terrain der Diebe – aus dem Weg.

- ▶ Tragen Sie im Gedränge, vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln, Ihre Tasche oder Ihren Rucksack verschlossen und vor dem Körper oder fest unter dem Arm.
- ▶ Vor allem für Männer gilt: Bewahren Sie Ihre Geldbörse immer in den vorderen Hosens- oder Innentaschen auf.
- ▶ Vorsicht ist geboten, wenn sich jemand plötzlich dicht an Sie drängt.
- ▶ Vorsicht ist bei Handtaschen mit Magnetverschlüssen geboten.
- ▶ Hängen Sie Ihre Tasche bei Lokalbesuchen nicht auf die Stuhllehne oder stellen Sie sie nicht unbeaufsichtigt ab.

Information

Die Kriminalpolizeiliche Beratung ist kostenlos. Weitere Tipps und Hinweise, wie Sie Ihr Eigentum schützen können, erhalten Sie bei der Kriminalprävention des jeweiligen Landeskriminalamts oder auf jeder Polizeidienststelle. Hotline: **059 133**

www.facebook.com/Bundeskriminalamt

Das Bundesfinanzgericht – 9 Verwaltungsgerichte in Österreich

Jahrzehntelang wurde in Österreich die Schaffung von erstinstanzlichen Verwaltungsgerichten gefordert und diskutiert. Rechtsmittel dagegen gelangten vor allem zu den Unabhängigen Verwaltungssenaten (UVS) bzw. in Abgabenverfahren zum Unabhängigen Finanzsenat (UFS). Sämtliche UVS und der UFS, insgesamt ca. 120 Sonderbehörden, werden aufgelöst. Durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012¹ wurde die Einführung von Verwaltungsgerichten in Österreich verfassungsrechtlich normiert.

Das neue System basiert auf dem so genannten „9 plus 2 Modell“.² Jedes Bundesland erhält ein Landesverwaltungsgericht, der Bund zwei Bundesverwaltungsgerichte:³ ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht, das an die Stelle des UFS treten wird.

Abschaffung des Berufungsverfahrens

Durch die Abschaffung des administrativen Instanzenzuges muss das Berufungsverfahren, das bei Verwaltungsbehörden üblich ist, dem bei Gerichten üblichen Beschwerdeverfahren weichen.

Ausnahme Gemeinden

Die Materialien⁴ weisen auf einen Systemwechsel sowie Abschaffung des administrativen Instanzenzuges hin. Es gibt allerdings eine Ausnahme des zwei-

gliedrigen Instanzenzuges: die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden. Die Gemeinden sind in der Lage, ihren zweigliedrigen Instanzenzug behalten zu können. Das Rechtsmittel der Vorstellung an die Aufsichtsbehörde wurde abgeschafft.

Aufgaben der Verwaltungsgerichte

Hauptaufgabe der Verwaltungsgerichte ist die Entscheidung über Beschwerden.

Nach Art. 130 B-VG haben die Verwaltungsgerichte über Beschwerden gegen Bescheide einer Verwaltungsbehörde wegen Rechtswidrigkeit, gegen die Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt wegen Rechtswidrigkeit, wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch eine Verwaltungsbehörde zu erkennen.

Revisionsverfahren neu

Neu ist das Revisionsverfahren⁵: Gemäß Art. 133 Abs 1 B-VG erkennt der VwGH über Revisionen gegen Erkenntnisse eines Verwaltungsgerichts wegen Rechtswidrigkeit.

Nicht alle Erkenntnisse des Verwaltungsgerichts sind „revisionsfähig“. Eine Revision ist gemäß Art. 133 Abs 1 B-VG nur zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des VwGH abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des VwGH nicht einheitlich beantwortet wird.

In Erkenntnissen und Beschlüssen ist darüber abzusprechen, ob eine Revision dagegen beim VwGH zulässig ist. Dies bedeutet für die Richterinnen und Richter

Dr. Birgitt U. Koran

ist Mitarbeiterin im Bundesministerium für Finanzen



¹ BGBl. I Nr. 51/2012.

² Siehe dazu auch Leiss, Reform ist zu würdigen, aber Gemeinde-Bedenken bleiben, Kommunal 6/2012, 26.

³ Art. 129 B-VG.

⁴ ER/V 1618 Bz/NR 24, GP, 4.

⁵ Siehe dazu Ritz/Koran, Finanzverwaltungsgerichtsbarkeit neu in Österreich, Linde Verlag, Wien 2013, 341ff.

ch ab 1. 1. 2014

des Bundesfinanzgerichtes eine nicht unerhebliche Mehrarbeit. Wird eine Revision zugelassen, handelt es sich um eine ordentliche Revision. Ist das nicht der Fall, gibt es noch die Möglichkeit einer außerordentlichen Revision beim VwGH, über die dann der VwGH entscheidet.

Legistischer Änderungsbedarf

Die grundlegenden Änderungen des B-VG machten eine Vielzahl an legistischen Anpassungen notwendig. Im Finanzverwaltungsgerichtsbarkeitsgesetz 2012 (FVwGG 2012)⁶ wurden diese Änderungen normiert.⁷

Bundesfinanzgerichtsgesetz (BFGG)

Das Bundesgesetz über den unabhängigen Finanzsenat (UFSG) und das Asylgerichtshofgesetz (AsylGHG) treten mit 1. 1. 2014 außer Kraft und werden durch das Bundesfinanzgerichtsgesetz (BFGG) bzw. das Bundesverwaltungsgerichtsgesetz (BVwGG) ersetzt.

Das BFGG enthält neben Präsidentin, Vizepräsidenten sowie Richterinnen und Richtern auch Regelungen über Geschäfts-



ordnung, Geschäftsverteilung, Vollversammlung und den neu eingeführten Personalsenat.

Erhöhung des Rechtsschutzstandards

Eine der wesentlichen Neuerungen ist die Erhöhung des Rechtsschutzstandards des neuen Bundesfinanzgerichtes durch die Implementierung der festen Geschäftsverteilung. Diese wird von einem weisungsfreien Geschäftsverteilungsausschuss festgelegt, damit der gesetzliche Richter von vornherein für die zu bearbeitenden Geschäftsfälle feststeht.

Bedacht genommen wurde auch auf die Erhaltung altbewährter

Strukturen, Senatsentscheidungen und die Beteiligung von Laienrichtern und Laienrichtern bleiben erhalten.

Eine Neuerung stellt bei beiden Gerichten die Kammern dar, im Interesse der fachlichen Kommunikation und Fortbildung.

Das Rechtsmittelverfahren der BAO musste neu gefasst werden. Das Beschwerdeverfahren ersetzt das Berufungsverfahren. Die zweite Instanz gibt es nicht mehr, nur mehr Verwaltungsbehörde und Gericht. Auch die Entscheidungsform des Bundesfinanzgerichtes wurde neu definiert: Erkenntnisse und Beschlüsse ersetzen die Bescheide.

Erstmals wurde die Maßnahmenbeschwerde in § 283 BAO

zur Bekämpfung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt in die BAO aufgenommen. Die Säumnisbeschwerde ersetzt den Devolutionsantrag. Beide Instrumente dienen der Erhöhung des Rechtsschutzes.

Mit der Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich erfolgte die größte Reform in der Geschichte der Gerichtsbarkeit seit der k.u.k. Monarchie. Auf Grund der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 konnte die Organisation und legistische Umsetzung einer echten zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit dem Ziel der Erhöhung des Rechtsschutzes umgesetzt werden.

⁶RV 2007 Bg/BR 24. GP.

⁷Siehe dazu ausführlich Ritz/Koran, Finanzverwaltungsgerichtsbarkeit neu in Österreich, Linde Verlag, Wien 2013, 43 ff.

Klima- und Energiefonds: Klima-Million für Gemeinden

1100 Tonnen CO₂-Einsparpotenzial

Das Präsidium des Klima- und Energiefonds hat mehr als eine Million Euro für konkrete Investitionsprojekte in den 106 Klima- und Energiemodellregionen des Fonds beschlossen. Mehrheitlich handelt es sich um Photovoltaikanlagen, die nun auf öffentlichen Gebäuden (Schulen, Bädern, Gemeindeämtern, etc.) installiert werden. Durch die Projekte werden knapp vier Millionen Euro an Investitionen ausgelöst und pro Jahr rund 1100 Tonnen CO₂ eingespart. Die Investitionsförderung stand exklusiv für Klima- und Energiemodellregionen zur Verfügung. In den Klima- und Energiemodellregionen leben be-

reits heute mehr als 2,5 Millionen Menschen. Mehr als 1000 konkrete Umsetzungsprojekte in ganz Österreich sind bereits in den Regionen entstanden oder in Planung, die regionale und klimafreundliche Ressourcen nutzen und Energieeffizienzmaßnahmen umsetzen, um von fossilen Energieimporten unabhängig zu werden. Weitere 153 Projekte kommen nun hinzu. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Photovoltaikanlagen, die auf öffentlichen Gebäuden (Kläranlagen, Freibad, Schulen etc.) installiert werden und so punktgenau dort Energie erzeugen, wo viel Energie benötigt wird. Ein weiterer Nebeneffekt: Die



Mehr als eine Million Euro an Förderungen für Projekte in Klima- und Energiemodellregionen wurden beschlossen.

Photovoltaikanlagen sind für alle BürgerInnen sichtbar und schärfen so das Bewusstsein der Bevölkerung für die nachhaltige Energiezukunft in ihrer Region. „Das Engagement der Gemeinden bringt uns unserem Ziel, Österreich unabhängig von ausländischen, fossilen und teuren Energieimporten zu machen, wie-

der ein ganzes Stück näher“, betont dazu Umweltminister Niki Berlakovich. Ein weiterer Schwerpunkt der Investitionsförderaktion war die Förderung von Elektromobilität in Kombination mit Photovoltaik. Informationen: www.klimaundenergiemodellregionen.at und www.klimafonds.gv.at.



Inkasso Service

Ein Unternehmen der Transcom Gruppe

Täglich 1890 neue Aufträge

Der Kernmarkt Österreich zog auch 2013 weiter an. Mit Ende des 3. Quartals konnten bereits zusätzliche 400 Auftraggeber von der Erfahrung und der erfolgreichen sowie professionellen Abwicklung aller Dienstleistungen rund um das Thema Forderungsmanagement überzeugt werden. Mit rund 516.000 Neufällen ergibt sich mit Ende September ein Jahresdurchschnitt von täglich 1890 Aufträgen. Bei den Gemeinden wird ein effizientes Inkasso immer unentbehrlicher, denn nicht bezahlte Rechnungen von z. B. Gemeindegärten, Sportanlagen oder Kindergärten verursachen einen erheblichen Zeitauf-

wand und belasten die Liquidität. Mit der Erfahrung von fast 40 Jahren kann IS Inkasso Service im Durchschnitt zwischen 40 und 60 Prozent der übergebenen Forderungen einbringen. In einigen Branchen liegt die Quote sogar bei 80 Prozent. In Zahlen bedeutet dies, dass rund 50 Mio. Euro jährlich an die Auftraggeber rückgeführt werden.

Information

IS Inkasso Service GmbH
Südtiroler Straße 9,
4020 Linz
Telefon: 0732 / 600 631
office@inkasso.at
www.inkasso.at

Verkehr

9,4 Millionen Euro für Salzburger Gemeindestraßen

Das kommunale Straßennetz Salzburgs ist mehr als 3000 Kilometer lang. In den letzten Jahren wird es durch Schwerfahrzeuge vermehrt belastet. Das hinterlässt Spuren auf den Verkehrswegen. 9,4 Millionen Euro will das Land Salzburg laut den „Salzburger Nachrichten“ im kommenden Jahr in die Sanierung von Güterwegen und Gemeindestraßen stecken. Damit sollen ein Drittel des Straßennetzes, sowie bis zu 50 Brücken saniert werden.

Nahversorger

Von der grünen Wiese ins Zentrum

Die Wirtschaft begrüßt, dass in Niederösterreich das „Einkaufszentrum auf der grünen Wiese“ in der Raumordnung künftig nicht mehr erlaubt ist, fordert aber, dass entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, um Nahversorger in den Zentren wieder ansiedeln zu können. Derzeit haben in Niederösterreich neun Prozent der Gemeinden keinen Nahversorger mehr.



Alles für Ihre Gemeinde.

KOMMUNALBEDARF.AT

www.kommunalbedarf.at

Sonnenstrom

Netz an der Grenze der Kapazität

Ein Drittel der 19.000 Solaranlagen Österreichs steht in Niederösterreich. Wie ein Bericht in der „Presse“ aufzeigt, arbeitet die Hälfte des Netzes an der Kapazitätsgrenze, wenn die Sonne scheint.

Der Grund dafür ist der bundesweite, in Niederösterreich jedoch besonders stark ausgeprägte Boom bei kleinen (und großen) Solarstromkraftwerken. Die E-Control notierte mit Ende 2012 genau 19.168 Anlagen, 30 bis 40 Prozent davon hängen am Netz der EVN. Ein Netz, das bei seiner Konzeption in den 1950er-Jahren nicht dazu gedacht war, auch an derart



Die Sonnenenergie „bedroht“ die Stromnetze – Abhilfe ist in Sicht.

vielen Endstellen Einspeisung möglich zu machen. Der Energiekonzern beschreibt das heute so: „Vor dem Hintergrund dieser Problematik haben wir inzwischen unser gesamtes Netz überprüft. Mit dem Ergebnis: In etwa der Hälfte unserer regionalen Netze

stoßen wir in Extremsituation an die Grenzen“, so EVN-Sprecher Stefan Zach. EVN will das Problem nun mit speziellen Geräten bei den Stromproduzenten in den Griff bekommen, den sogenannten Spannungswächtern. Mehr in der „Presse“ vom 11. 11. 2013.

Energy Globe 2013

And the winner is ...

Das Wiener Unternehmen Solar Fidelity holte sich bei der „Energy Globe Austria Award“ Verleihung im Linzer Power Tower der Energie AG die goldene Austria Trophäe 2013 für trendige Rucksäcke und Taschen, die sich über einen integrierten USB-Anschluss den Strom zum Aufladen von Mobilgeräten direkt aus der Sonne holen. Nominierte Projekte kamen aus allen Bundesländern und reichen von High-Tech bis zu smarten Ideen mit Fokus auf energiesparen. 16 Projekte in den Kategorien Erde, Feuer, Wasser, Luft und Jugend wurden mit spannenden Filmen vorgestellt.

Alle Details auf www.energyglobe.at/austria/

Innovation

Vermessung leicht gemacht

Um Kanalsysteme zu vermessen, wurden von der Abteilung für Geomatik und Vermessung (GeoZ) der Stadt Zürich bisher zusätzlich zu Aufnahmen an der Oberfläche auch unterirdische Messungen an Kanal Kreuzungen durchgeführt. Um diese zu vereinfachen und sämtliche Vermessungen überirdisch durchführen zu können, wurde ein Stativ benötigt, das es erlaubt, 3D-Laserscanner durch den Schachtdeckel einzuführen. Mit dem Schachtstativ haben die Experten für Messtechnik der Nedo GmbH eine Lösung entwickelt, die speziell für den unterirdischen Einsatz konzipiert ist. Eine beliebig veränderbare Zahnsäule ermöglicht Vermessungsarbeiten in bis zu vier Meter Schachttiefe.

www.nedo.com



Foto: © Landesenergieverein

Die Energieteams der ausgezeichneten e5-Gemeinden nach der Preisverleihung.

Energiesparprogramme in sechs steirischen Gemeinden ausgezeichnet

Gemeinden Vorreiter beim Energiesparen

Für ihre vorbildliche Leistungen in den Bereichen Energie und Klimaschutz wurden Mitte Oktober die Gemeinden Gabersdorf, Judenburg, Liezen, Mürzzuschlag, Seckau und Deutschfeistritz ausgezeichnet. Das „e5-Programm“ ist Österreichs Bundes- und Landesprogramm für energiebewusste und klimafreundliche

Gemeinden. „Mit der ‚Energiestrategie Steiermark 2025‘ und mit dem steirischen Klimaschutzplan wollen wir die Energieeffizienz erhöhen, zum Energiesparen motivieren und den Anteil an erneuerbaren Energien in unserem Bundesland kräftig steigern. Ich danke den ‚e5-Gemeinden‘, die mit ihrem großartigen

Engagement bei der Umsetzung dieser Vorhaben eine Vorreiterrolle übernehmen“, betonte Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, der die begehrte „e-Trophäe“ an die Gemeinden überreichte. Mehr Infos bei Alfred König vom Landesenergieverein unter 0316/269700-25 oder unter www.lev.at/

Qualität bei Lebensdauer von Bauwerken entscheidend

Heimische Rohstoffe für Österreichs Infrastrukturbauten

Straßen, Kanäle, Schutzbauten brauchen qualitativ hochwertige Rohstoffe als Grundlage. Die Verantwortung für den Erhalt der Infrastruktur tragen die Bürgermeister.

In Österreich stehen uns in der Natur mineralische Rohstoffe wie Sand, Kies, Schotter und Naturwerksteine als hochwertige Baumaterialien derzeit noch in großem Ausmaß zur Verfügung. Der größte Teil der in Österreich gewonnenen Rohstoffe wird für den Bau und die Erhaltung unserer täglich genutzten Infrastruktur verwendet. Sowohl die Einschränkung der Rohstoffgewinnung in Österreich als auch die Verwendung von nicht qualitativ hochwertigen Baurohstoffen bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust.

Einschränkung der Rohstoffgewinnung in Österreich wie auch die Verwendung von nicht qualitativ hochwertigen Baurohstoffen bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust.

Jeder Bürger erwartet von seiner Verwaltung perfekte Straßen, eine funktionierende und gut erhaltene Infrastruktur und auch die Möglichkeit, sich selbst zu vertretbaren Kosten ein Eigenheim zu schaffen. Dies kann jedoch nur dann sichergestellt werden, wenn ein gemeinsamer gangbarer Weg gefunden wird, wie Rohstoffgewinnung, Verkehr, Nutzungskonkurrenz und Anrainerschutz unter einen Hut



gebracht werden können. Die Kosten für Neubau und Erhaltung der Infrastruktur trägt oftmals die Gemeinde selbst. Da heißt es auch, Augenmerk auf qualitativ hochwertige Bauausführung zu legen. Grundlage für lange Lebensdauer und geringen Erhaltungsaufwand sind Qualitätsrohstoffe aus regionalen Lagerstätten. Diese mineralischen Rohstoffe haben die Jahrtausende langen Verwitterungen überstanden und sind immer noch beständig. Heimische Baurohstoffe halten den regionalen Klimaverhältnissen besser stand und, in der Natur eingesetzt, sind sie natürliche Rohstoffe von nachhaltiger Qualität. Die Entscheidung bei der Vergabe an den örtlichen Rohstoffproduzenten sollte immer unter den sozialen, wirtschaftlichen und Umweltschutzaspekten getroffen werden. Vor allem bleibt die Wertschöpfung im Ort. Die Mineralrohstoffwirtschaft bietet sich auch für die Wiederverwertung mineralischer Baustoffe an. Dabei ist Recycling nicht nur Schlagwort, sondern gelebte Praxis.

EU-Bauprodukte-Verordnung legt Standard fest

Nicht jeder Stein ist auch ein geeigneter Baustoff. Für viele Gesteine gibt es Normen, die die Qualität dieser Baurohstoffe festlegen. Das CE-Zeichen und die Leistungserklärung sind Nachweise für die Übereinstimmung mit den Normen bzw. für die Beschaffenheit der Gesteine. Die europäische Bauprodukte-Verordnung legt mit den Anforderungen den Standard fest, den Bauprodukte gewährleisten müssen. Jeder Einsatzzweck braucht das geeignete Gestein und dieses haben wir in Österreich in regional verteilter Weise ausreichend zur Verfügung. Durchschnittlich in jeder zweiten Gemeinde gibt es eine Rohstoffgewinnungsstätte, was die Transportradien klein hält und lokale Beschäftigterbetriebe ermöglicht.

Information

Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
E-Mail: steine@wko.at
Web: www.ForumRohstoffe.at

k5-Anwender merken nichts von der Diskussion um Kameralistik oder Doppik

DAS Rechnungswesen für alle Gemeinden Österreichs

In k5 Finanzmanagement werden Geschäftsfälle abgewickelt. Parameter steuern, wie die Buchungen dargestellt werden und wie die Auswertungen aussehen. Damit ist es egal, ob „Soll und Haben“ oder „Soll und Ist“ im Vordergrund steht. Das jeweils andere System läuft automatisch im Hintergrund mit.

Für Österreichs k5-Gemeinden ist somit die größtmögliche Investitionssicherheit gewährleistet. Wie kann das funktionieren? k5 Kommunale Doppik vereint die Vorzüge der kameralen und doppelischen Rechnungswelten. Das System basiert in seiner Konzeption auf dem Vorarlberger Modell einer Drei-Komponenten-Rechnung, die beide Systeme programmtechnisch mitei-



K5 vereint die Vorzüge von Doppik und Kameralistik.

einander verbindet. Die drei daraus ableitbaren k5-Komponenten sind die Finanzrechnung, die Vermögensrechnung und die Ergebnisrechnung. Weitere wichtige Vorteile des k5 Finanzmanagements sind die Mandanten- und Konsolidierungsfähigkeit. Alle diese Vorzüge werden derzeit schon in der Steuer-

mark im Zuge der Strukturreform genutzt. Die Gemeinden Riegersburg, Breitenfeld an der Rittschein, Kornberg bei Riegersburg und Lödersdorf konnten beispielsweise ihre Finanzauswertungen in k5 in einer konsolidierten Rechnung analysieren und daraus wichtige Erkenntnisse für den endgültigen Zusam-

menschluss gewinnen. Im Burgenland startet 2014 der Pilotbetrieb in mehreren Gemeinden.

Bis heute haben sich österreichweit knapp 600 Gemeinden für k5 Finanzmanagement entschieden.

In mehr als 40 Gemeinden läuft das System zur größten Zufriedenheit der Anwender.

Information

Informationen erhalten Sie auf www.k-5.at sowie bei den fünf k5-Entwicklungspartnern:

- ▶ Gemdat NÖ
- ▶ Gemdat OÖ
- ▶ Gemeindefinformatik
- ▶ Kufgem-EDV
- ▶ PSC Software & Consulting

EF



DIE NEUE GENERATION IM KOMMUNALMANAGEMENT

- k5 - Finanzmanagement (Kameralistik, kommunale Doppik)
- k5 - E-Gov – Elektronische Verwaltung
- k5 - Lohn
- k5 - Bauamt- & Grundstücksverwaltung
- k5 - Wirtschaftshof
- k5 - Gästemeldewesen

15 Partner, 9 Länder,
Lösung für mehr als 1.500
Gemeinden.



www.k-5.at

5 selbstständige Unternehmen als starke Partner.



Jeder der oben angeführten Partner hat uneingeschränkt Zugriff auf das gemeinsam entwickelte k5-Produkt und ist in der Verantwortung des Produktes in jeder Hinsicht frei.



Informationssicherheit

Sind Sie sicher?

Die NSA-Affäre hat die Zusammenhänge und Vernetzungen unserer elektronischen Welt deutlich vor Augen geführt. Und tut es jetzt noch. Das Thema Cyber-Security macht auch vor Gemeinden nicht halt. Denn gerade Kommunen gehen am unmittelbarsten mit sensiblen Daten um. KOMMUNAL hat sich angesehen, welche (kostengünstige und einfach umzusetzende) Tipps und Tricks für mehr Sicherheit es gibt.

Hans Braun

Österreich ist Vorbild bei E-Government. „Kleine und mittlere Gemeinden erledigen so wie die großen Einheiten viele Aufgaben der kommunalen Verwaltung in elektronischer Form. Beginnend von den Webauftritten jeder einzelnen Gemeinde hin zur Abwicklung von Behördenverfahren über elektronische Formulare oder der Pflege und Führung der zentralen Register. In all diesen Bereichen bestehen für die Gemeinden Sicherheitsrisiken und Bedrohungen in vielfältiger Form. Während die großen Gemeinden zum Teil über Fachleute im IT-Bereich verfügen, müssen die Bediensteten der kleinen und mittleren Gemeinden ‚Universalgenies‘ sein und auch Sicherheitsaufgaben neben vielen anderen Bereichen miterledigen bzw. sich auf Sicherungsmaßnahmen in den verschiedenen Fachanwendungen verlassen.

Ein einheitlicher Standard für IT-Sicherheitsmaßnahmen in der kommunalen Verwaltung schafft einerseits die Voraussetzung, das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren, und andererseits die Möglichkeit, anonym und auf freiwilliger Basis die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen und notfalls Nachbesserungsmaßnahmen einzuleiten“, also sprach Martin Huber, Direktor des Salzburger Gemeindeverbandes, bei der Präsentation des Projekts „Informationssicherheit in der kommunalen Verwaltung“, und traf damit auch gleich den Nagel auf den Kopf.

Dass diese Risiken bestehen, dessen waren sich die Diskutanten bei der Präsentation im Dachgeschoss des Bundeskanzleramts bewusst.

Dass das Thema IT-Sicherheit mit fortschreitender Ausweitung des internet-basierten Angebots (Web-Portale, Self-Service-Lösungen) der öffentlichen Ver-

Melderegister, Homepages, Serverräume: Die IT in den Gemeindeämtern nimmt zu – und damit auch das Sicherheitsrisiko. Ein eigenes Sicherheitshandbuch soll Gemeinden helfen, sich zu rüsten.



waltung und der elektronischen Interaktion des Bürgers (E-Mail- oder SMS-Services) mit der Verwaltung immer mehr an Bedeutung gewinnt, war auch allen Teilnehmern klar.

Manfred Matzka, Leiter der Präsidialsektion im Bundeskanzleramt: „Durch die zunehmende behördliche Vernetzung rückt daher ein gemeinsames Handeln aller Betroffenen auf nationaler Ebene und das Vereinbaren und Einhalten gemeinsam definierter Mindeststandards in den Mittelpunkt. Die österreichische Strategie für Cyber-Sicherheit bietet hier das Fundament dieser gesamtstaatlichen Zusammenarbeit. Informationssicherheit ist

jedoch nicht nur auf IT-Sicherheit allein beschränkt, sondern erfordert auch eine strukturierte Herangehensweise unter Betrachtung von Bedrohungen und Risiken im Bereich der organisatorischen, personellen und physischen Sicherheit. Der nun vorliegende

Leitfaden trägt diesem Ansatz Rechnung und soll das Bewusstsein für Informationssicherheit fördern sowie die Umsetzung standardisierter Sicherheitsmaßnahmen in der kommunalen Verwaltung erleichtern.“

Einer der wesentlichsten Punkte der Präsentation im Bundeskanzleramt war es, die „Selbstverantwortlichkeit“ mehr in den Vordergrund zu rücken. Denn während es in Wien eigene Beauftragte für die IT-Sicherheit gibt, müssen die Bediensteten in den kleinen und mittleren Gemeinden „Universalgenies“ sein und Sicherheitsaufgaben neben vielen anderen Bereichen miterledigen bzw. sich auf Sicherheitsmaßnahmen in den verschiedenen Fachanwendungen verlassen. „Gerade der Bereich IT-Sicherheit bietet eine ausgezeichnete Chance, behördenübergreifend voneinander zu lernen und damit die bestmögliche Qualität und Sicherheit auch in den kleineren Verwaltungseinheiten zu gewährleisten“, so Huber.

Sicherheit kann auch einfach sein

Mithilfe unterschiedlicher „Bedrohungsszenarien“ wurde eine Checkliste erstellt mit Tipps, die



„Ein einheitlicher Standard für IT-Sicherheitsmaßnahmen in der kommunalen Verwaltung schafft die Voraussetzung das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren.“ Martin Huber, Direktor des Salzburger Gemeindeverbandes, mit einem Prototyp des Leitfadens auf CD-Basis.

nicht immer kompliziert sind (eine Broschüre wird Anfang 2014 erscheinen). Wir haben Auszüge aus den Tipps:

- ▶ Wenn Sie den PC-Arbeitsplatz verlassen, sperren Sie diesen mittels Bildschirmschoner.
- ▶ Lassen Sie wichtige Unterlagen weder auf dem Schreibtisch noch elektronisch am PC oder nach Besprechungen offen liegen, sondern versperren Sie diese (Schreibtischlade oder PC-Sperre) bzw. nehmen Sie sie in Ihr Büro zurück.
- ▶ Wenn Sie unterwegs sind, achten Sie darauf, dass vertrauliche Informationen nicht auf Ihrem Notebook ungeschützt verfügbar sind.
- ▶ Verwenden Sie nicht das gleiche Passwort im Dienst wie auch im privaten Bereich, (z.B. bei Google oder Facebook).

Passwörter und Pin-Codes von Zugangskarten bzw. Bürgerkarten sind der Schlüssel zu unseren Informationssystemen (wie auch der Schlüssel in Ihr Büro) und stellen damit einen besonderen Wert dar. Besondere Sicherheit stellen Zugangsmechanismen mit zwei Komponenten dar, nämlich Wissen (Passwort oder Pin-Code) und Besitz (Karte), wie es die Bürgerkarte umsetzt. Bei der Verwendung von ausschließlich Benutzerkennung und Passwort besteht die Gefahr, dass diese Hackern in die Hände fallen. Mit einigen Maßnahmen können aber auch Passwörter entsprechend abgesichert werden.

- ▶ Passwörter sind in regelmäßigen Abständen zu ändern.
- ▶ Passwörter dürfen auf keinen Fall weitergegeben werden.
- ▶ Wenn Sie den Verdacht haben, dass Ihr Passwort einem Dritten bekannt ist, ändern Sie es umgehend.
- ▶ Schreiben Sie Passwörter nirgends auf, versperren Sie diese eventuell auch in einem elektronischen Passworttresor.
- ▶ Verwenden Sie nicht das selbe Passwort in der Behörde wie auch bei privaten Anbietern, wie Facebook, Google, Hotmail, usw.

Es gilt das Grundprinzip: Das Passwort muss für Sie leicht merkbar, aber für andere schwer erratbar bzw. aufgrund seiner

Merkmale nicht ableitbar (z. B. Geburtsdatum) sein. Verwenden Sie bei der Gestaltung des Passwortes immer eine Kombination aus Buchstaben, Zahlen und Sonderzeichen.

Auch außerhalb des Büros sicher

Wenn Sie Informationen außerhalb des Büros bzw. unterwegs verwenden, achten Sie besonders darauf, dass diese Informationen gut abgesichert und nicht leicht zugreifbar sind. Nehmen Sie nur jene Daten mit die Sie auch tatsächlich benötigen.

- ▶ Achten Sie bei der Verwendung des Notebooks, Tablets, Smartphones usw. in öffentlichen Bereichen (Flughafen, usw.), dass niemand Ihre vertraulichen Informationen mitliest.
- ▶ Beachten Sie, dass vertrauliche Informationen, auch wenn sie auf dem Notebook abgespeichert sind, in einem sicheren Bereich bzw. verschlüsselt abgelegt werden.
- ▶ Lassen Sie Notebook, Tablet, Handy, Smartphone, Datentstick, usw. nicht sichtbar z. B. im Auto oder in anderen Bereichen liegen.

Sichere E-Mail-Kommunikation und sicher im Internet

Computerviren und andere Schadsoftware werden meist über das Internet beim Surfen bzw. über E-Mail verteilt. Grundsätzlich sind die Systeme der öffentlichen Verwaltung gut abgeschirmt und mit sogenannten Virensclannern ausgestattet. Dennoch kann es vorkommen, dass Schadsoftware Ihren PC oder Ihr Notebook verseucht.

- ▶ Wenn Sie Mails von unbekanntem Adressen oder in dubioser Konstellation erhalten, werfen Sie diese.
- ▶ Ihr Systemadministrator oder die IT-Abteilung wird niemals die Übermittlung Ihres Passwortes oder PinCodes verlangen.
- ▶ Verwenden Sie die digitale Signatur zur Absicherung Ihres Dokumentenaustausches (z. B. mit der PDF-Signatur auch mit Handy).
- ▶ Öffnen Sie nicht automatisch



Achten Sie bei der Verwendung des Notebooks, Tablets, Smartphones usw. in öffentlichen Bereichen (Flughafen, usw.), dass niemand Ihre vertraulichen Informationen mitliest.

- ▶ Klicken Sie nicht willkürlich beim Surfen im Internet auf jegliches Angebot und prüfen Sie, bevor Sie Webseiten aufrufen, ob das Ihren Intentionen entspricht
- ▶ Achten Sie beim Herunterladen besonders auf Dateien, die für Sie unbekanntes Endungen (also nicht .doc, .xls usw.) aufweisen.
- ▶ Wenn Sie im Rahmen des Herunterladens zur Installation von Software aufgefordert werden, verständigen Sie sofort Ihre Hotline.

Abschließend sei wiederholt, was an sich allen bekannt sein sollte und was auf jeder Veranstaltung gepredigt wird: Absolute Sicherheit ist (auch) in der virtuellen Welt nicht möglich. Mit der Einhaltung einiger Grundverhaltensregeln wird es aber jenen, die versuchen, unbefugt an Informationen zu gelangen oder uns sonst schaden wollen, erschwert, zu bekommen was sie wollen.

Ankündigung

Sich der Verantwortung bewusst zu sein und Vorsichtsmaßnahmen zu entwickeln, war auch Basis einer einzigartigen Kooperation: Stadt Wien, Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund, das Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria und das Departement Sichere Informationssysteme der FH Oberösterreich, Campus Hagenberg entwickelten, basierend auf einem Forschungsprojekt der FH Hagenberg, einen Leitfaden, der die Gemeinden bei der Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen unterstützt. Im Zuge des Forschungsprojekts wurde mithilfe demografischer Daten und Partnergemeinden eine Mustergemeinde entwickelt, auf deren Grundlagen die Risikoprüfung stattgefunden hat. KOMMUNAL wird Anfang 2014 über das Projekt berichten.

Weitere Steigerung der EAG- und Batteriesammelmassen in Österreich

2012 wieder ein Super-Jahr für die kommunale Sammlung

Mehr als 9,1 Kilogramm an Elektroaltgeräten hat jeder Österreicher und jede Österreicherin im Jahr 2012 gesammelt. Prozentuell bedeutet dies einen Anstieg um 2,46 Prozent. Dies ist gleich aus mehreren Gründen bemerkenswert, wie die Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle in ihrer traditionellen Bilanz Ende September vermittelte.

Hans Braun

Die Erfolgsmeldung vorweg: Insgesamt wurden 2012 mehr als 76.612 Tonnen Elektroaltgeräte (EAG) aus privaten Haushalten von den Österreicherinnen und Österreichern gesammelt (plus 15 Prozent). Im Jahr 2011 waren es 74.770 Tonnen. Mag. Elisabeth Giehser: „Wir freuen uns sehr und dürfen als Österreicher auch ein bisschen stolz darauf sein, dass wir auch im siebten Jahr nach Inkrafttreten der Elektroaltgeräteverordnung unseren Platz im europäischen Spitzenfeld halten konnten.“

Besonders erfreulich bei der Analyse der einzelnen Sammelmassen ist der deutliche Anstieg bei Kleingeräten.

Giehser: „Der Zuwachs um 12 Prozent bei den Kleingeräten zeigt, dass die Öffentlichkeitsarbeit und die Information für die KonsumentInnen gegriffen haben und deutlich weniger Kleingeräte im Restmüll landen als noch in den Anfangsjahren der EAG-VO. Der Bevölkerung ist inzwischen wirklich bewusst, dass Elektroaltgeräte kein ‚Schrott‘ sind, sondern wertvolle Lieferanten von Sekundärrohstoffen, und dass es natürlich auch für unsere Umwelt



KR Ing. Wolfgang Krejčík (Vorsitzender des Aufsichtsrats der EAK), Mag. DI DDR. Reinhard Mang (Generalsekretär im Lebensministerium), Mag. Elisabeth Giehser (Geschäftsführerin EAK – Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle), Bgm. Ing. Josef Moser (Bundesobmann der ARGE österreichischer Abfallwirtschaftsverbände).

ganz wesentlich ist, EAG richtig zu sammeln und zu verwerten und nicht über den Restmüll oder gar in der Natur zu entsorgen.“

Land-Stadt-Gefälle bei Sammelmassen

Das in der Vergangenheit registrierte geografische West-Ost-Gefälle bei den Sammelmassen lässt sich 2012 kaum mehr feststellen. Allerdings gibt es immer noch ein deutliches

Land-Stadt-Gefälle. Am fleißigsten wird in Oberösterreich gesammelt. Mit einer Pro-Kopf-Sammelmasse von 11,45 Kilogramm kommen die Oberösterreicher mit einem Bevölkerungsanteil von 16,81 Prozent auf einen Sammelanteil von 21,11 Prozent. In den großen Städten sind die Sammelmassen pro Einwohner allerdings noch immer deutlich niedriger als in den ländlichen Regionen.

Mehr Infos

Alle Infos über die richtige Sammlung und Verwertung von Elektroaltgeräten und Batterien liefert die Website

www.elektro-ade.at.

Der österreichweite Sammelstellenfinder weist darüber hinaus auf Knopfdruck den Weg zur nächstgelegenen Sammelstelle.

Details zur Pressekonferenz und den Auswirkungen der neuen WEEE-Richtlinie und die neue EAG-Verordnung in Österreich gibt es auf www.eak-austria.at

Ortsbild-Gestaltung hängt manchmal an einem Gebäude

Verfallendes Bauernhaus wurde Gemeindeamt

Renovierte alte Objekte werten ein Ortsbild auf. Aber im Vorfeld sind oft schwerwiegende Entscheidungen zu treffen, wenn es darum geht, ob sich das Erhalten rechnet.

Vor so einem Problem stand die Salzburger Flachgau-Gemeinde Seeham mit ihren Plänen, ein altes Gehöft in der Ortsmitte zum neuen Gemeindezentrum zu machen. Einerseits war und ist man dem Erhalt kulturellen Bau-Erbes gegenüber mehr als aufgeschlossen, andererseits befand sich das Objekt in einem schon sehr fragwürdigen Bauzustand.

Es gelang dem damaligen Bürgermeister Matthias Hemetsberger aber, die Front für die Revitalisierung auszubauen, indem man sich für das Gemeindezentrumprojekt institutioneller Schützenhilfe, etwa aus dem Bereich der Gebietskörperschaften, oder EU-initiierten Kooperationen versicherte. Bestehenden Auflagen des Denkmalschutzes Rechnung tragend, wurde sogar eine EU-Initiative zur Förderung alter Handwerkstechniken in das Projekt miteinbezogen.

Planung und Bauleitung lagen beim Salzburger Architekturbüro Lorenz. 2005 war baulich das Äußere des Wohnhauses, einem der wenigen noch erhaltenen alten Objekte in der Gemeinde, perfekt fertiggestellt. Aber es sollten noch weitere sechs Jahre des Wartens und der Innenausbauphase bis zum Eröffnungsfest vergehen. Letztlich war fast ein Jahrzehnt vergangen, bis die Idee in die Realität umgesetzt war.

Das ideal in der Ortsmitte gelegene, sogenannte „Schmiedbauerngut“ besteht aus Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude und weist reichlich Freiflächen für ein attraktives Dorfzentrum auf. Dem Raumbedarf für Vereine, Jugendzentrum und kulturelle Aktivitäten kommt das Wirt-



Oben einer der Räume im ursprünglichen Zustand, unten der selbe Raum nach der Renovierung.

schaftsgebäude entgegen. Das dominierende, kunsthistorisch dem Biedermeier zuzuordnende Wohnhaus ist zum modernen Gemeindeamt geworden.

Fortschrittliche Innensanierungstechnik

Nicht zu kurz kamen Energie-sparmaßnahmen in Bezug auf Raumwärmeverluste. Die Fenster wurden durch baugleiche, neue Kastenfenster ersetzt. Wärmeschutz wurde nachgerüstet und ein Zentralheizungssystem mit einer Niedertemperatur-Wandflächenheizung installiert.

Die Wärme dafür wird aus dem lokalen Fernwärmenetz bezogen, der Jahresverbrauch liegt um die 50 kWh pro m² (Bruttogeschossfläche).

Um bauphysikalische Probleme auszuschalten, wird der Putz mittels einer Wandheizung temperiert, die zugleich Raumheizung ist. Diese Raumheizart wiederum ist bekannt dafür, das komfortabelste und gesündeste Raumklima zu liefern.

Andererseits steht so auch klassischen Holzfußböden nichts im Weg, und dank der Vermeidung von Hausstaubbewegungen wird Reinigungsaufwand gespart und die Räume brauchen viel weniger oft ausgemalt werden.

Im Erdgeschoss bestehen die Außenwände vorwiegend aus Steinmauerwerk. In den relativ tiefen Fensterlaibungen kann deshalb ein gewisses Kondensat- bzw. Schimmelrisiko nicht ausgeschlossen werden. Um dem vorzubeugen, verläuft dort seitlich im Putz je ein von der Wandheizung abzweigendes Heizrohr. Einzelraumregelungen ermöglichen ein bedarfsgerechtes Einstellen der Temperaturen der einzelnen Räume. Kalte Wandflächen im Winter gibt es nicht mehr. So übertrifft die Raumklima-Qualität in den Büros während der Heizperiode trotz Steinmauerwerks jene eines durchschnittlichen Neubaus deutlich. Im Sommer wiederum profitieren die Räume von der speicher-massenreichen Bauweise, die ja bekanntlich Überwärmungen verhindert. Das revitalisierte Objekt brilliert somit nicht nur mit seinem Äußeren, sondern auch mit hochwertigen Räumlichkeiten, in denen sich die Mitarbeiter wohl fühlen.

Lösungsansätze für kommunale Finanzierung

Wie Kommunen trotz angespannter Finanzsituation neue Projekte umsetzen können und so wettbewerbsfähig und für Einwohner und Unternehmen attraktiv bleiben, erklärt Brigitte Bruckmüller, Geschäftsführerin der Erste Group Immorent Österreich.

Es ist nicht leicht für Kommunen – der Budgetdruck steigt, der Investitionsrückstau auch. Was sollen Kommunen aus Ihrer Sicht denn machen?

In der Tat sind die Kommunen in einer Zwickmühle. Die gute Nachricht ist, dass es nach wie vor sinnvolle Finanzierungsmodelle gibt – Leasing etwa. Die Leasingnachfrage ist im Jahr 2012 eingebrochen, hat heuer aber schon längst wieder Fahrt aufgenommen. Diese Finanzierungsart ist nach wie vor für Kommunen geeignet.

Das sagen Sie, aber wie sehen dies die Kommunen selbst?

Wir sehen die Tendenz, dass Kommunen zwar unter Zugzwang sind, aber es immer noch Möglichkeiten gibt. Auch mit knappen Budgets lassen sich Investitionen planen. Ob Neubau oder Sanierung, Leasing bietet Gemeinden eine sehr gute Alternative für langfristige Finanzierungen. Wir haben heuer schon mehrere Projekte in ganz Österreich erfolgreich umgesetzt.

Welche Projekte werden denn am häufigsten finanziert?

Das ist natürlich immer sehr von der individuellen Situation abhängig, aber in letzter Zeit handelt es sich vermehrt um Projekte im Bildungsbereich oder Bestandssanierungen. Weiche Standortfaktoren werden auch immer wichtiger. So nimmt für manche Gemeinden die ganztägige Kinderbetreuung einen immer notwendigen Platz ein. Hierzu braucht es die entsprechenden Kindergärten und

Horte. Auch alle Entwicklungen Richtung Ganztageschule müssen finanziert werden.

Schließlich herrscht enormer Bedarf am anderen Ende der demografischen Skala: Für die ältere Generation, die deutlich größer werden wird, fehlen entsprechende Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten.

Laut aktuellen Studien sehen die Kommunen selbst vor allem in den Bereichen Straßenbau, Leitungsnetze der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Gebäudesanierungen den höchsten Bedarf.

Können Kommunen im Bereich Energie Geld einsparen?

Natürlich. Die Grundidee hierfür ist simpel: Bestehende Objekte – vom Rathaus über das Amtsgebäude bis zur Schule – werden thermisch saniert. Über die Einsparungen wird zuerst die Finanzierung bedient, danach bleibt die Einsparung zu 100 % bei der Kommune – ein echtes Win-Win-Konzept.

Was ist der Mehrwert für Ihre Kunden?

Die Erste Group Immorent hat umfassendes Know-how in der Betreuung von Kommunen. Wir verstehen uns als ganzheitlicher Partner, der von der Ist-Analyse über die Finanzierung bis hin zum Betrieb dem Kunden zur Seite steht. Dank unserer wirklich langjährigen Erfahrung verstehen wir die Sprache und die Bedürfnisse von Kommunen. Das erleichtert die Zusammenarbeit für beide Seiten.



Information:

Erste Group Immorent Österreich
Mag. Brigitte Bruckmüller
Tel.: 050100 – 27261
brigitte.bruckmueller@immorent.com

Sind Sie auch ein Partner am Weg zu einer Smart City?

Da muss man sich zuerst einmal fragen, was ist denn eine Smart City? Ich halte das für einen Marketing-Begriff. Für uns sind ganzheitliche, intelligente und ressourcenschonende Konzepte, die für die nächste Generation genauso tauglich sind wie für die Attraktivierung des Standorts, völlig normal. Dass das Ganze nun Smart City heißt, ist deswegen eine gute Entwicklung, weil dadurch mehr Aufmerksamkeit für Themen entsteht, die uns seit Jahren am Herzen liegen.

Auszeichnung für katholische Privatschule

Klimaschutzpreis an die HLUW Yspertal

Umweltminister Niki Berlakovich überreichte am Montag, 11. November 2013 in der Siemens City Vienna der HLUW Yspertal den Österreichischen Klimaschutzpreis. Die HLUW ist somit Preisträger des Österreichischen Klimaschutzpreises 2013.

Die Höhere Lehranstalt für Umwelt und Wirtschaft Yspertal ist die einzige Schule in Österreich, die Jugendliche für eine rohstoff- und energiesparende bzw. nachhaltige und ökosoziale Wirtschaft ausbildet. Mit dem Projekt „Nachhaltige Ausbildung an der HLUW Yspertal“ ist es gelungen, in der Kategorie „Alltag“ den Österreichischen Klimaschutzpreis 2013 zu gewinnen. „Die Nominierung und der Gewinn unserer berufsbildenden Schule für diesen hochkarätigen Preis bestärken uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Als einzige Schule in Österreich für Umwelt und Wirtschaft war dieser Weg nicht immer leicht!“ so Schulgründer Direktor Hofrat Mag. Johann Zechner.

Ausbildung mit Zukunft

Einerseits wird eine theoretische Schulausbildung für Umwelt-, Wasser- und Kommunalwirtschaft angeboten, gleichzeitig werden die Inhalte bei zahlreichen Projekten unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsidee auch in die Praxis umgesetzt. Die



Foto: HLUW Yspertal

Umweltminister Niki Berlakovich übergab den Klimaschutz-Preis: Schülerin Johanna Eichinger, HR Dir. Mag. Johann Zechner, Mag. Edith Wernad, Schüler Raphael Thauerböck, Schauspieler Cornelius Obonya und Biopionier Werner Lampert von der HLUW Yspertal freuten sich.

Schule ist seit 2008 Trägerin des Österreichischen Umweltzeichens. Sie wird energetisch mit Sonnenkollektoren, Photovoltaik- und Windkraftanlagen (letztere dzt. im Versuchsbetrieb), einer Elektroquadtankstelle, einem Kleinwasserkraftwerk, einer Hackschnitzelheizung und per Wärmerückgewinnung aus Abwasser versorgt. Der gesamte Energieverbrauch und die Energiegewinnung werden von einem Energiemanagementsystem gesteuert, das auch von den Schülerinnen und Schülern betreut, dokumentiert und kontrolliert wird.

Große Freude mit sozialem Fundament

Vor 23 Jahren wurde die Schule gegründet, über 1200 Absolventinnen und Absolventen wurden

ausgebildet, 50 Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in Schule und Internat für 390 Schülerinnen und Schüler aus halb Österreich in einem Dorf in Niederösterreich – in Yspertal. Nicht nur eingebil-dete Theoretiker oder nur ausgebildete Technokraten, sondern an der Praxis geformte, „visionäre Realisten“ für eine nachhaltige Welt sind das Bildungs- und Ausbildungsziel der Schule und des angeschlossenen Internats. Aus dem festen weltanschaulichen Fundament einer katholischen Privatschule des Stiftes Zwettl kommen Themen wie Globalisierung, Flüchtlingseleid und dessen Ursachen, die Erhalten des ländlichen Raumes usw. prominent vor. „Als visionäre Realisten für die Zukunft freut uns diese Auszeichnung besonders“, erklärt Mag. Edith Wernad, seit der Schulgründung Professorin an

der Schule. „In unserer Schule steht die Schülerin und der Schüler im Vordergrund, und mit zahlreichen praktischen Projekten schaffen wir es sehr erfolgreich, die Kombination Umwelt und Wirtschaft zu lehren. Die Berufschancen sind nach dieser fünfjährigen Ausbildung sehr gut. Es liegt nun an der Jugend, dieses Ausbildungsangebot im Herzen von Niederösterreich auch anzunehmen!“

Green Jobs: Ausbildung für ganz Österreich

Green Jobs, ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Sektor, sind gefragt. Die HLUW bildet aktuell in den beiden Ausbildungszweigen „Umwelt und Wirtschaft“ und „Wasser- und Kommunalwirtschaft“ aus. Informationen zu dieser unikaten Ausbildung unter www.hlaysper.ac.at oder am Tag der offenen Tür am Samstag, 18. Jänner 2013 ab 9.00 Uhr.

Hintergrund

Ausbildung von Fachleuten der Wasser- und Kommunalwirtschaft

Seit dem Schuljahr 1990/91 bildet die HLUW Fachleute für Umwelt und Wirtschaft im Sinn der Nachhaltigkeit aus. Dabei ist auch eine ganze Reihe von „Klimaschutz relevanten“ Einrichtungen und Verfahren an der Schule entstanden wie die Beheizung der Gebäude mit allen Arten von klimaschonender Energie von den Hackschnitzeln über Wasserwirtschaft, Photovoltaik bis zu Windenergie. Elektroräder, ein Quad u.v. andere gehören dazu.

Seit September 2012 wird an der HLUW des Stiftes Zwettl in Yspertal Kompetenz in den oben genannten Fachgebieten vermittelt. Die Lehrpläne wurden in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den betroffenen Wirtschaftsbereichen (Bund, Land, Gemeindeverbände, Gemeindevertreter, Fachfirmen usw.) gestaltet.

Neben einer breiten Allgemein- und Wirtschaftsausbildung wird im Bereich von Naturwissenschaft und Technik vertiefend auf die Problemstellungen des Wirtschaftens in Gemeinden eingegangen. Auch auf Pflege, Entwicklung und Nutzung von Gewässern liegt besonderes Augenmerk.

Die Hälfte der ausbildungsbereichsorientierten Fächer wird als Praktikum durchgeführt. Dazu gehören Angewandte Biologie, Angewandte Chemie, Angewandte Physik und Umwelanalytik sowie Landschafts- und Raumplanung mit den Inhalten Gewässerökologie, Wassernutzung und -behandlung, Kommunalwirtschaft, usw. Exkursionen, Projektwochen und Partnerschaften im In- und Ausland unterstützen die Ausbildung. Auch für von der Qualität der öffentlichen Verwaltung und dem Schutz der Naturressourcen wird in einer sich immer stärker globalisierenden Welt letztendlich unsere Lebensqualität abhängen.

Kolumne: Pitters Kommuntrend

Datenschutz in Gemeinden



Zuletzt wurde an dieser Stelle die Notwendigkeit der klugen Abwägung von Sicherheitsdenken und Risikobereitschaft diskutiert. Untrennbar verbunden mit diesen Themen sind die Bereiche Datenschutz und Privatsphäre in den Gemeinden. Nicht zuletzt durch das Auftauchen der Abhörskandale rund um die amerikanische NSA oder den Verkauf von Patienteninformationen an Marktfor-

Freie Bürgerrechte stellten in der Vergangenheit keineswegs den Normalfall dar.

schungsinstitute ist das Thema in aller Munde. Laut Analyse von Pitters **KOMMUNALTREND** finden sich aber gerade hier kontraproduktive Sichtweisen. „Wozu brauche ich Schutz, ich habe nichts zu verbergen“ oder „wenn man keinen Dreck am Stecken hat, passiert nichts“, so lauten häufig gehörte Meinungen zum Thema Datenschutz. Aber ist diese so gerne angeführte, eigene Unbeflecktheit wirklich der Königsweg bei der Annäherung an diese hochsensible Thematik? Ist es klug, jedwede persönliche Information im Internet kundzutun?

In Österreich ist das Grundrecht auf Datenschutz grundsätzlich im Bundesdatenschutzgesetz geregelt. Laut einführendem Paragraph hat dabei kurz gefasst Jedermann Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit ein schutzwürdiges Interesse daran besteht. Die Gemeindebürger fühlen sich aber häufig kaum adressiert und nehmen das Thema Datenschutz

stärker auf der gesellschaftlichen als auf der persönlichen Ebene wahr. Beinahe desinteres-

siert hört man vielfach ein „was soll ich daran ändern?“.

Dies stimmt nachdenklich, zumal die Errungenschaft freier Bürgerrechte in der Vergangenheit keineswegs den Normalfall darstellte. Es gilt zu sensibilisieren - und wieder kommt den Gemeinden als Nahinstanz zu den BürgerInnen hier Bedeutung zu: im Zentrum steht dabei präzise Aufklärung über den Wert des Datenschutzes und die eigene Vorbildfunktion im Umgang mit Daten auf Gemeindeebene.



Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher.
E-Mail: office@pitters.at
www.pitters.at



Aus- und Fortbildung in den Gemeinden

Master o Desaster

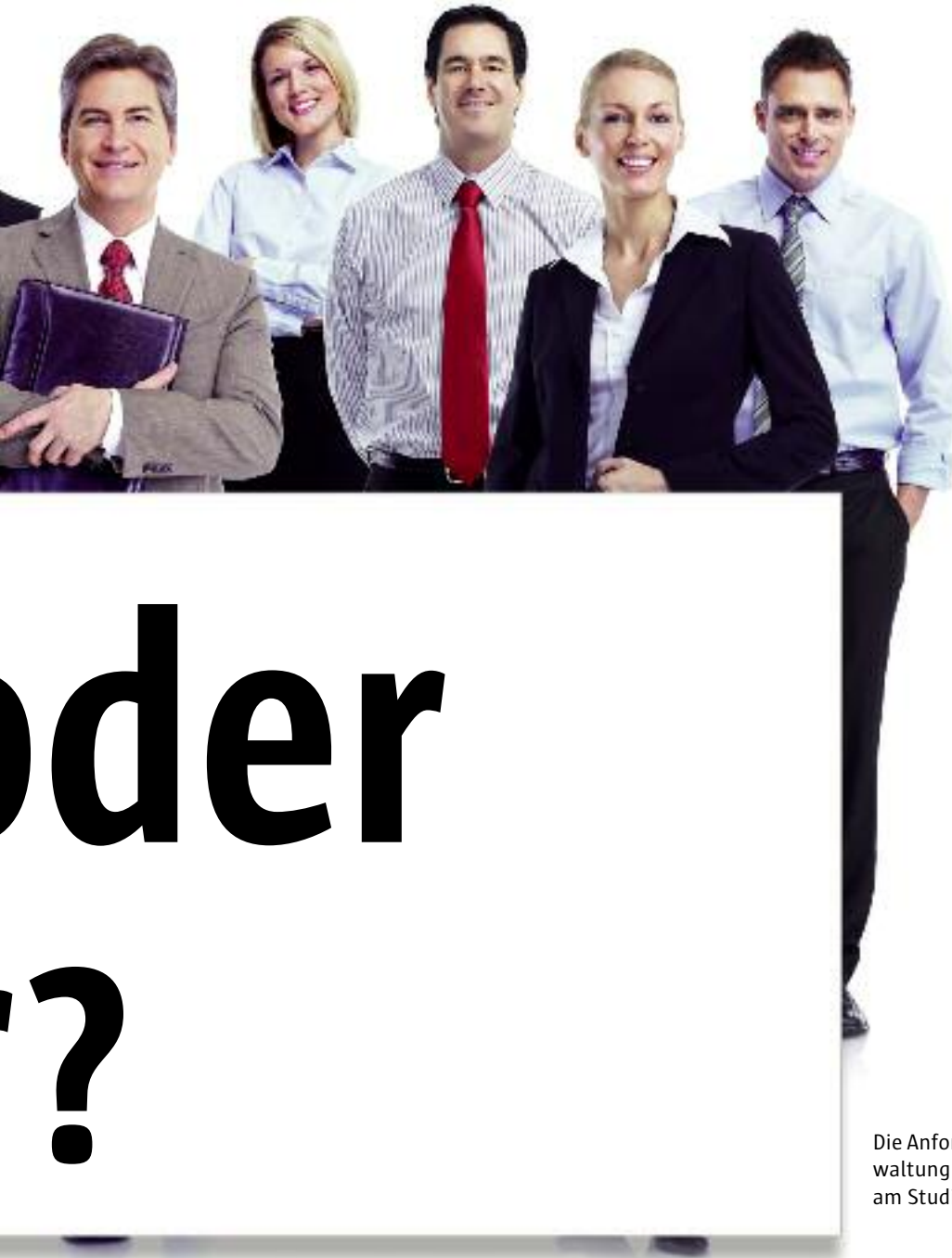
Foto: fotolia/Kurhan

Globalisierung, Europäisierung, Digitalisierung – die Arbeit in den Gemeinden wird stets komplexer und qualifizierte Mitarbeiter sind gefragter denn je. Neben Weiterbildungsmöglichkeiten in Kommunalakademien gibt es auch immer mehr Studien, die speziell auf die Anforderungen der Verwaltung ausgerichtet sind.

Katharina Lehner

Der öffentliche Sektor braucht eine moderne und vor allem effiziente öffentliche Verwaltung, die es schafft, trotz Sparzwängen und Umstrukturierungen den Qualitätsanforderungen gerecht zu werden. Der Bedarf an immer höher qualifizierten Mitarbeitern ist groß.

Für den Beruf eines Amtsleiters ist eine fundierte Ausbildung erforderlich. Franz Haugensteiner, Obmann des Fachverbandes der leitenden Gemeindebedienste-



oder?

Die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung steigen gewaltig. Das Interesse am Studium bleibt groß.

ten Österreichs (FLGÖ), spricht aus jahrelanger Erfahrung: „Der Beruf des Amtsleiters ist äußerst fordernd und trotzdem eine der schönsten Aufgaben. Ich bin nun 16 Jahre in dieser Funktion und kann mich nicht erinnern, dass jemals ein Tag einem anderen geglichen hätte“, berichtet Haugensteiner KOMMUNAL. Eine fundierte Ausbildung beinhaltet für Haugensteiner juristische, betriebswirtschaftliche und politikwissenschaftliche Kompetenzen, dazu außerdem Führungs- und Kommunikationskompe-

tenz, aber auch Personal- und Prozessmanagement. „Eine mehrjährige Ausbildung in diesen Bereichen rechnet sich auf alle Fälle“, so Haugensteiner.

Akademiker fassen Fuß

Längst haben die österreichischen Fachhochschulen die Zeichen der Zeit erkannt und bieten sechssemestrige Bachelorstudien, viersemestrige Masterstudien im Bereich Public Administration, aber auch teils hochspezialisierte Lehrgänge an.

Das Bachelorstudium „Public Management“ wird von den Fachhochschulen Oberösterreich, Kärnten und Wien angeboten. Es richtet sich an Menschen, die sich entweder für eine Tätigkeit im öffentlichen Sektor interessieren oder bereits in einem solchen Bereich tätig sind. Die Lehrinhalte umfassen Betriebswirtschaft, Recht, Prozess- und Ressourcenmanagement, aber auch soziale Kompetenzen und Marketing. An der Fachhochschule Wien wurde das Bachelorstudium zunächst für

die Weiterbildung von Verwaltungsmitarbeitern konzeptioniert. Wegen der großen Nachfrage fand eine Ausweitung des Angebots für Quereinsteiger und Studienanfänger statt.

Die Masterstudien sind speziell für Führungskräfte in mittleren oder höheren Managementpositionen gedacht, so zum Beispiel auch für Amtsleiter in größeren Gemeinden und Städten, Experten für Personalmanagement, Controlling, Organisationsentwicklung, aber auch Prozess- und Qualitätsmanagement.

Franziska Cecon, Professorin an der Fachhochschule Oberösterreich für Public Administration, sieht ein ungebrochenes Interesse am Bachelor- und Masterstudium. Jährlich besuchen 30 Studierende den Bachelor Public Administration und 50 den Master Services of General Interest. Aus gutem Grund sind die Studien an der Fachhochschule Oberösterreich berufs begleitend aufgebaut: „Die, die nicht arbeiten, sind definitiv in der Minderzahl. Viele Studierende sind beruflich

in einer Gemeinde tätig. Außerdem haben wir in jedem Jahrgang Studierende aus unterschiedlichen Altersgruppen“, so Cecon im Gespräch mit KOMMUNAL.

Die öffentliche Verwaltung wird aufgrund der Digitalisierung, der Europäischen Union, aber auch aufgrund des demografischen Wandels vor große Herausforderungen gestellt. Die Qualität muss erhalten bleiben, auf der anderen Seite aber Kosten eingespart werden. Die nötige Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung kann daher von Mitarbeitern besser getragen werden, die eine grundlegende Ausbildung zum Beispiel im Prozessmanagement absolviert haben. „Die Gemeinden haben diese zentralen Herausforderungen erkannt.

Seitens unserer Absolventinnen und Absolventen hören wir, dass zunehmend Managementkompetenzen wichtig sind. Daher ist es entscheidend, nicht nur punk-

tuelle Weiterbildungen zu machen, sondern ein Gesamtpaket zu haben“, so Cecon.

Auf Spezialisten kommt es an

Neben Public-Management-Studien, die sich allgemeiner den Anforderungen einer Verwal-



Es ist wichtig, nicht nur punktuell Weiterbildungen zu machen, sondern ein Gesamtpaket zu haben.

Prof. (FH) MMag. Dr. Franziska Cecon, FH Oberösterreich

tung widmen, werden auch eine Reihe weiterer spezialisierter Ausbildungen angeboten. Somit wird auch von Ausbildungsseite auf die stets komplexer werdenden Anforderungen an die Gemeinden reagiert.

Die Themen Standortwettbewerb, Standortwirtschaft und Standortmanagement haben beispielsweise in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Die Fachhochschule Vorarlberg bietet folglich einen Hochschullehrgang „Standort- und Regionalmanagement“ an.

UNIGIS Salzburg

Educating GIS Professionals Worldwide

Fernstudium @ UNI Salzburg

Verwenden auch Sie GIS in Ihrer Gemeinde? Würden Sie gerne mehr wissen? Dann erweitern Sie Ihre Kompetenzen in Sachen Geoinformatik mit UNIGIS, den berufsbegleitenden GIS-Studiengängen an der Universität Salzburg. Seit 20 Jahren stehen wir mit unserer Fernlehre für eine fundierte akademische Geoinformatik-Ausbildung.

UNIGIS-Studiengänge

► **UNIGIS professional**
Der einjährige Zertifikatsstudiengang vermittelt praxisorientierte Kenntnisse zu GIS und bietet einen Einblick in Methodik und An-

wendung. Kosten: € 4900,- / ab 1. 1. € 5400,-.

► **UNIGIS MSc**
Postgradueller, zweijähriger Studiengang mit Fokus auf Vermittlung fundierter GIS-Kenntnisse zur Leitung von Projekten, Arbeitsgruppen und Abteilungen. Abschluss: akademischer Grad „Master of Science (Geographical Information Science & Systems)“. Kosten: € 8500,- / ab 1. 1. € 9800,-

Information

www.unigis.ac.at

E.E.



Public Management Studien auf einen Blick

Wirtschaftlicher Erfolg, eine funktionierende Infrastruktur und damit verbunden die soziale und kulturelle Entwicklung von Ländern, Regionen und Gemeinden sind kein Zufall, sondern das Ergebnis von möglichst guten Rahmenbedingungen, die es strategisch zu entwickeln gilt. Der Lehrgang wird in Kooperation mit der Universität Konstanz, der Universität Liechtenstein und der Hochschule für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung angeboten, wodurch auch der überregionalen Zusammenarbeit Rechnung getragen wird. (Informationen: www.vht.at)

Die öffentliche Verwaltung entwickelt sich schnellen Schrittes hin zur Verwaltung 2.0. E-Government revolutioniert die Kommunikation zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik, schafft Bürgernähe und Transparenz. Mit dieser Umstellung ändern sich jedoch auch die Arbeitsprozesse in den Gemeinden. An der Donau-Universität Krems wurde ein eigenes Institut für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung eingerichtet, das sich nicht nur mit E-Government, sondern auch mit Sicherheitsmanagement beschäftigt. Bausteine des Studi-



Die meisten Studierenden im Bereich der öffentlichen Verwaltung studieren berufsbegleitend.

Foto: fotolia/Kontrastwerkstatt

Fachhochschule Oberösterreich

Bachelorstudium: Public Management

- ▶ Berufsbegleitend: 6 Semester, 180 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/Jahr: 30

Masterstudium: Services of General Interest

- ▶ Berufsbegleitend: 4 Semester, 120 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/Jahr: 50

Studiengebühr/Semester: 363,36 Euro; Beginn: Herbst 2014
INFOS: Fakultät für Gesundheit und Soziales Linz www.fh-ooe.at

Fachhochschule Kärnten

Bachelorstudium: Public Management

- ▶ Vollzeit und berufsbegleitend: 6 Semester, 180 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/Jahr: 33

Masterstudium: Public Management

- ▶ „Berufsfreundlich“: 4 Semester, 120 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/Jahr: 20

Studiengebühr/Semester: 363,36 Euro; Beginn: Herbst 2014
INFOS: Studienbereich Wirtschaft & Management www.fh-kärnten.at

Fachhochschule Wien

Bachelorstudium: Public Management

- ▶ Berufsbegleitend: 6 Semester, 180 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/ Jahr: 50

Masterstudium: Public Management

- ▶ Berufsbegleitend: 4 Semester, 120 ECTS-Punkte
- ▶ Studienplätze/Jahr: 40

Studiengebühr/Semester: 363,36 Euro Gebühren + ÖH-Beitrag + 44,14 Euro sonstige Aufwendungen; Beginn: Herbst 2014
INFOS: FH Campus Wien www.fh-campuswien.ac.at

Donau-Universität Krems

Masterstudium Public Administration

- ▶ Berufsbegleitend: 4 Semester, 90 ECTS-Punkte
- ▶ Kosten: 19.900 Euro

Masterstudium E-Government

- ▶ Berufsbegleitend: 50 Tage Präsenzzeit, 90 ECTS-Punkte
- ▶ Kosten: 14.900 Euro

Zertifikat/Master Integrative Regionalentwicklung für Kommunen, Gemeinden und Regionen

- ▶ Akademischer Experte: 3 Semester, 60 ECTS-Punkte, 7750 Euro
- ▶ Master: 5 Semester, 90 ECTS-Punkte, 10.900 Euro

Zertifikat VerwaltungsmanagerIn:

- ▶ 2 Semester (19 Tage), 25 ECTS-Punkte
- ▶ Kosten: Teilnehmer aus niederösterreichischen Gemeinden: 1990 Euro, aus allen anderen Institutionen: 2990 Euro

Infos: Donau-Universität Krems www.donau-uni.ac.at

Universität Salzburg

Fernstudium Geoinformatik

Infos: www.unigis.at

Rechtliches

Bildungskarenz:

Die Bildungskarenz ist eine Arbeitsfreistellung für die Dauer einer Weiterbildung. Für die Dauer der Weiterbildung wird ein „**Weiterbildungsgeld**“ in der Höhe des Arbeitslosengeldes durch das AMS ausbezahlt. Außerdem ist ein Zuverdienst im Ausmaß einer geringfügigen Beschäftigung (für das Jahr 2013 maximal 386,80 Euro im Monat) erlaubt.

- Die Bildungskarenz für Aus- und Weiterbildungen kann für **mindestens zwei Monate** und **maximal für ein Jahr** beantragt werden.

Bildungsteilzeit:

Seit 1. Juli 2013 gibt es die Möglichkeit, Bildungsteilzeit anzumelden. Die Stunden werden reduziert und das AMS zahlt als Ausgleich ein „**Bildungsteilzeitgeld**“. Für jede Stunde, die weniger gearbeitet wird, beträgt dies 0,76 Euro pro Tag. Reduziert man beispielsweise von 40 auf 30 Stunden pro Woche, bekommt man $10 \times 0,76 \times 31$ (Monat Juli) = 235,60 Euro. Folglich zahlt sich dieses Modell für Menschen mit geringerem Monatseinkommen besser aus.

- Die Arbeitszeit kann um **maximal 50 Prozent** und **minimal 25 Prozent** reduziert werden. Pro Woche müssen mindestens zehn Stunden gearbeitet werden.
- Bildungsteilzeit kann für berufliche Aus- und Weiterbildung im Ausmaß von mindestens zehn Wochenstunden angemeldet werden, für **mindestens vier Monate** und **maximal 24 Monate**.

Voraussetzungen:

Man muss mindestens ein halbes Jahr beim selben Arbeitgeber beschäftigt sein. Das schriftliche Einverständnis des Arbeitgebers ist ebenso erforderlich wie Kursbesuchsbestätigungen. Anträge müssen bei der jeweils zuständigen Stelle des AMS eingebracht werden.

ums sind Grundlagen der IKTs (Informations- und Kommunikationstechnologien), aber auch rechtliches Basiswissen sowie Lehrveranstaltungen zu Management- und Prozessabläufen. Ein weiterer Bestandteil einer digitalen Verwaltung sind Geoinformationssysteme (GIS), die räumliche Daten erfassen, bearbeiten, organisieren oder analysieren. Die Flächenwidmung, Raumplanung und Katasterverwaltung in immer mehr Gemeinden beruhen auf GIS. Folglich steigt der Bedarf an qualifizierten GIS-Beauftragten stets, nicht nur in Gemeinden, sondern auch in Unternehmen. Die Universität Salzburg bietet mit UNIGIS ein berufsbegleitendes Fernstudium auf dem Gebiet der Geoinformatik an. Immer mehr Absolventen fassen in der kommunalen Verwaltung Fuß, weiß auch Helmut Hohegger, GIS-Beauftragter der Stadtgemeinde Gmunden. Hohegger begann bei der Gemeinde zu arbeiten. Als die Entscheidung fiel, einen Leitungskataster für Gas und Wasser aufzubauen, wurde die GIS-Software angeschafft, weshalb sich Hohegger im Jahr 2000 für die Ausbildung UNIGIS entschied. „Mein Bestreben war es, die Software auch für andere Bereiche zu nutzen. Schließlich ist GIS kein reines Auskunftswerkzeug, sondern für komplexe Analysen geeignet“, erzählt er im Gespräch mit KOMMUNAL. Die einjährige Ausbildung wird bis auf ein paar Anwesenheitstage hauptsächlich über das Internet organisiert, somit musste auch das Privatleben nicht allzu sehr darunter leiden. Finanziert wurde Hoheggers Weiterbildung zum Teil über das Bildungskonto des Landes Oberösterreich, den Rest übernahm die Stadtgemeinde. In den letz-

ten Jahren entscheiden sich immer mehr Mitarbeiter für berufliche Weiterbildung, so Hohegger: „Für meine Arbeit hat mir das alles sehr viel gebracht.“

Das Recht auf Bildung

In allen Bundesländern gibt es für die Weiterbildung der Mitarbeiter Ausbildungsstätten. Hier werden spezielle Fortbildungskurse, Workshops und Informationsveranstaltungen für Gemeindebedienstete und Mandatäre angeboten, aber auch für Kinderbetreuer oder Standesbeamte. Ausbildungskosten für Kurse werden vom Arbeitgeber übernommen, weiß FLGÖ-Obmann Franz Haugensteiner, der seine

Mitarbeiter regelmäßig zu Fortbildungen animiert. In kleineren Gemeinden, bei ohnehin begrenzten Kapazitäten, bleibt oft leider keine Zeit für die Aus- oder Weiterbildung der Mitarbeiter. Haugensteiner schlägt eine Ausbildungsverpflichtung vor: „Ich bin zutiefst überzeugt, dass

sich jede Ausbildung mehrfach rechnet.“ Besteht Interesse an einer Aus- oder Fortbildung, stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Vereinbarkeit zwischen Arbeiten, Lernen und Leben. Viele berufsbegleitende Studien bieten Abend- und Wochenendkurse an, sodass die Studierenden nebenbei ihrem Beruf nachkommen können. Aber auch wer sich mehr Zeit für Aus- und Weiterbildung nehmen möchte, hat durch die Bildungskarenz und seit Juli 2013 auch durch die Bildungsteilzeit Möglichkeiten. Stimmt der Arbeitgeber diesen Optionen zu, können sich Interessierte entweder für einen Zeitraum von maximal einem Jahr karenzieren lassen und bekommen als Kompensation „Weiterbildungsgeld“. Die zweite Option ist eine Reduktion der Wochenarbeitszeit auf maximal die Hälfte der Stunden. Für die fehlenden Stunden gibt es vom Arbeitsmarktservice ein „Bildungsteilzeitgeld“, das sich nach den Stunden richtet (siehe Info-Box „Rechtliches“).



Eine mehrjährige Ausbildung rechnet sich auf alle Fälle.

Franz Haugensteiner, FLGÖ-Obmann

des Fernstudium auf dem Gebiet der Geoinformatik an. Immer mehr Absolventen fassen in der kommunalen Verwaltung Fuß, weiß auch Helmut Hohegger, GIS-Beauftragter der Stadtgemeinde Gmunden. Hohegger begann bei der Gemeinde zu arbeiten. Als die Entscheidung fiel, einen Leitungskataster für Gas und Wasser aufzubauen, wurde die GIS-Software angeschafft, weshalb sich Hohegger im Jahr 2000 für die Ausbildung UNIGIS entschied. „Mein Bestreben war es, die Software auch für andere Bereiche zu nutzen. Schließlich ist GIS kein reines Auskunftswerkzeug, sondern für komplexe Analysen geeignet“, erzählt er im Gespräch mit KOMMUNAL. Die einjährige Ausbildung wird bis auf ein paar Anwesenheitstage hauptsächlich über das Internet organisiert, somit musste auch das Privatleben nicht allzu sehr darunter leiden. Finanziert wurde Hoheggers Weiterbildung zum Teil über das Bildungskonto des Landes Oberösterreich, den Rest übernahm die Stadtgemeinde. In den letz-



CONTAINEX liefert die Lösung!

In Österreich gibt es eine ständig steigende Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen. Viele Gemeinden suchen daher bei vorübergehenden Kapazitätsengpässen nach raschen und günstigen Erweiterungsmöglichkeiten für ihre Kindergärten. Die Firma CONTAINEX in Wiener Neudorf bietet mit ihren „mobilen Kindergärten“ – den sogenannten „Mobikis“ – die ideale Raumlösung. Auf Grund der großen Nachfrage nach temporären Schul- oder Kindergartengebäuden hat CONTAINEX eine kindergerechte Ausstattungslinie entwickelt. Diese beinhaltet beispielsweise

Fenster in kindergerechter Höhe, Sanitäranlagen für Kinder, speziell geschützte Elektroinstallation, einen erhöhten Schallschutz (Akustikdecken, schallabsorbierender Bodenbelag) sowie eine umfangreiche Sicherheitsausstattung. Ein erstklassiges Beispiel ist der „IZIBIZI kids corner“, ein privater Kindergarten im Industriezentrum-NÖ-Süd in Wr. Neudorf: Aufgrund des laufend wachsenden Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen wurden die Räume seit dem Start im Jahr 2004 bereits zwei Mal erweitert. „Niemand würde daran denken, sich in einer Container-

anlage zu befinden“, bestätigt Irmgard Balint, die Projektmanagerin bei „IZIBIZI“. „Das Raumklima ist – ob im Sommer oder im Winter – hervorragend. Alle Räume sind dank der vielen Fenster gut belüftet.“ „Der ‚IZIBIZI‘ und viele andere Projekte in ganz Österreich liefern den Beweis, dass man mit einem Raumgefühl wie im Wohnzimmer den Bedürfnissen der Kommunalkunden bestens gerecht wird“, betont Josef Heißenberger, Geschäftsführer der Fa. CONTAINEX. „Die rasche Bauzeit, höchste Flexibilität und ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhält-

nis überzeugen immer mehr Gemeinden. Mittlerweile verwenden Kommunen aus Dänemark, Deutschland, England, Italien, Österreich und Ungarn Raumlösungen der Marke CONTAINEX, um Schulen und Kindergärten zu realisieren.“

Information

CONTAINEX Container-Handelsgesellschaft m.b.H.
AT-2355 Wiener Neudorf,
IZ NÖ-Süd, Straße 14
Tel.: +43/2236/601-0
ctx@containex.com
Web: www.containex.com

E.E.

ÖVGW- Ausbildungsprogramme auf Top-Niveau

Trinkwasser im Zentrum

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und setzen auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach. Das ÖVGW-Schulungsprogramm hat eine Standardisierung auf bundesweit einheitlich hohem Niveau zum Ziel – dem kommt im sensiblen Bereich der Wasserversorgung besonderer Stellenwert zu.

Wassermeisterschulungen und Spezialseminare

Unter den auf die Bedürfnisse der Versorger abgestimmten Seminaren sind die Wassermeisterschulun-



Die Kompetenz der ÖVGW ist gefragt.

gen hervorzuheben. Diese bilden die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Ausbildung anerkannte ÖVGW-Wassermeister-Zertifikat. Eben solche Anerkennung finden die Seminare, die das gesamte Spektrum von Technik und Hygiene über Wasserverluste und Leckortung, Sanierung von Wasserbehältern und anderen Bauwerken bis hin zur effizienten Führung eines Wasserversorgungsbetriebs abdecken. Die Schulungsinhalte sind stets auf die aktuellen Praxisanforderungen abgestimmt.

Symposien und Kongresse

Die von der ÖVGW organisierten Symposien, Tagungen und Kongresse sind ein weiterer Beitrag, um im Fachbereich up-to-date zu bleiben. Sie bilden exzellente Rahmenbedingungen für Erfahrungsaustausch und Diskussion. Ein weiterer Pluspunkt: Bei allen Schulungen und Veranstaltungen gelten reduzierte Teilnehmergebühren für ÖVGW-Mitglieder!

Information

ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

Tel.: **01/513 15 88**
E-Mail: office@ovgw.at
Web: www.ovgw.at

E.E.

Erfolgsfaktoren lebenszyklusorientierten Managements von Hochbauprojekten

Integrale Planung ist Voraussetzung

Wir erläutern im Rahmen einer vierteiligen Serie die Phasen eines lebenszyklusorientierten Bauprojekts. Nach den ersten beiden Phasen Strategie und Initiierung sind wir nun bei den Phasen Planung und Ausführung angelangt. Experten und Praktiker antworten.

Auf die Frage nach den drei Kriterien, in denen sich lz-orientierte Projekte in diesen beiden Phasen von anderen Projekten unterscheiden, antwortet Prof. Arch. Dipl.-Ing. Christoph M. Achammer (ATP Architekten und Ingenieure, Vorstandsmitglied IG Lebenszyklus Hochbau): „Erstens die Sicherstellung

bauend auf die präzise formulierte Bestellqualität muss der Bauherr dafür Sorge tragen, dass alle am Entwicklungs- und Planungsprozess Beteiligten sowie die zukünftigen Nutzer und Betreiber, bei Projektstart qualifiziert beauftragt sind. Darüber hinaus sind eindeutige Prozessführer (inhaltlich, rechtlich und organisatorisch verantwortliche Manager) für die komplexe Planung und Ausführung zu definieren. Letztlich sind die zukünftigen Nutzer/Betreiber in alle Planungs- und Ausführungsentscheidungen zu

involvierem, um die daraus resultierenden Konsequenzen quantifizieren und mittragen zu können.“

Bauherren haben bei der Beschaffung lebenszyklusorientierter

Projekte mehrere Möglichkeiten, die Leistungsbereiche zu vergeben. Von Einzel- und Paketvergaben über den Totalunternehmer bis zum Lebenszyklusunternehmer beschreibt die IG Lebenszyklus Hochbau in ihrem Leitfaden sechs gängige Beschaffungsmodelle mit ihren Vor- und Nachteilen. Wir sprachen mit RA Dr. Stephan Heid (Heid Schiefer Rechtsanwälte, Vorstandsmitglied der IG Lebenszyklus Hochbau über das Bildungshaus Jägermayerhof AK OÖ.

Welches Modell wurde bei der Ausschreibung für die Sanierung und Erweiterung des Bildungshauses Jägermayerhof der AK OÖe in Linz gewählt?

Bei der AK OÖe konnte bereits auf eine vom Bauherren detailliert ausgearbeitete architektonische Projektstudie zurückgegriffen werden, auf deren Basis ein Generalplanerwettbewerb in einem Verhandlungsverfahren durchgeführt wurde. In einem zweiten Schritt wurde sodann ein sogenannter „Generalunternehmer plus“ (GU+) ausgeschrieben. Der GU+ setzt mit seinen Leistungen daher später ein als ein klassischer TU – näm-



Der Bauherr muss dafür Sorge tragen, dass alle am Entwicklungs- und Planungsprozess Beteiligten sowie die zukünftigen Nutzer und Betreiber bei Projektstart qualifiziert beauftragt sind.

Christoph M. Achammer

einer integralen Planung; das heißt, alle am Planungsprozess beteiligten Architekten und Ingenieure sind ab Beginn der Planung beauftragt und arbeiten simultan an der jeweils besten innovativen Lösung.

Dann folgt die Sicherstellung eines durchgängigen Datenmodells von der ersten Idee über alle virtuellen Varianten der Planung und die realen Bauvorgänge, bis zum lebenslangen Betrieb des Gebäudes. Und schließlich geht es um Vergabemodelle für die Ausführung, die keine Unterschreitung des Budgets zu Lasten der nachfolgenden Betriebskosten beinhalten.“

Was muss also der Bauherr insbesondere in diesen beiden Phasen anders machen als bei anderen Projekten? Achammer: „Auf-

Projekt: Bildungshaus Jägermayerhof AK OÖ, Linz

Der Jägermayerhof am Linzer Freinberg dient seit 1959 als Bildungs- und Schulungshaus der AK OÖ. Jedes Jahr wird er von tausenden Bildungs- und Kulturhungrigen besucht. Das aus vier Bauteilen bestehende Gebäude bedarf einer Sanierung, Erweiterung und Adaptierung mit besonderer Berücksichtigung der denkmalgeschützten Bausubstanz.

Der für die Sanierung, Adaptierung und Erweiterung des

Bildungshauses Jägermayerhof angedachte Projekteinhalt wurde bereits über eine architektonische Projektstudie definiert. In einem EU-weiten Verhandlungsverfahren wurden DELTA und Domstädter Architekten ZT mit der Generalplanung beauftragt, der die Generalplanungsleistungen erbringt und den Bauherren bei der Findung eines „Generalunternehmers plus“ unterstützt sowie nach dessen Beauftragung ein nutzerseitiges

Projektmanagement und Projektcontrolling durchführt.

Der Generalplaner erarbeitet nicht nur die Einreichplanung, sondern auch die teilfunktionale Leistungsbeschreibung zum Zweck der GU+-Findung. Der GU+ setzt mit seinen Leistungen daher später ein als ein klassischer Totalunternehmer (nämlich erst in der Ausführungsplanung, in der er vor allem den Bauablauf und die Baustellenlogistik optimiert).



Lebenszyklus-Modelle gehen mit einer exakteren Bedarfserhebung als konventionelle Infrastrukturbeschaffungsmodelle einher. Dadurch können Fehlinvestitionen vermieden werden.

Stephan Heid

lich erst in der Ausführungsplanung, in der er vor allem den Bauablauf und die Baustellenlogistik optimiert. Den GU+ könnte man daher auch als „kleinen Totalunternehmer“ bezeichnen.

Warum ist es insbesondere für Gemeinden interessant, lebenszyklusorientiert vorzugehen?

Je nach gewähltem Beschaffungsmodell können Planungs-, Errichtungs- und Betriebsrisiken auf private Partner übertragen werden. Kosten- und Zeitüberschreitungen sind besser kontrollierbar. Durch einen lebenszyklusorientierten Lösungsansatz lässt sich zudem die Finanzierungsbasis der öffentlichen Hand verbreitern – gerade in Konsolidierungszeiten ist dies ein Thema für Bund, Länder und Gemeinden. Zudem gehen Lebenszyklus-Modelle mit einer exakteren Bedarfserhebung als konventionelle Infrastrukturbeschaffungsmodelle einher. Dadurch können Fehlinvestitionen vermieden werden.

Das Linzer „Bildungshaus Jägermayrhof“

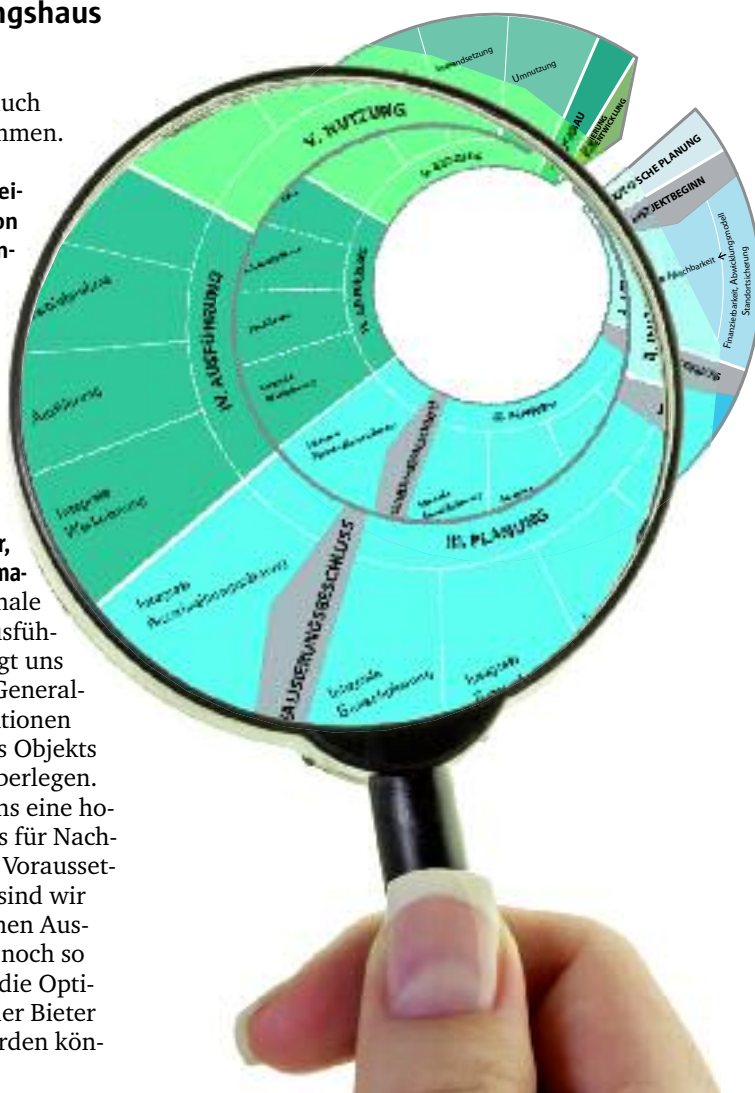
Abschließend sollen auch Praktiker zu Wort kommen.

Was macht die Ausschreibung der Erbringung von Generalplanungsleistungen und Leistungen der technisch-operativen Verfahrensbegleitung für das Projekt „Sanierung und Erweiterung Jägermayrhof“ aus Ihrer Sicht zu einem nachhaltigen Projekt?

Mag. Markus Eidenberger, Leiter Bau- und Gebäudemangement: Die funktionale Ausschreibung der Ausführungsleistungen zwingt uns gemeinsam mit dem Generalplaner dazu, die Funktionen und Zielsetzungen des Objekts frühzeitig genau zu überlegen. Davon erhoffen wir uns eine hohe Bestellqualität, was für Nachhaltigkeit unbedingte Voraussetzung ist. Gleichzeitig sind wir aber bei den technischen Ausführungsdetails dann noch so offen, dass wir durch die Optimierungsvorschläge der Bieter noch nachhaltiger werden können.

Warum würden Sie anderen Bauherren empfehlen, ähnlich vorzugehen?

Ich würde ein solches Modell vor allem solchen Bauherren empfehlen, für die Bauprojekte zwar nicht das Kerngeschäft sind, die aber trotzdem erkannt haben, wie wichtig nachhaltiges und bedarfsgerechtes Bauen für ihren Erfolg ist. Man kann hier mit einem starken technischen Partner, der nahe am Bauherren agiert, eine sehr aktive Bauherrenrolle einnehmen.



Leitfaden für Bauherren

Unter dem Titel „Der Weg zum lebenszyklusorientierten Hochbau“ veröffentlicht die IG Lebenszyklus Hochbau erstmals ein interdisziplinäres, praxisorientiertes Nachschlagewerk für lebenszyklusorientiertes Planen, Errichten, Finanzieren und Betreiben von Gebäuden im öffentlichen und privaten Sektor. Der Leitfaden ist ein konkretes Managementinstrument für öffentliche und private Bauherren und wird am 19. November beim dritten Kongress der IG Lebenszyklus Hochbau in der Wirtschaftskammer Österreich präsentiert. Unter office@ig-lebenszyklus.at werden bereits Vorbestellungen für ein kostenloses Online-Exemplar entgegengenommen.



Die funktionale Ausschreibung der Ausführungsleistungen zwingt uns gemeinsam mit dem Generalplaner dazu, die Funktionen und Zielsetzungen des Objekts frühzeitig genau zu überlegen.

Markus Eidenberger

Auszeichnung vom Kuratorium für Verkehrssicherheit

Fahrradfreundlichste Gemeinden gekürt

ÖSTERREICH

Die „fahrradfreundlichsten Gemeinden“ Österreichs stehen fest. Jährlich kürt das Kuratorium für Verkehrssicherheit die fünf fahrradfreundlichsten Gemeinden Österreichs sowie den fahrradfreundlichsten Bezirk Wiens. In sechs Kategorien werden Gemeinden ausgezeichnet, die radverkehrsfördernde Maßnahmen erfolgreich umgesetzt haben. In der Kategorie „bis 2000“ Einwohner konnte sich die Gemeinde Kirchbach mit ihrem großen E-Bike-Verleih inkl. Stromtankstellen sowie ihrem ge-

meinsamen Radwegenetz mit den Nachbarorten durchsetzen. Auch die Gemeinde Bad Schallerbach, Sieger in der Kategorie „bis 5000 Einwohner“, setzt auf die regionale Zusammenarbeit. Hier kommt auf drei Autokilometer ein Kilometer Radfahranlage und die Hälfte der Verkehrsflächen wurden beruhigt. Als dritter Gemeinde-Sieger setzt sich die Gemeinde Bergheim für den Ausbau von Radverkehrsanlagen ein. Das Radwegenetz beträgt 15 Kilometer, ausgestattet mit 500 Abstellanlagen. Die Vorarlberger Gemeinde Hard



Foto: Daniel Hinterramskogler

Die Sieger aus Kirchbach, Bad Schallerbach, Bergheim, Hard, Salzburg sowie Wien-Leopoldstadt nahmen die Auszeichnung entgegen.

sticht mit 100 Prozent verkehrsberuhigten Zonen im Straßennetz hervor. Hier gibt es die erste reine Fahrradstraße Vorarlbergs. Salzburg ist die fahrradfreundlichste Stadt Öster-

reichs, mit zahlreichen diebstahlsicheren Abstellmöglichkeiten. An St. Pölten wurde für den radfreundlichen Ausbau des Hauptbahnhofs ein Anerkennungspreis verliehen.

Bürgermeistersuche via Postwurfsendung

Wer sucht, der findet?

LEOGANG

Die amtierende Bürgermeisterin in Leogang, Helga Hammerschmied-Rathgeb, sucht einen Nachfolger für ihr Amt. So weit, so gewöhnlich. Erstmals in Österreich werden jedoch die Bürger direkt per Postwurfsendung aufgerufen, sich bei Interesse im Gemeindeamt zu bewerben.

„Die Kandidatensuche gestaltet sich immer sehr schwierig, da der Job des Bürgermeisters sehr herausfordernd und belastend sein kann“, weiß Helga Hammerschmied-Rathgeb aus eigener Erfahrung. Aus diesen Gründen konnte in der eigenen Partei kein Nachfolger motiviert werden. Findet sich kein Bewerber,



In Leogang wird der nächste Ortschef per Postwurf gesucht.

wird sich die Partei erneut zusammensetzen. Mit dem speziellen Modell will die SPÖ in Leogang auch das Motto des Jahres verfolgen. Das Jahr der offenen Tür soll junge Menschen zum Mitmachen im Gemeindeleben bewegen.

Liste Burgenland: Partei-Verbände nicht zeitgemäß

Unabhängiger Verband gefordert

BURGENLAND

Die Liste Burgenland fordert die Einrichtung eines parteiübergreifenden Gemeindevertreterverbandes im Burgenland. Manfred Kölly, Gerhard Hutter und Wolfgang Rauter, drei Bürgermeister der Liste, finden, dass die parteigebundenen Kommunalverbände nicht

mehr zeitgemäß sind. Schließlich entstanden sie in Niederösterreich und Burgenland während der sowjetischen Besatzungszeit. Aus Angst vor dem Einfluss der Kommunisten gründeten SPÖ und ÖVP damals eigene Gemeindevertreterverbände.

Bewegung und Sicherheit:

Mit dem „Schulexpress“ unterwegs

BAD ISCHL

Ab 2014 gehen die Bad Ischler Volksschulkinder per pedes zur Schule – und zwar mit dem „Schulexpress“. Iniiert wurde das Projekt, um den Autoverkehr vor dem Schulgelände einzudämmen. Eigene Sammelstellen und gelbe Fuß-

abdrücke weisen den Kindern den Weg. „Wir wollten etwas gegen den vielen Verkehr tun, bevor ein ernster Unfall passiert“, so Bad Ischls Jugendstadträtin Ines Schiller. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass sich Kinder an der frischen Luft bewegen.



Foto: Kartenausschnitt/ Klimabündnis Österreich

Repowermap.org: Österreichweite Projekte

Die Karte umfasst 1600 Projekte.

Die Energiewende auf einen Klick und Blick

ÖSTERREICH

Das Klimabündnis Österreich macht mit der neuen Energiewende-Landkarte „Repowermap“ die Energiewende in Österreich sichtbar. Über 1600 Projekte sind österreichweit auf der Landkarte erfasst. Europaweit wurden gar 25.000 Projekte eingetragen. Die

Idee ist, mit lokalen Beispielen Leute zu ermuntern, ebenfalls erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu nutzen, ist das Kernstück des Projekts. Praxisbeispiele aus der Nachbarschaft können dazu motivieren, selbst aktiv zu werden. Die Vorteile dieser Karte liegen auf der Hand. Wer interessiert

ist an umweltfreundlichen Energieformen, etwa für den eigenen Betrieb oder das persönliche Eigenheim, kann sich zuerst auf einfachem Weg in der Repowermap informieren. Die hohe Beteiligung spricht für sich – trotzdem soll das Projekt noch weiter wachsen.

www.repowermap.org

Bürgerbeteiligung

Lenkungsgruppe diskutiert Fusion

AIGEN/SCHLÄGL

Die Gemeinden Aigen und Schlägl prüfen die Sinnhaftigkeit der geplanten Gemeindezusammenlegung. Anlässlich der Auftaktveranstaltung Anfang Oktober wurde ein Projektplan festgelegt und eine Lenkungsgruppe gegründet, in der sich alle Fraktionen mit der Zusammenlegung und der zukünftigen Gemeindesituation befassen.

Erste Ergebnisse sollen im Mai 2014 vorliegen. Die Projektleitung wurde an eine externe und neutrale Expertin vergeben, die bereits seit mehr als 25 Jahren für Gemeinden tätig ist. Durch die Bildung von Arbeitskreisen können sich auch Gemeindeglieder, denen ihre Gemeinde am Herzen liegt, beteiligen.



Die Gemeinden profitieren vom Konkurrenzkampf der Entsorger.

Ursache: Preisdumping der Entsorger

Müllentsorgung nun billiger

STEIERMARK

Die Müllentsorgung ist in der Hälfte der steirischen Gemeinden billiger geworden. Grund für diesen Kostenrückgang ist der wachsende Wettbewerb der Entsorgungsbranche um die Abfälle. Statt im Schnitt 160 Euro pro Tonne Müll zahlen Gemeinden nun 70

Euro. Vom Preisdumping in der Branche profitieren die Bürger aufgrund der Preissenkungen. Müllaufbereitungsanlagen reißen sich förmlich um mehr Abfall, weiß Christian Schreyer, Geschäftsführer des Dachverbandes der steirischen Abfallwirtschaftsverbände.

Wer zu spät kommt ...

... den straft die Gemeinde

GROSSHÖFLEIN

In der burgenländischen Gemeinde Großhöflein müssen Eltern 20 Euro Strafe zahlen, wenn sie ihre Kinder unentschuldigt zu spät vom Kindergarten abholen. Anstoß für diese Regelung kam seitens der Kindergartenpädagoginnen, die am Ende der Betreuungszeit immer auf die selben Eltern warten mussten. „In Zeiten des Handys besteht auch die Möglichkeit, dass man anruft und sagt: Bitte schön, ich stehe im Stau und komme später“, so Bürgermeister Rauter. Die 20 Euro seien jene Kosten, die dadurch entstünden, dass das Betreuungspersonal länger bleiben muss.

Malwettbewerb

Wo Österreichs Straßen blühen

ÖSTERREICH

Die Gemeinden Ottensheim (Oberösterreich), Andelsbuch-Bersbuch (Vorarlberg) und Hermagor (Kärnten) siegten bei Straßenmalwettbewerb. Schulen und Kindergärten aus allen Bundesländern haben im Rahmen der Mobilitätswoche an diesem Wettbewerb teilgenommen. In Ottensheim wurde die Straße vor dem Gemeindesaal von den Schul- und Kindergartenkindern mit Schmetterlingen, Blumen und Sonnenstrahlen gestaltet. Bei der Volksschule Andelsbuch schmückt ein Mandala die Straßenfläche. In der Stadtgemeinde Hermagor hatten über 300 Kinder und Schüler Riesenspaß an der großen Malaktion.

www.mobilitaetswoche.at

Kuratorium für Verkehrssicherheit

Silvesterfeuerwerk 2013: Sicherheit geht vor

Jedes Jahr kommt es rund um Silvester durch den unsachgemäßen Gebrauch von Feuerwerksartikeln zu teils schweren Verletzungen und zahlreichen Bränden. Auch die neuen Vorschriften im Pyrotechnikgesetz haben einige Änderungen mit sich gebracht. Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) hat die wichtigsten Fakten und Informationen zusammengestellt, damit Ihre Gemeinde sicher in das neue Jahr startet.

Gesetzliche Regelung. Wer plant, das Neue Jahr mit Raketen zu begrüßen, sollte in jedem Fall die geänderten Regelungen des Pyrotechnikgesetzes 2010 beachten. Beispielsweise dürfen nun Raketen der Kategorie F2 (bis max. 75 Gramm NEM) bereits von 16-Jährigen besessen und verwendet werden. Für Vulkane der Kategorie F2 gilt eine Obergrenze von 250 Gramm, Schussboxen bzw. Verbundfeuerwerke haben eine Obergrenze von 500 Gramm. Für pyrotechnische Gegenstände und Sätze der Kategorien F3, F4, T2, S2 und P2 sind zusätzliche Sachkunde bzw. Fachkenntnisse und eine behördliche Bewilligung erforderlich. Die zuständige Behörde ist die Bezirksverwaltungsbehörde. Die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie F2 ist im Ortsgebiet verboten, es sei denn, sie erfolgt im Rahmen einer gemäß § 28 Abs. 4 oder § 32 Abs. 4 zu-

lässigen Mitverwendung. Der Bürgermeister kann mit Verordnung bestimmte Teile eines Ortsgebietes von diesem Verbot ausnehmen, sofern die Verwendung Leben, Gesundheit und Eigentum der Menschen nicht gefährdet. Innerhalb bzw. in unmittelbarer Umgebung von größeren Menschenansammlungen ist jegliche Silvesterknallerei verboten. Auch in unmittelbarer Nähe von Kirchen,

Gotteshäusern, Krankenanstalten, Kinder-, Alters- und Erholungsheimen, Tierheimen und Tiergärten sowie in der Nähe von leicht entzündlichen oder explosionsgefährdeten Anlagen und Orten, wie insbesondere Tankstellen, ist jegliche Silvesterknallerei ebenfalls verboten.



Mehr als 300 Personen pro Jahr verletzt

Leichtsinn, Unkenntnis und teilweise auch Alkoholeinfluss sind die Hauptgründe, warum es beim Raketen- und Böller-Schießen rund um den Jahreswechsel regelmäßig zu Unfällen kommt. „Die hauptsächlichsten Verletzungen sind Verbrennungen und offene Wunden an Händen und Fingern. Ursache: Die Personen werden unabsichtlich getroffen oder sie ziehen die Hand zu spät weg oder die Knallkörper wurden leichtsinnigerweise gehalten“, erklärt Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV. Rund ein Drittel der Verletzten ist unter 15 Jahre alt. Hier ist es besonders wichtig, dass Eltern mit ihren Kindern über die Gefahren beim Umgang mit den Feuerwerkskörpern sprechen. Auch die für Kinder zugelassenen Artikel der Klasse I sollten nur unter Aufsicht von Erwachsenen abgebrannt werden. Auf Kleinkinder und ältere Menschen sollte besonders Rücksicht genommen

werden – sie können im Ernstfall nicht so schnell ausweichen und durch Querschläger leicht verletzt werden.

Tipps im Umgang mit Feuerwerkskörpern für Ihre Gemeindeglieder:

- ▶ Raketen sollen nur senkrecht, z.B. aus Flaschen oder Getränkedosen, verschossen werden und nie in geschlossenen Räumen gezündet werden.
- ▶ Raketen nur seitlich mit ausgestrecktem Arm zünden und dann rasch entfernen.
- ▶ Feuerwerkskörper nie in Richtung von Menschen werfen oder schießen.
- ▶ Feuerwerkskörper niemals in der Hand zünden.
- ▶ Ausreichend Sicherheitsabstand einhalten (z.B. sollte der Abstand bei „Vulkanen“ mindestens 20 Meter betragen).
- ▶ Feuerwerkskörper keinesfalls in geschlossenen Behältern wie Glasflaschen detonieren lassen: Durch die Splitter der Flasche besteht höchste Verletzungsgefahr.
- ▶ Blindgänger oder defekte Produkte sollte man erst nach ca. fünf Minuten wieder angrei-

fen, um sicher zu gehen, dass sie nicht doch explodieren.

- ▶ Feuerwerkskörper immer nur einzeln verwenden: Werden sie gebündelt, steigt die Explosionswirkung nicht steuerbar an.
- ▶ Feuerwerkskörper nicht im verbauten Gebieten abfeuern!

Sicherheitstipps speziell für Zuschauer

- ▶ Verfolgen Sie das Geschehen sicherheitshalber nur aus größerer Entfernung.
- ▶ Halten Sie sich keinesfalls in Schussrichtung der Böller und Raketen auf.
- ▶ Halten Sie Handtaschen geschlossen, achten Sie auf Knallkörper – Raketen und Knallkörper können die Kleidung entzünden, Taschen und Kapuzen sind besonders gefährdet.
- ▶ Schließen Sie Fenster, Balkon- und Haustüren, damit „Irrläufer“ nicht in die Wohnung oder in das Haus eindringen und dort Brände verursachen können.
- ▶ Lagern Sie keine (leicht) brennbaren Materialien in unmittelbarer Nähe des Hauses, die durch Irrläufer entzündet werden können.
- ▶ Brennbare Materialien auf Loggien und Balkonen sind durch Irrläufer besonders gefährdet – räumen Sie diese rund um Silvester weg!





Das Abschreiten der Ehrenformation der Schützen gehört in Tirol zu einem offiziellen Event dazu wie ein Ansprache mit klaren Worte. Gemeindeverbands-Chef Ernst Schöpf (kleines Bild rechts).



Tiroler Gemeindetag: Keine Angst vor strittigen Themen

Tirols Gemeindeverbands-Chef Ernst Schöpf zögerte beim Tiroler Gemeindetag nicht, die schwierigen Themen Agrargemeinschaften und Denkmalschutz anzusprechen.

Es war ein Treffen, bei dem viel diskutiert wurde. Im Osttiroler Nußdorf-Debant trafen sich am 4. November 2013 rund 200 BürgermeisterInnen zum Tiroler Gemeindetag. Mit dabei waren Landeshauptmann Günther Platter, LH-Stellvertreterin Ingrid Felipe, Gemeindereferent LR Johannes Tratter und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

Vor allem beim Thema „Agrargutsgemeinschaften“ spalten sich die Meinungen der Bürgermeister. Verbands-Chef Ernst Schöpf scheute dennoch nicht davor zurück, dieses strittige Thema in seiner Eröffnungsrede anzusprechen. Sich der anderen Auffassung seines Vizepräsidenten Rudolf Nagl bewusst, sagte Schöpf: „Ich weiß die Mehrheit hinter mir. Ich tue nichts anderes, als für die kommunalen Interessen zu reden.“

Nagl hielt dagegen: „Ich bin der Meinung, dass viele Bürgermeister das nicht wollen. Im Tiroler Gemeindeverband gibt es keinen Beschluss, ob der Gemeindeverband für oder gegen eine Rückübertragung ist.“ Im Vorfeld sagte Schöpf, er akzeptiere

die „politische Realität“ und attestiere der Landesregierung mit ihrer geplanten Novelle des Flurverfassungsgesetzes zumindest, „guten Willens“ zu sein.

Entflechtung der Raumordnung

Außerdem wies Ernst Schöpf auf die Notwendigkeit hin, dass die Raumordnung einer dringenden Entflechtung bedürfe. Dahingehend wurde seitens des Landes bereits eine Initiative gestartet. Gemeindereferent Johannes Tratter wird sich in den jeweiligen Bezirken ein genaues Bild von der Situation machen.



Fotos: ©Brunner Images

Rund 200 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister trafen sich zum Tiroler Gemeindetag 2013.

Handlungsbedarf gibt es laut Schöpf auch im Pflegebereich: „Neben dem wichtigen Ausbau des ambulanten Angebots gilt es auch eine Vereinheitlichung bei der Entlohnung der Pflegekräfte anzustreben. Diese ist derzeit nicht gegeben.“

Nicht zuletzt die Verurteilung des gesamten Weerer Gemeinderates zu saftigen Geldstrafen aufgrund des unerlaubten Abbruchs des Widums zeigte in der Vergangenheit den schwierigen Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden auf. „Praktisch in allen Gemeinden gibt es denkmalgeschützte Gebäude, hier besteht Handlungsbedarf“, so Schöpf. Etwas Licht ins Dunkel brachte die Präsidentin des Bundesdenkmalamtes, Barbara Neubauer. Sie plädierte dafür, dass bei Unklarheiten das direkte Gespräch gesucht wird, um Fehler bereits im Vorfeld auszuschließen.

Großer Tiroler Adler Orden für Helmut Mödlhammer

Im Zuge des Tiroler Gemeindetages wurde Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer eine große Ehre zuteil: Er bekam „für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Kommunen“ den Großen Tiroler Adler-Orden von Landeshauptmann Günther Platter überreicht.

Carina Rumpold



„Österreich soll ein Vorbild sein“ – dieser Meinung ist Stephan Pernkopf, Präsident des Ökosozielles Forums.

Interview mit LR Stephan Pernkopf, Ökosozielles Forum

„Gemeinden sind Drehscheiben der ökosozialen Entwicklung“

Das Nachhaltigkeitsprinzip ist 300 Jahre alt, aber noch immer hoch aktuell. Viele Gemeinden stellen dies anhand innovativer Projekte unter Beweis, weiß LR Stephan Pernkopf, Präsident des Ökosozielles Forums. Im Gespräch mit KOMMUNAL schildert er außerdem, wieso der ländliche Raum dringend aufgewertet werden muss.

Hans Braun, Katharina Lehner

KOMMUNAL: Das Ökosozielles Forum vertritt unter anderem den Leitgedanken „Lebensqualität für alle – heute und morgen“. Ist das überhaupt realistisch?

Stephan Pernkopf: Wenn wir unserer ethischen Verantwortung gerecht werden wollen, dann

muss dieser Anspruch realistisch sein. Das Ökosozielles Forum versteht sich nicht nur als regionaler Vordenker, sondern als Beobachter der weltweiten Entwicklung. Wir wissen, dass die Weltbevölkerung steigen wird, die produktive, bebaubare Fläche jedoch zurückgeht. Das Thema Lebensmittelsicherheit ist essen-

ziell. Wir wollen eine ökologisch nachhaltige Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft.

Vor allem in „Entwicklungsländern“ ist immer mehr bebaubarer Boden in privaten Händen, beispielsweise von China. Gibt es hier überhaupt wirksame ökosoziale Maßnahmen?

Diese weltweite Entwicklung macht uns Sorgen und ehrlicherweise ist der Einfluss Österreichs auf China begrenzt. Wenn man jedoch mit gutem Beispiel vorangeht, ist man auch international glaubhaft.

Beim Atomkraftausstieg lebt Österreich dieses Prinzip seit 35 Jahren vor. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass die Landwirtschaft nachhaltig betrieben wird.

Auch in der österreichischen Landwirtschaft werden traditionelle Fruchtsorten oft benachteiligt, weil sie weniger gewinnbringend sind. Wie kann hier gegengesteuert werden?

Hier bin ich anderer Meinung. Wir leben in einer Marktwirtschaft und haben bei den Verhandlungen in Brüssel sichergestellt, dass der Landwirt entscheidet, was er anbaut. Das System, dass die Regierung sagt, was der Bauer anzubauen hat, ist im Jahre 1989 endgültig und mit gutem Grund gescheitert. Durch Umweltprogramme im Sinne von politischen Steuerungsmechanismen wird die Landwirtschaft in die richtige Richtung gelenkt. Nicht zuletzt dadurch hat Österreich im europaweiten Vergleich eine Landwirtschaft mit niedrigem CO₂-Ausstoß.

In diesem Zusammenhang wurde im September ein „Leitfaden für nachhaltige Gemeinde- und Regionalpolitik“ herausgegeben. Was sind die Inhalte, was sind die Ziele?

Wenn wir die ökosoziale Politik ernst nehmen, muss das Ökosoziale Forum von einer Denkfabrik zu einer Umsetzungswerkstatt werden. Die Gemeinden sind die Drehscheiben einer ökosozialen Entwicklung und ihre Bürgermeister die wichtigsten Motivatoren. In den Gemeinden gibt es viele innovative Beispiele, die man auch mit wenigen Ressourcen umsetzen kann, denn ökosoziale Politik heißt nicht mehr Ausgaben, sondern die Mittel effizient einsetzen. Im deutschen Grundgesetz gibt es den Anspruch auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und auf dem Land. Das bedeutet, dass die Regionalversorgung sichergestellt werden muss, dazu gehört auch der Breitbandausbau, den ich im Regierungsabkommen verankern will.

Der Anspruch auf Gleichwertigkeit birgt die Gefahr, dass die Gemeinden auf den Kosten für die zusätzlich angebotenen Leistungen sitzen bleiben!

Ich will eine Diskussion über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel in Gang bringen. Es muss zu einer Umschichtung



Fotos: Katharina Lehner

Österreich hat im europaweiten Vergleich eine Landwirtschaft mit niedrigem CO₂-Ausstoß, so Stephan Pernkopf im Gespräch mit KOMMUNAL.

zwischen Stadt und Land kommen, denn natürlich dürfen die Gemeinden nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Auch das Vereinsleben, das im ländlichen Raum sehr stark ist, sollte hier honoriert werden.

Wie kann die Flucht der Jungen in den Zentralraum gestoppt werden?

Es braucht mehr als ein politisches Bekenntnis. Wenn Vereine Nachwuchsprobleme haben, sollten sich Gemeinden fragen, ob sie Jungen auch eine Chance geben. In Vereinsvorständen darf nicht das Senioritätsprinzip gelten, denn auch Junge sollen ihre Aufgaben und Verantwortungen haben.

Wenn Vereine Nachwuchsprobleme haben, sollten sich die Gemeinden fragen, ob sie Jungen auch eine Chance geben.

Der ganzheitliche Ansatz für einen interkommunalen Steuerausgleich aus Salzburg ist nur ein Beispiel für die vielen Muster-Regionen und deren Vorzeichencharakter. Besonders spannend ist für uns die Frage, ob Sie sich sowas auch bundesländerübergreifend vorstellen können – weil es ja regional ist?

Als Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung kann ich in diesem Zusammenhang nur für Niederösterreich sprechen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern erfolgt die Zu-

sammenarbeit bei uns durch Anreize. Wir wollen, dass Gemeinden einen gemeinsamen Bauhof bauen und sich die Erträge dann teilen. Jede Gemeinde ist politische Identität und in der Steiermark haben wir gesehen, zu welchen Verwerfungen Zwangszusammenlegungen führen. Die Gemeinden sind die bürgerlichste Einheit und die Gemeindefunktionäre sehr serviceorientiert. Das hält ein System fit, weil es zu einem täglichen Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern kommt.

In immer mehr Regionen ist feststellbar, dass sich die Nachwuchssuche für den Bürgermeister schwierig gestaltet. Sollten die Gehälter angepasst werden?

In Niederösterreich haben wir eine Reform durchgeführt, um die Gehälter entsprechend anzupassen. Mit Bezügen allein kann man aber nicht alles regeln. Jeder Bürgermeister weiß, dass das Amt ein großer zeitlicher Aufwand ist. Außerdem ist immer mehr Wissen und Können notwendig. Es gibt kaum einen Berufsbereich, in dem man mit einem derart breiten Aufgabenspektrum konfrontiert ist. Dazu kommen die drohenden rechtlichen Konsequenzen. Die zunehmende Überregulierung des Zusammenlebens, von der auch viele Bürgermeister betroffen sind, ist eine Entwicklung aus Amerika, die ich nicht gut heiße. Ich lehne ab, was hier über den menschlichen Hausverstand hinaus geht. Ich gehe davon aus, dass wir mehr Selbstverantwortung brauchen.

Mitte November ist ein Symposium mit dem Titel „300 Jahre Nachhaltigkeit“ geplant. Wieso der Untertitel „Ende einer Ära“ in Bezug auf „nachhaltig“?

Mir gefällt das Nachhaltigkeitsprinzip, weil es aus der Forstwirtschaft kommt: Ich darf nicht mehr Bäume fällen, als nachwachsen werden. Der Grundstock muss also immer gleich bleiben und im besten Fall wachsen. Wenn wir uns die Politik, beispielsweise bei den Staatsfinanzen, anschauen, sieht man, dass diesem Prinzip nicht Rechnung getragen wird. Es kann nicht funktionieren, dass mehr herausgenommen wird, als grundsätzlich vorhanden ist. All jene, die dem Nachhaltigkeitsprinzip folgen, haben eine gute Ausgangsposition für die Zukunft. Das Nachhaltigkeitsprinzip ist 300 Jahre alt, aber immer noch hochaktuell! Das Ökosoziale Forum wird sich auch weiterhin für mehr Nachhaltigkeit einsetzen.

Jede Gemeinde ist politische Identität und in der Steiermark haben wir gesehen, zu welchen Verwerfungen Zwangszusammenlegungen führen.

Zum Abschluss eine Niederösterreich-Frage: Gibt's schon Windpark-Eignungszonen für NÖ?

Wir haben im Landtag einen Energiefahrplan beschlossen und wollen bis 2015 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erzeugen. Jetzt liegen wir bei 91 Prozent. Gleichzeitig müssen wir aber das Landschaftsbild schützen und lassen daher von Experten evaluieren, wo Windkraftanlagen am besten geeignet sind. Das ist ein sehr aufwändiger Prozess mit sehr vielen Interessensgruppen, vom Naturschutz über die Windkraftbetreiber bis hin zu den Gemeinden. Laut Raumordnungsgesetz müssen wir bis spätestens Mai 2014 einen Plan vorlegen, in welchen Zonen künftig noch Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Bei den Vorarbeiten dazu liegen wir im Moment gut in der Zeit.



Die Gewinner des „Werte-Jugend-Medienwettbewerbs“

Viele Jugendliche fanden sich am Morgen des 28. Oktober 2013 im Großen Vortragssaal des Bundesministeriums für Inneres ein und warteten gespannt auf die Preisverleihung des Jugendmedienwettbewerbs, der vom Staatssekretariat für Integration in Zusammenarbeit mit der Donau-Universität Krems ins Leben gerufen wurde. In den Monaten davor wurden österreichweit etwa 4500 Volks-, Haupt- und Neue Mittelschulen dazu motiviert, Beiträge zu den Grundprinzipien der österreichischen Verfassung mittels neuer Medien (Internet-Blog, Videos, Fotos, Comics etc.) zu gestalten und auf www.unsere-werte.at publik zu machen. Das Ergebnis waren 48 hervorragende Einreichungen von insgesamt 300 Schülerinnen und Schülern, aus denen eine dreiköpfige Jury jene Beiträge auswählte, die auf verständliche und originelle Weise das jeweilige Grundprinzip darstellten:

- ▶ Das selbst entwickelte Brettspiel der **EMS STRASSHOF** wurde als Beitrag zum „liberalen Prinzip“ ausgezeichnet. Es zeigte deutlich, dass alle Personen frei handeln können, jedoch auch die Verantwortung für andere Mitmenschen tragen müssen.
- ▶ Das **SACRÉ COEUR PRESSBAUM** setzte sich mit dem „rechtsstaatlichen Prinzip“ auseinander und entwarf ein Komplimente-Heft, in dem die Schüler positive Eigenschaften ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler hervorheben konnten.
- ▶ Der Comic zum Thema Musik-

wahl der **NMS GRAFENEGB** befasste sich mit dem Zusammenspiel verschiedener Ideen und bewies, dass diese zu einem bereichernden Ergebnis führen können. Der Beitrag gewann in der Kategorie „Demokratisches Prinzip“.

▶ Zum „Republikanischen Prinzip“ reichte das **BG HOLLABRUNN** das selbst entworfene Spiel „Einer für alle, alle für einen“ ein, das den Zusammenhalt in einer Gemeinschaft verdeutlicht und die Notwendigkeit für ein solidarisches Miteinander hervorhebt.

▶ Der Fotocomic der **PRIVATSCHULE KREAMONT** erklärte auf kreative und verständliche Weise den komplexen Begriff „Föderalismus“ und weshalb es eine Aufgabenverteilung auf kleine und große Gemeinschaften in Österreich existiert. Damit überzeugte der Beitrag in der Kategorie „Bundesstaatliches Prinzip“.

▶ Das „gewaltentrennende Prinzip“ wurde durch einen Fotocomic der **EMS STRASSHOF** am besten dargestellt. Anhand eines Fußballspiels der Schülerinnen und Schüler wurde verdeutlicht, wie wichtig gerechte Machtverteilung ist.

▶ Schließlich gewann der Beitrag der **HS SAALFELDEN** Bahnhof den Publikumspreis, da er die meisten „Likes“ auf der Homepage erhielt. Ihr eingereichter Comic überzeugte das Online-Publikum damit, dass es nicht auf das Aussehen ankommen dürfe, um respekt- und würdevoll behandelt zu werden.

Mehr Infos auf www.unsere-werte.at

Burgenland



Projekt „Dorfpolizist“ wird ausgebaut

Dorfsheriffs patrouillieren weiter

BURGENLAND

Das Projekt „Dorfpolizist“ ist ein Erfolg und wird ausgebaut, so die Landespolizeidirektion. Seit Beginn des Jahres patrouillieren mindestens einmal pro Woche Polizisten durch die Ortschaften. Im Burgenland ist derzeit mindestens ein Polizist pro Bezirk durchschnittlich 60 Stunden in

der Woche im Einsatz. Das heißt, in jeder der 171 burgenländischen Gemeinden sind das 20 Stunden im Monat. Vorrangig sind sie in Gemeinden unterwegs, in denen es keine Polizeiinspektionen gibt. Ihre Aufgabe ist es, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und das Sicherheitsgefühl der Menschen zu he-

ben. Künftig wird pro Gemeinde ein bestimmter Polizist personifiziert, damit jeder Einwohner weiß, wer sein Ansprechpartner ist. Mittlerweile hat das Projekt „Dorfpolizist“ Anklang in ganz Österreich gefunden und wurde von weiteren Bundesländern übernommen.

Verunreinigung

Probleme mit dem Trinkwasser

STEINBACH

Probleme mit dem Trinkwasser gibt es derzeit wieder einmal in Steinbach, einem Ortsteil von Pilgersdorf. Das Trinkwasser ist gering verkeimt und sollte laut einem Rundschreiben der Gemeinde momentan nur in abgekochtem Zustand verwendet werden. Bereits im Sommer war das Trinkwasser im 180-Einwohner-Dorf verunreinigt gewesen. Ursache könnte laut Bürgermeister Ewald Bürger sein, dass die Probe beim Feuerwehrhaus entnommen wurde, wo das Wasser wochenlang steht. Er kündigte an, eine Chlorierungsanlage zu installieren.



Kärnten



Bewegung und gute Ernährung in 87 Schulen

Gesunde Schulen machen glücklich

KÄRNTEN

In Kärnten gibt es 87 „Gesunde Schulen“. Das südlichste Bundesland ist damit Spitzenreiter, wenn es um die Förderung von Bewegung und gesunde Ernährung für Kinder geht. Themen im und außerhalb des Unterrichts sind Suchtprävention, gesunde Ernäh-

rung, Zahngesundheit und Bewegung. Angesichts immer häufiger auftretender Zivilisationskrankheiten wie Diabetes schon bei Kindern sei das Projekt „Gesunde Schule“ enorm wichtig. Neben den „gesunden Schulen“ gibt es auch 37 Umweltschulen im sogenannten „Ökolog-Projekt“.

Gemeinde zahlt 2013 150.000 Euro für Fortbestand

Therme als Fass ohne Boden

BLEIBERG

Die Zukunft der Therme Bleiberg steht in den Sternen. Zwar öffnet sie bis Ende der Weihnachtsferien nach einer sechswöchigen Pause wieder ihre Pforten, wie die Betriebskosten und

die Sanierung finanziert werden sollen, ist jedoch ungewiss. Heuer zahlt die Gemeinde 150.000 Euro für den Fortbestand. Ohne Landesgeld wird die Therme zusperren müssen, so Bürgermeister Gunnar Illig.

Aus- und Fortbildung für Ehrenamtliche

Hospizakademie gegründet

KÄRNTEN

Die Hospizbewegung Kärnten der Diakonie de la Tour will die Qualität der Aus- und Weiterbildung ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter verbessern und hat dafür jetzt die Hospizakademie gegründet. Landesweit werden laufend zertifizierte Grund- und Fortbildungs-

kurse angeboten. Mehr als 16.000 Hospizstunden leisten die 160 ehrenamtlichen Mitarbeiter der Hospizbewegung Kärnten mittlerweile jährlich. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der geleisteten Stunden kontinuierlich gestiegen.



Niederösterreich

Energieberaterkurse am Sonnenplatz Großschönau

Mekka der Energieberater

GROSSCHÖNAU

185 Energieberater wurden seit 2008 am Sonnenplatz Großschönau ausgebildet. Großschönau hat sich damit erfolgreich als hochwertiger Ausbildungsstandort mit Qualitätsgarantie für die Bereiche Bauen und Energie positioniert. Die elf Energieberater-A-Kurse wurden in Zusammenarbeit von BETZ Großschönau, Sonnenplatz Großschönau und der Energie- und Umweltagentur NÖ veranstaltet. Die Absolventen erhielten nach bestandener Abschlussprüfung im Forschungs- und Kompetenzzentrum für Bauen und Energie ihre Kurszertifikate von Referent Ewald Grab-



Die Absolventen des elften Jahrgangs bei ihrem Abschluss.

ner von der Energie- und Umweltagentur NÖ und Geschäftsführer Martin Bruckner überreicht. Unter den 185 Absolventen weist das Waldviertel, mit

immerhin der Hälfte aller Teilnehmer, den größten Anteil auf. Die nächsten Termine finden im Frühjahr 2014 statt. Informationen auf www.sonnenplatz.at

Foto: Sonnenplatz Großschönau

Nach zwei Fluten:

Hochwasserschutz fertig

HAGSDORF/ GOTTSDORF Schon die Jahrhundertflut im Jahr 2002 hinterließ in Hagsdorf in der Gemeinde Persenbeug-Gottsdorf, Bezirk Melk, große Schäden. Der Hochwasserschutz befand sich bei der Flut im Juni 2013 gerade in Bau. Nun wurde das 700 Meter lange Bauwerk aus Dämmen und Mauern, in Verbindung mit mobilen Hochwasserschutzelementen endlich fertiggestellt. Das Projekt kostete 4,6 Millionen Euro. Landesrat Stephan Pernkopf kündigte für 2014, also früher als geplant, den Bau eines Hochwasserschutzes in der Nachbargemeinde Gottsdorf an.



Oberösterreich

Nachhaltigkeit

Einreichen für den Landespreis!

LINZ

In Oberösterreich wird 2014 der Landespreis für Umwelt und Nachhaltigkeit vergeben. Die Einreichfrist läuft bis 28. Februar. Alle Bürger, Gemeinden, Betriebe, Vereine, Schulen und andere Bildungseinrichtungen können sich bewerben für:

- ▶ Leistungen, die über gesetzliche Vorschriften und den Stand der Technik hinausgehen,
- ▶ herausragendes berufliches, privates oder ehrenamtliches Engagement,
- ▶ die erfolgreiche Umsetzung kreativer Ideen,
- ▶ innovative Entwicklungen und Verbesserungen.

www.land-oberoesterreich.gv.at



Im ehemaligen Luftschutzstollen wird nun eine Ausstellung gezeigt.

Foto: Museum Arbeitswelt Steyr

Kein Geld für Sanierung

Baufällige Schule schließt

PETTENBACH

Die Volksschule Magdalena-berg in einem Ortsteil von Pettenbach muss schließen. Diesen Entschluss fasste der Pettenbacher Gemeinderat, weil kein Geld für die nötige Sanierung aufgetrieben werden konnte. Zuletzt wurden hier 15 Kinder unterrichtet, die nun Schulen in der Umgebung besuchen. Vom Land gibt es für die Arbeiten am 250 Jahre alten Bau kein Geld, somit wird das Gebäude künftig leerstehen. Die Eltern sind indes verärgert, schließlich haben sie in Anbetracht der Schließung ein Konzept vorgelegt, um die Schule weiterzuführen.



Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs

„Stollen der Erinnerung“ eröffnet

STEYR

In Steyr ist nun erstmals ein Luftschutzstollen zugänglich. Im „Stollen der Erinnerung“ befindet sich eine Ausstellung über das KZ Münchenholz und Zwangsarbeiter während der NS-Zeit in Steyr. Die 140 Meter lan-

ge hufeisenförmige Anlage befindet sich unter dem Schloss Lamberg. Von 1942 bis 1945 waren bis zu 3000 Häftlinge aus halb Europa im KZ-Nebenlager Steyr-Münchenholz untergebracht. Weitere Informationen: www.museum-steyr.at

Salzburg

Mobile Radarkästen

Gemeinden wollen blitzen

FLACHGAU

Die Flachgauer Gemeinden geben nicht nach. Sie starten einen erneuten Vorstoß, um mittels mobiler Radarkästen selbst Tempomesungen durchzuführen. Adi Hinterhauser, VP-Bürgermeister von Dorfbeuern und Vorsitzender der Flachgauer Bürgermeisterkonferenz, will die Sicherheit erhöhen: „Die Bürgerinnen und Bürger kommen zu uns und fordern Maßnahmen gegen die Raser – vor allem in Wohngebieten, in Gebieten mit Schulen, Kindergär-



Mobile Radargeräte sollen die Straßenverkehrssicherheit erhöhen.

ten.“ Eine mobile Radarbox ist für ihn eine ideale Gelegenheit, weil diese überraschend den Standort wechseln kann. Kritik an diesem Vorstoß kommt von seiten der SPÖ. Andreas Haitzer, Bürgermeister von

Schwarzach und SP-Verkehrssprecher im Landtag, hält das Sicherheitsargument für scheinheilig. Mobile Radarboxen würden einen hohen Aufwand verursachen und letztlich den Bürger zur Kasse bitten.

Wahlkampf

Plakatieren verboten?

KUHL

Geht es nach Roland Meisl, SP-Vizebürgermeister von Kuchl, dann gibt es bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen im kommenden März keine Wahlplakate. Gerade im Winter sei das Plakatieren auf Gehsteigen schwierig und der Wettbewerb halte sich ohnedies in Grenzen, so Meisl.

Die anderen Parteien sind diesem Vorschlag nicht abgeneigt. Außerdem werde sich der Wahlkampf in Zukunft immer mehr im Internet und auf Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter abspielen, so der Vizebürgermeister.



Steiermark

Zeitzeugeninterviews

Gemeinsame Geschichtsreise

STEIERMARK

In der Steiermark erfahren Jung und Alt gemeinsam Zeitgeschichte. Im Rahmen des generationenübergreifenden Projekts „Generationsdialog“ interviewen Jugendliche Zeitzeugen über den Zweiten Weltkrieg. Das Wissen der steierischen Zeitzeugen soll dadurch für die Nachwelt konserviert werden. Insgesamt gibt es 14 Projektgruppen zu Themen wie Alltagsleben, Zwangsarbeit in unterschiedlichen Regionen oder Erziehung und Schule. Die Ergebnisse der Interviews werden filmisch dokumentiert und 2014 auf einer Onlineplattform zur Verfügung gestellt.



In der Ökoregion wird die Heizung auf Biomasse umgestellt.

Ökoregion findet Nachahmer

Kroatische Stadt will „Kaindorf“ werden

KAINDORF

Die sechs Gemeinden der Ökoregion Kaindorf, Dienersdorf, Ebersdorf, Hartl, Hofkirchen, Kaindorf und Tiefenbach haben international Nachahmer gefunden. Nun will die kroatische Stadt Velika Gorica, südlich

von Zagreb, das Konzept der Ökoregion übernehmen.

Mittels Initiativen wie Papier- statt Plastiksackerl oder dem Umstieg von Öl auf Biomasseheizungen soll der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert werden.

Auszeichnung für Betriebe

Ehre deine Floriani!

GRAZ

In der Steiermark wurden 27 Unternehmen als feuerwehfreundliche Arbeitgeber ausgezeichnet. Diese unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten im Feuerwehrwesen. Landeshauptmann Franz Voves betonte in seiner Ansprache, dass es für Unternehmen von Vorteil sei, freiwillige Helfer mit ihren Erfahrungen und Werthaltungen im Unternehmen zu haben. Andererseits waren viele Unternehmen bereits selbst von Unglücken betroffen und schätzen die Feuerwehren.



Tirol

Lehrermangel

Pensionierte Lehrer unterrichten weiter

TIROL

Auch in Tirol herrscht ein Lehrermangel. Daher kommen in einigen Tiroler Schulen vermehrt Pensionisten und Lehramtsstudenten zum Einsatz. Vor allem bei naturwissenschaftlichen

Fächern und Mathematik in allgemein- und berufsbildenden Schulen fehlen Lehrer. In den Pflichtschulen, die vom Land verwaltet werden, kommen noch keine Pensionisten und Studierende zum Einsatz.



Foto: Land Tirol

LHStv. Josef Geisler (re.) überreichte die Abschlussurkunden an die ersten zehn Teilnehmer des neuen Ausbildungslehrgangs.

Frequenz und Umsätze sollen gesteigert werden

Die Innenstadt für Autos öffnen

SCHWAZ

Während einige Gemeinden und Städte Fußgängerzonen schaffen, um die Ortszentren vom Autoverkehr zu entlasten, geht die Gemeinde Schwaz einen anderen Weg. Sie öffnet in den Wintermonaten bis März die Fußgängerzone

für den Individualverkehr. Durch diese Maßnahme soll die Frequenz in der Innenstadt erhöht werden und der Handel höhere Umsätze erzielen. Im März werden die Ergebnisse evaluiert und wird beschlossen, ob die Fußgängerzone bleibt oder nicht.

Ausbildungslehrgang

Zehn Energiebeauftragte in Tirol

INNSBRUCK In Tirol haben die ersten zehn Gemeindemitarbeiter den Ausbildungslehrgang zum Energiebeauftragten absolviert. Sie sollen wichtige Impulsgeber für die Weiterentwicklung und Positionierung der Gemeinden in Energiefragen sein. Sie werden eine Ener-

giebuchhaltung führen und den Energiehaushalt ihrer Gemeinde überwachen, so Energiereferent LHStv. Josef Geisler bei der Verleihung. Der nächste Lehrgang, organisiert vom Land und Energie Tirol, startet im Jänner 2014.

www.energie-tirol.at



Vorarlberg

Strukturdatenerhebung:

Im Westen kein Mangel

BREGENZ

In Vorarlberg gibt es 144 Feuerwehren, aber nur 36 Polizeiinspektionen. Es gibt genauso viele Banken wie Lebensmittelgeschäfte. Auf einen Hausarzt kommen im Schnitt 644 Vorarlberger und für die 250.000 Autos gibt es 115 Tankstellen. Das besagt die „Strukturdatenerhebung zur Grundversorgung“, die vom Land seit Oktober 2012 durchgeführt wurde. Ziel ist, mittel- und langfristige Veränderungen der Erreichbarkeit von grundlegenden Dienstleistungen und Gütern in den



Lebensmittelgeschäfte oder Ärzte sind im Westen Vorarlbergs in einer größeren Dichte vorhanden, als im Osten.

Gemeinden darzustellen. Deutlich wird ein starkes West-Ost-Gefälle. In westlichen Regionen, in der Nähe von Städten, gibt es eine deutlich höhere Dichte an Einrichtungen der Grundversorgung als im dünner besiedelten Osten. Deutlich wird dies bei der ärztlichen

Versorgung: In Feldkirch kommen auf einen Arzt 324 Einwohner, im Rheindelta jedoch 2000 Einwohner. Ausgenommen von diesem Prinzip sind Feuerwehren, Polizeiinspektionen und Hotels. Gerechert verteilt sind die Gemeindeämter: Jede Gemeinde hat ein Amt.

Regionalwährung

Der Walgauer als Zahlungsmittel

WALGAU

Die drei Walgauer Wirtschaftsgemeinden zwischen Bürs und Frastanz führen wieder eine Regionalwährung, den „Walgauer“, ein. Erstmals gab es den Walgauer im Jahr 2008 in Form einer Münze im Wert von zehn Euro. Nun handelt es sich um einen Einkaufsgutschein im Wert von zehn Euro, mit dem in künftig 14 Gemeinden eingekauft werden kann. Der gemeinsame Walgauer ist für die Gemeinden ein Zeichen des Zusammenrückens und der Zusammenarbeit. Außerdem sollen die heimischen Betriebe und Nahversorger profitieren.



Südtirol

Neuer Verbrennungsofen führt zu höheren Müllgebühren

BOZEN

Mit einer der modernsten Restmüllverwertungsanlagen in ganz Europa kann Bozen seit kurzem aufwarten. Ende Juli 2013 haben Landeshauptmann Luis Durnwalder und der Landesrat Florian Mussner die Anlage in Betrieb genommen. Seither wird dort der in Südtirol anfallende Müll verbrannt und dabei Strom und Wärme für bis zu 20.000 Haushalte produziert.

Die Müllgebühren in den Bezirken, die bisher ihren Müll auf Deponien entsorgten, werden um rund 20 bis 30 Prozent ansteigen.

Die Anlage ist auf jährlich 130.000 Tonnen Restmüll ausgelegt. Sobald alle Südtiroler Bezirke ihren Müll anliefern, wird die Anlage 90 Prozent ihrer Kapazität ausschöpfen. Die Inbetriebnahme des neuen Ofens vollendet das Müllkonzept des Landes. So werden jährlich 260.000 MWh Wärme produziert, was für die Versorgung von 10.000 Haushalten ausreicht. Gar 20.000 Haushalte können mit Strom versorgt werden, dessen Jahresproduktion bei 82.000 MWh liegt. Damit ist die Anlage eine Umweltinfrastruktur gleich in einem doppelten Sinne. Ein Problem gilt es aber noch zu lösen. Während des Baus des Ofens wurde es nämlich verabsäumt, ein Fernwärmenetz zu errichten, das seine enormen Kapazitäten verwerten kann. Laut Planern soll der neue

Ofen jährlich bis zu sieben Millionen Euro aus dem Verkauf von Fernwärme einnehmen. Das Potenzial der Fernwärme ist damit sieben Mal höher als das der Stromproduktion. Umso wichtiger ist es daher, das fehlende Fernwärmenetz so schnell wie möglich zu realisieren, damit die Millionen nicht buchstäblich in Rauch aufgehen. Mit der Inbetriebnahme wird die Anlage an die 116 Südtiroler Gemeinden übergeben; sie sind es ja auch, die für die Müllentsorgung zuständig sind. Der Bau der Anlage hat insgesamt 143 Millionen Euro gekostet. 20 Millionen Euro hat das Land für Erschließung und Projektierung ausgegeben. Den Rest – rund 123 Millionen Euro – müssen die Gemeinden tragen. In den nächsten 15 Jahren gilt es jährlich rund 13 Millionen Euro aufzubringen, um das vom Land für den Bau des Ofens aufgenommene Darlehen zurückzuzahlen. Für die Bürger stellt sich damit die bange Frage, ob sie nun über die Tarife die neue Anlage bezahlen müssen. Laut Arno Kompatscher, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, werden die Müllgebühren in den Bezirken, die bisher ihren Müll auf Deponien entsorgten, um rund 20 bis 30 Prozent ansteigen. „Eine solche Tariferhöhung ist aber nichts anderes als die Einführung der Kostentragung in der Abfallentsorgung“, betonte Kompatscher.

Eine gute Nachricht für die Bürger gibt es aber dennoch: Das Land hat erfolg-



Während des Baus des Ofens (unser Symbolbild zeigt die Müllverbrennungsanlage in Wien) wurde es nämlich verabsäumt, ein Fernwärmenetz zu errichten, das die Kapazitäten verwerten kann.

reich an einer Ausschreibung teilgenommen, um mit dem Verbrennungsofen in das Leistungskontingent der Biomasseanlagen aufgenommen zu werden. Dies bedeutet, dass für den Verbrennungsofen für einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich staatliche Fördermittel in der Höhe von drei bis vier Millionen Euro zu erwarten sind. Diese Gelder werden wesentlich dazu beitragen, die Kosten für die Müllentsorgung niedrig zu halten und den Anstieg der Tarife zu begrenzen.

Kontakt

Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft, Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655, Fax: 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net
Web: www.gvcc.net

Personalia

Rücktritt nach 19 Jahren im Amt

Mit Karl Sonnweber geht einer der längstdienenden Bürgermeister im Bezirk Mödling. Im Dezember wären es 19 Jahre geworden, die er an der Spitze von Guntramsdorf steht. Sonnweber trat bereits im Jahr 1985 in den Gemeinderat der 9000-Einwohner-Gemeinde ein. Mit 31. Oktober 2013 verabschiedete er sich in den wohlverdienten Ruhestand.

Warum er aufhört, begründet er in einer Aussendung selbst: „Gerade die Zeit ist heute ein unglaublich wichtiges Gut. Für mich und für jeden anderen auch. Der Mangel an genügend Zeit übt auf uns alle sehr viel Druck aus und stellt eine Belastungsprobe dar, die viel Kraft kostet!“



Foto: ZVG MG Guntramsdorf

Bgm. a.d. Karl Sonnweber

Ganz nach seinem Motto „Wer für die Bildung der jungen Generation sorgt, kann mit gutem Gewissen in die Zukunft blicken“, hat der 64-Jährige in seiner Amtszeit für einen fünften Kindergarten, das neue Gymnasium oder das Rathaus-Viertel gesorgt: „Gerade in den letzten Jahren ist die Zeit für mich wie im Flug vergangen. Dabei darf ich mit Stolz sagen, dass ich gerade im so wichtigen Bildungsbereich unglaublich viel in unserem Ort umsetzen konnte.“

Gemeindebund-Jubiläum

Ortschef überraschend verstorben

Völlig überraschend ist Hermann Kaufmann, Bürgermeister der Salzburger Gemeinde Zell am See, verstorben. Der ÖVP-Politiker wurde nur 56 Jahre alt. Fremdverschulden wird ausgeschlossen, angeblich klagte der Bürgermeister schon einige Wochen vor seinem Tod über Herzbeschwerden und hatte sich auch ärztlich untersuchen lassen. Dabei wurde nichts gefunden. Ein Schlaganfall oder Herzinfarkt scheint die wahrscheinlichste Ursache für Kaufmanns Ableben.



Foto: Gemeinde Zell am See

Bgm. Hermann Kaufmann

Der politische Quereinsteiger war seit der Wahl im Frühjahr 2009 Chef in der Pinzgauer Bezirkshauptstadt. Hermann Kaufmann wurde 1957 in Zell am See geboren. Er stammte aus einer Eisenbahnerfamilie und war seit 1975 beim Forsttechnischen Dienst der Wildbach- und Lawinverbauung, Gebietsbauleitung Pinzgau, beschäftigt. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer ist entsetzt: "Das ist furchtbar. Ich kenne wenige Bürgermeister, die ihr Amt mit so großer Leidenschaft und so hohem Einsatz ausgefüllt haben. Das zeigt uns aber erneut auf, mit welchen Belastungen diese Aufgabe oft verbunden ist und welche Folgen das haben kann."

„Mit 66 Jahren ...“

WIEN

Nein, er ist noch nicht 66, unser Gründervater, aber seinen 65er hat Gemeindebund-Generalsekretär a. D. Hofrat Dr. Robert Hink am 23. Oktober begangen. 1987 hat er seinen Dienst für den Österreichischen Gemeindebund angetreten – die Nachfolge von Otto Maier in der Johannesgasse im ersten Bezirk zur Jahresmitte 1988. Für KOMMUNAL besonders wichtig war und ist sein Engagement, das an der Wiege unserer Zeitung stand. Gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Franz Romeder, Prof. Walter Zimper und dem damaligen Verbandsdirektor des nÖ. Gemeindebundes der VP Prof. Roman Häußl, „hob er“ KOMMUNAL aus der Taufe.

Ein jahrelanges Tauziehen fand 1993 damit ein Ende, der Österreichische Gemeindebund hatte ab 1993 erstmals „sein“ offizielles Organ.

Aber natürlich beschränkte sich die Tätigkeit von Robert Hink nicht nur auf die Gründung eines Fachmagazins. Unter seiner Leitung expandierte der Österreichische Gemeindebund von einer kleinen Kanzlei mit zwei Sekretärinnen in

zu einer schlagkräftigen Organisation, die die Interessen der Gemeinden nachhaltig vertritt.

Und das ohne ein „Heer vor Angestellten“ – lediglich 15 Damen und Herren versehen heute Dienst in der Löwelstraße, wohin das Gemeindebund-Büro im Jahr 2000 übersiedelt ist. Hier an der Achse Bundeskanzleramt, Präsidentschaftskanzlei und Parlament (und mehr oder weniger auch an der Achse zwischen ÖVP und SPÖ) residiert der Gemeindebund heute. Wie es Präsident Helmut Mödlhammer verschiedentlich ausgeführt hat, führt der „Generalse-



Robert Hink, oben beim Gemeindetag 2005 im burgenländischen Oberwart, unten mit Präsident Franz Romeder 1989 beim Gemeindetag in Klagenfurt.

ekretär unter Aufsicht des Präsidenten die laufenden Geschäfte des Gemeindebundes“, aber das ist nur ein Teil der Geschichte. In Wahrheit sind es die Menschen, die solche Anweisungen mit Leben erfüllen. Und „Robert Hink hat diese



Funktion mehr als zwei Jahrzehnte mit außergewöhnlichem persönlichen und fachlichen Einsatz ausgefüllt. Er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Gemeindebund politisch und fachlich einen ausgezeichneten Ruf genießt und auf allen Ebenen höchste Wertschätzung erfährt“, so Mödlhammer. KOMMUNAL wünscht Robert Hink alles Gute zum Geburtstag.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 23. Oktober 2013 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

- Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an
 - **Walter Wittmann**, ehem. Vizebürgermeister der Marktgemeinde Rohrbach bei Mattersburg im Burgenland.
- Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an
 - **Franz Hirner**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Großraming in Oberösterreich.

KOMMUNAL Kurios

Das sind die kleinsten Gemeinden der Welt Zu 100 Prozent weiblich

MONOWI/BUFORD

Monowi ist eine Gemeinde im Boyd County im US-Bundesstaat Nebraska. Das Besondere an dem kleinen Ort ist, dass er per Volkszählung 2010 nur eine Einwohnerin zählt, die zugleich das Bürgermeisteramt bekleidet. 1930 hatte Monowi noch 150 Einwohner, aber nachdem die Eisenbahn sich aus

defreies Gebiet in Albany County, Wyoming, Vereinigte Staaten. Der Ort liegt zwischen Laramie und Cheyenne auf der Interstate 80. Die Gemeinde wurde nach dem General John Buford benannt. Buford ist, mit einem einzigen Einwohner, die kleinste Stadt in den Vereinigten Staaten, da Monowi in Nebraska nicht ge-



dem Ort zurückzog, verließen auch nach und nach die Einwohner das Dörfchen. Waren es 1940 noch 99 Einwohner, sank die Zahl bis zur Zählung im Jahr 2000 auf 2 und im Jahr 2010 schließlich auf einen Einwohner. Monowi hat aber mit „Rudy's Library“ mit 5000 Büchern eine Bibliothek (*Bild oben*) und mit der „Monowi Tavern“ einen Gastbetrieb, der wiederum von der einzigen Einwohnerin betrieben werden. Daraus ergibt sich folgende kuriose Statistik:

- ▶ Einwohnerzahl: 1
- ▶ Durchschnittsalter: 76,5 Jahre
- ▶ Einwohner sind zu 100 Prozent weiß und weiblich.
- ▶ Durchschnittliche Haushaltsgröße: 1

Ein weiterer US-Ort mit nur einem Einwohner ist Buford im US-Bundesstaat Wyoming. Buford ist ein gemein-

meinfrei ist. Don Sammons ist der einzige Einwohner der Stadt und sowohl Bürgermeister als auch der Betreiber der Post, die 1880 errichtet wurde. Im April 2012 versteigerte er die Stadt. Neuer Erwerber ist ein Vietnameser. Er ersteigerte Buford für 900.000 US-Dollar.

Europas Kleinste

Die Hallig **GRÖDE** (dänisch Grøde, friesisch di Gröe; auch: Gröde-Appelland) ist eine der zehn Halligen in Nordfriesland im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Sie besteht aus der nicht mehr bewohnten ehemaligen Hallig Appelland im Norden und der bewohnten Hallig Gröde im Süden, die um 1900 bei Küstenschutzmaßnahmen miteinander verbunden wurden. Die Gemeinde Gröde ist mit elf Einwohnern eine der kleinsten



selbstständigen Gemeinden Deutschlands. Zur 2,52 km² großen Gemeinde gehört auch die nicht dauerhaft bewohnte Hallig Habel.

HUM [ˈhu:m] (italienisch Colmo, dt: Cholm) ist eine Stadt in der westkroatischen Region Istrien, etwa 14 km von Buzet entfernt. Die Stadt, in der nur um die 30 Menschen leben, wird als die „kleinste Stadt der Welt“ beworben und ist mit ihrem mittelalterlichen Stadtbild eine Touristenattraktion. Im Humska konoba dem einzigen Gasthaus des Städtchens, wird auch der berühmte Biska gebrannt und ausgedient. Das genaue Rezept dieses Tresterbrands bestehend aus Misteln und vier Kräutern gilt als streng geheim. Überliefert wird das Rezept, ausgehend von den keltischen Vorfahren, seit über 2000 Jahren. Dem Biska werden auch heilende Eigenschaften gegen Arteriosklerose und gegen hohen Blutdruck nachgesagt.

Und Österreich?

Die kleinste Gemeinde ist **GRAMAIS** in Tirol mit 54 Einwohnern, die nach Einwohnern kleinste Marktgemeinde ist **LORETTO** im Bezirk Eisenstadt-Umgebung im Burgenland mit 461 Einwohnern.

RATTENBERG in Tirol ist mit 422 Einwohnern die nach Einwohnern kleinste Stadtgemeinde, und die nach Einwohnern kleinste Statutarstadt ist **RUST** im Burgenland mit 1918 Einwohnern.

Buch-Tipp

Brandschutz im Bestand

Der Brandschutz bei der Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten ist ein besonders konfliktreiches Tätigkeitsfeld: Freier Bewegungsdrang und Kreativität von Kindern und Schülern stehen den Belangen des Brandschutzes gegenüber. Wie kann man damit angemessen umgehen?

Das Buch stellt erforderliche und geeignete Brandschutzmaßnahmen bei bestehenden Schulen oder Kindertagesstätten vor und bietet Lösungen für die tägliche Brandschutzpraxis. Das betrifft sowohl die Ermittlung des tatsächlichen Handlungsbedarfs als auch die Auswahl der Beispiele. Die Vorschläge reichen vom geeigneten Umgang mit gefährdenden Details in Tabellenform über ganzheitliche Brandschutzkonzepte bis hin zu einer Muster-Brandschutzordnung auf Grundlage von DIN 14096.



Das Buch

Dr. Ing. Gerd Geburtig:
„Brandschutz im Bestand – Schulen und Kindertagesstätten“, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2013. 290 Seiten.
ISBN 978-3-410-23943-7
Preis: 49 Euro
Auch erhältlich als E-Book im Download:
Beuth Verlag GmbH
Am DIN-Platz, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
www.beuth.de

Buch-Tipp

Weihnachtsbräuche in Österreich

Bräuche haben oft alte Wurzeln und sind dennoch nicht unbedingt von gestern. Reinhard Kriechbaum hat in diesem Buch Winter- und Weihnachtsbräuche aus allen österreichischen Bundesländern zusammengetragen: alte, (noch) gepflegte und auch neu aufgekommene. Manche sind gut bekannt, viele gibt es in ihrer eigentümlichen Ausprägung nur in bestimmten Regionen und Ortschaften. Nicht Nostalgie, sondern unser Leben heute, unsere Kultur und Lebensart stehen im Fokus der Aufmerksamkeit. Liebgewonnene Traditionen werden nicht nur von der älteren Generation bewahrt, sondern auch von jungen Menschen gerne weitergeführt und oft verändert in unsere Zeit gestellt – althergebracht und zeitgeistig. Das Buch spürt diesen Veränderungen nach und erzählt zudem über die Menschen, die hinter den Bräuchen stehen. In rund 80 Kapiteln wird vom Kathreintanz um den 25. November bis zum Lichtmessgeigen um den 2. Februar gelebtes Brauchtum in Österreich vorgestellt. Inklusive Kontaktadressen und Telefonnummern für Reiselustige und Ausflügler!



Das Buch

Reinhard Kriechbaum:
„Weihnachtsbräuche in Österreich“,
ISBN 978-3-7025-0627-8
Preis: 24 Euro
Verlag Anton Pustet,
Bertgstraße 12,
5020 Salzburg
www.pustet.at

Recht in der Praxis

Kommunale Intelligenz – Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden

Der Mensch lernt nur, was ihn begeistert. Nur, was mit unserer Erfahrungswelt zu tun hat und was wir in Beziehung zu anderen erfahren, etabliert neue und dauerhafte neuronale Verknüpfungen – Voraussetzung für wirklichen Lernerfolg. Gerald Hüther, einer der bekanntesten Neurobiologen Deutschlands, fordert die Umsetzung dieser Erkenntnis auf kommunaler Ebene. Kommune, das ist viel mehr als eine Verwaltungseinheit, das sind wir alle. Kommune bedeutet ursprünglich „Gemeinschaft“: die Familie, das Dorf, die Stadt. Das sind die wahren Lernorte, für Kinder wie

für Erwachsene. Diesen entscheidenden Erfahrungsraum wiederzubeleben, erfordert ein radikales Umdenken: eine neue Beziehungskultur.

So wie das Gehirn nicht immer größer wird, aber sich ständig weiterentwickelt, können auch Städte und Gemeinden wachsen: nicht durch ein „immer mehr“, sondern durch die Verbesserung der Beziehungen. „Kommunale Intelligenz“ ist ein Aufruf, heute, vor Ort, mit einer neuen Lern- und Beziehungskultur zu beginnen. Jede Veränderung beginnt im Kopf, und sie manifestiert sich in vielen einzelnen Schritten.



Das Buch

Gerald Hüther: „Kommunale Intelligenz – Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden“,
12 Euro (Deutschland)
ISBN: 978-3-89684-098-1
edition Körber-Stiftung,
Kehrwieder 12, 20457
Hamburg, www.edition-koerber-stiftung.de

„Handbuch des österreichischen Schulrechts“ und „Sozialversicherungsrecht“

Handbuch des österreichischen Schulrechts, Band 4: Land- und forstwirtschaftliches Schulrecht

Das vorliegende Werk ist – nach dem 2010 erschienenen Band 1 („Verfassungsrechtliche Grundlagen und schulrechtliche Nebengesetze“) und dem 2011 erschienenen Band 2 („Schulorganisationsrecht“) – der dritte Teil eines auf vier Bände angelegten Handbuchs, welches Abhilfe schaffen will, da es in Österreich an einer aktuel-

len systematisch-zusammenfassenden Darstellung des Schulrechts fehlt. Dargestellt wird das land- und forstwirtschaftliche Schulrecht.

Sozialversicherungsrecht 8., aktualisierte Auflage

Mit diesem Skriptum wird der Einstieg in die schwierige und ständigen Novellen unterworfenen Materie „Sozialversicherung“ erleichtert. In zwölf Kapiteln wird jedes Thema – von der Geschichte über die Organisa-

tion bis zur Internationalen Sozialversicherung – dargestellt und zu jedem Bereich eine Grundinformation gegeben, darunter:

- ▶ Aktuelles Recht und aktuelle Werte
- ▶ Alle Kernbereiche des Sozialversicherungsrechts
- ▶ Grundinformation in allen Gebieten
- ▶ Katalog von Grundbegriffen
- ▶ Übersichtliche und kompakte Ausführungen

NWV Verlag GmbH
Faradaygasse 6
A-1030 Wien
Tel.: 01/796 35 62-24
Fax: 01/796 35 62-25
E-Mail: office@nwv.at
Web: www.nwv.at

Bernd Wieser:
„Handbuch des ö. Schulrechts – Band 4: Land- und forstwirtschaftliches Schulrecht“
ISBN: 978-3-7083-0894-4



Thomas Neumann, Wolfgang Seidl:
„Sozialversicherungsrecht“, 8., aktualisierte Auflage
ISBN: 978-3-7083-0948-4



Termine



„Public Leadership“ am KWF 2014

Im März 2014 findet das vierte Kommunalwirtschaftliche Forum in Baden statt. Das Motto lautet „Public Leadership – aktiv, nachhaltig, jetzt!“. Kommunen müssen aktiv werden. Der nächste Finanzausgleich verspricht ein noch geringeres Budget – Geldquellen bzw. Einsparungspotenziale müssen dringend gefunden werden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo jede

Stadt und jede Gemeinde beginnen muss, unternehmerisch zu agieren sowie aktiv und nachhaltig die Führung selbst in die Hand zu nehmen!

Wann: 20. bis 21. März 2014
Wo: Congress Casino Baden
Infos & Anmeldung: SYMPOS Veranstaltungsmanagement GmbH, www.kommunalwirtschaftsforum.at

Symposium Wasserversorgung

Wie jedes Jahr bildet das zweitägige Symposium Wasserversorgung den ersten Höhepunkt im umfangreichen ÖVGW Schulungs- und Veranstaltungsjahr. Aktuelle technische, rechtliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen der Wasserversorgung werden, so wie es schon gute Tradition ist, im Rahmen dieser Veranstaltung von Experten

der Branche genau erörtert. Alle Verantwortlichen in der Trinkwasserbranche und deren Mitarbeiter sind eingeladen. Der Besuch gilt für Inhaber von Wassermeister-Zertifikaten als Fortbildungsmaßnahme.
Wann: 29. bis 30. Januar 2014
Wo: Wien
Info & Anmeldung: www.oevgw.at

Rhetorikseminar für Standesbeamte

Zweck des Seminars ist die Vertiefung von Rhetorikgrundwissen, Abfassen einer Trauungsrede und der Umgang mit Lampenfieber. Zudem gibt es Möglichkeiten, Fragen aus der Praxis zu besprechen. Neben einer Einführung „Was ist Rhetorik?“, wird ein Trauungsprozess von den Vorbereitungen bis zum großen Tag durchgespielt.

Zielgruppe sind Standesbeamte mit bestandener Fachprüfung.
Wann & Wo: 8. und 9. Jänner 2014, Hotel-Gasthof Seeland, 3100 St. Pölten-Waitzendorf
 15. und 16. Jänner 2014, City Hotel Bauer, 2000 Stockerau
Info & Anmeldung: www.kommak-noe.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen

▶ Familie und Beruf GmbH	34
▶ Bundesministerium für Inneres	35
▶ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	36
▶ Bundesministerium für Finanzen	38
▶ IS Inkasso Service GmbH	42
▶ ARGE Forum mineralische Rohstoffe	44
▶ k5	45
▶ Erste Group Immorent AG	52
▶ Pitters Trendexperte e.U.	55
▶ Universität Salzburg	56
▶ Containex Container-Handelsgesellschaft m.b.H	59
▶ Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach	59
▶ IG Lebenszyklus Hochbau	60

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
 Löwelstraße 6, 1010 Wien
 Tel.: 01/532 23 88 - 0
 Fax: 01/532 23 77 oder
 Fax: 01/532 23 88 DW 22
 Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
 Tel.: 01/532 23 88 - 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
 Mag. Alexander Palaschke
 Tel.: 01/532 23 88 - 14
alexander.palashcke@kommunal.at



Klimaschutzbeauftragter werden

In Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Südtirol startet 2014 erneut ein Lehrgang zur/zum Kommunalen Klimaschutzbeauftragten. Kommunale Klimaschutzbeauftragte sind mit den neuesten Erkenntnissen im Bereich Klimawandel, Klimaschutz und Klimawandelanpassung vertraut. Sie kennen zahlreiche Maßnahmen, die zur konkreten

Umsetzung im Gemeindebereich eingesetzt werden können. Anmeldeschluss ist der 15. Dezember!
Wann & Wo: Modul 1: 20. und 21. Jänner 2014, Innsbruck
 Modul 2: 17./ und 18. März 2014, Salzburg
 Modul 3: 19. und 20. Mai 2014, Wien
Info & Anmeldung: www.klimabuendnis.at

Auch während der Feiertage sind wir



wo Sie uns brauchen.



Über 200.000 Gemeindebedienstete Österreichs in über 200 Berufsgruppen sind 365 Tage im Jahr da, wo Sie sie brauchen.

Die Gemeindebediensteten.

www.wirsindda.at



Eine Initiative der GdG-KMSfB

DAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH.

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund hat die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind, gelegt. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



©DKH SCHLADMING

KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



©ZAHA HADID ARCHITECTS/HEILAND

SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen



ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**